



Politische Berichte

Nummer 6 / 14. Jahrgang

11. März 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

Bei den Verhandlungen mit Polen über die Ablehnung von Flüchtlingen erpreßt Bonn mit Polens Schulden

Über die Verhandlungen der Bundesregierung mit der polnischen Regierung über die „Übernahme“ der deutschen Asylpolitik durch die polnische Regierung verbreiten Regierung und bundesdeutsche Pressekonzerne weitgehend Nebel — niemand weiß nichts genaues. Nur hier und da erfährt man Andeutungen. Aus dem Auswärtigen Amt und FDP-nahen Zeitungen etwa erfährt man, die Bundesregierung wolle eine „Abgrenzung“ Polens nach Osten hin — das müsse doch der von der neuen polnischen Regierung gewünschten „Westbindung“ entgegenkommen. Tatsächlich sind die Asylverhandlungen ein wichtiger Bestandteil der Allianzpolitik der BRD nach Osten — einer Allianzpolitik, der über die polnischen Westschulden massive Erpressungshebel gegen polnische „Widerstandigkeit“ zur Verfügung stehen.

Zwei Jahre ist es her, daß Polen von den 17 im Pariser Club vereinten westlichen Ländern ein Schuldenerlaß über 50 % eingeräumt wurde. Mit 14 Staaten (incl. der BRD) existieren inzwischen entsprechende Einzelabkommen. Wenn die privaten Banken (Londoner Club) mitziehen, könnte die gesamte Auslandsverschuldung wieder auf dem Niveau von vor zehn Jahren landen, nämlich bei 24 Milliarden Dollar. Wenn nicht, sind auch die Vereinbarungen mit den staatlichen Gläubigern hinfällig. Ob die Privatbanken zustimmen, hängt allein von der Erfüllung der IWF-Auflagen zum Haushaltsentwurf der polnischen Regierung für 1993 ab. Wegen eines zu hohen Haushaltsdefizits (7,5 % statt 5 % des BIP) hatte der IWF 1992 die Zusammenarbeit aufgekündigt.

Nun nimmt die Regierung unter der konservativ-liberalen Hanna Suchocka einen neuen Anlauf, die IWF-Richtlinien zu erfüllen; die jährliche Zinslast gegenüber den westlichen Gläubigern, an erster Stelle die BRD, hängt ihr dabei weiterhin als Damokles-Schwert über den Köpfen. 1,2 Mia. \$ gab Polen von Januar bis September 92 zur Bedienung von Auslandsschulden aus. Demgegenüber stand ein Aktivsaldo in der Handelsbilanz von 1,02 Mia. \$. Dem Schuldendienst war auch damit nicht Genüge getan: seit 1989 hat Polen fast keine Zahlungen an private Gläubigerbanken geleistet.

Die Regierung muß also massive Streichungen im Haushalt 1993 durchsetzen und neue Finanzmittel eintreiben. Auf dem Programm steht u.a.: erneute

Polen: BRD-Einmischung mit der Kreditschlinge

Senkung der Löhne und Realeinkommen, am stärksten bei Rentnern und Bauern. Erhöhung der Preise für Mieten, Heizung und Energie, Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3-4 %. Und so steigen die Preise 1992 (Jan.-Okt.): für Nahrungsmittel um 36,1 %, für Dienstleistungen um 70,3 %, der durchschnittliche Bruttolohn (!) dagegen um 34,7 %.

Um das Haushaltsdefizit zu schmälern und die geforderte Privatisierung vorzubringen, sollen Anteile an 600 Staatsunternehmen verkauft werden. Doch wer hat dafür Geld übrig: bis auf die Angestellten im Kommunikationswesen, bei Banken und Versicherungen, sowie Teilen der Selbständigen gibt es niemanden, der nicht seit Jahren massiven Reallohnabbau hinnehmen muß.

Gemessen an der Absichtserklärung seiner marktwirtschaftlichen Gläubiger steht Polen ohnehin die Lösung der Kardinalfragen noch bevor: „Sanierung oder Liquidierung“ von mehr als 8000 Staatsbetrieben (FAZ, 14. 12. 91).

Seitdem die polnische Industrie ihre Produkte überwiegend auf EG-Märkten anbieten muß (56 %), sinkt die Herstellung in den Bereichen Präzisionsgeräte, Transportmittel, Maschinenbau, Metallindustrie und Energieerzeugung. Nur die Holz- und Papier-, Bekleidungs-, Nahrungsmittel- und Baumaterialienindustrie verzeichnen leichte Zuwächse. Den Staatsbetrieben verlei-

gen die Banken Investitionskredite. Private Klein- und Mittelbetriebe der o.g. Zweige und besonders im infrastrukturellen Bereich erhalten dagegen Mittel u.a. aus dem Brüsseler „Phare-Projekt“, dem zentralen Instrument der EG zum marktwirtschaftlichen Umbau der Volkswirtschaften in Mittel- und Osteuropa (1990 — 400 Mio.; 1991 — 440 Mio. DM). Käufer für die Staatsbetriebe finden sich nicht, vor allem, solange die Belegschaften nicht wagrationalisiert sind und die Schuldenübernahme nicht geklärt ist. Es fehlt eine Treuhandanstalt, die die Verluste ihrer Verkäufe auf den Staatshaushalt abwälzen kann, heißt es dazu in der *Süddeutschen Zeitung* vom 8. 11. 92.

Entlassungen finden allerdings seit Einführung des neuen Kündigungsgesetzes von 1989 auf breiter Front statt. Die registrierte Arbeitslosigkeit beträgt 14 % der Erwerbsbevölkerung; sie wird 1993 um ca. 3,5 % steigen. Dann sind 3,1 Mio. von etwa 21 Mio. Erwerbstätigen arbeitslos gemeldet. Dazu kommen ca. 900 000 nicht registrierte Arbeitslose vor allem auf dem Lande.

Einer der Haupttreiber dieser Politik ist die Bundesregierung. In der BRD sitzen nach wie vor die größten staatlichen und privaten Gläubiger. Ihre Banken unter Führung der Dresdner zählen zu den Hardlinern bei der Politik Schuldenerlaß gegen Massenentlassungen bzw. Ma-

senarmut. Die BRD ist Haupthandelspartner und größter Investor mit 30 % aller Joint-ventures und 22,7 % aller Kapitaleinlagen. Und sie forciert ungeachtet täglicher Opfer ihre Politik des ius sanguinis: die deutsche Minderheit in Polen wurde 1992 mit mehr als 30 Mio. DM vom deutschen Innenministerium via Vertriebenenverbände finanziert. Angehörige der deutschen Minderheit stellen derweil ehemalige Kriegsdenkmäler wieder her. Sie betreiben Feststellung der deutschen Staatsbürgerschaft und weigern sich, noch in der polnischen Armee Wehrpflicht zu leisten.

Solche Aktionen können sich unmittelbar auf das Vorbild der Regierenden stützen. Beispiel Asylpolitik: die Bundesregierung nötigte bereits Ende 1991 die polnische Regierung zur Annahme eines Rückübernahmevertrags für Flüchtlinge. Jetzt besiegt sie das Asylrecht in der BRD, auf daß Polen ein Großteil der Verantwortung für die Flüchtlinge allein in die Schuhe geschoben werde. Das militärische und polizeiliche Instrumentarium zur Abwehr von Flüchtlingen wird derweil zur Installation gebracht, auf daß die deutsche Staatsmacht sich in Polen frei entfalte. Aber diese Politik stößt in Polen auf Widerstand. Das verdient Unterstützung. Quelle: Bundesstelle für Außenhandelsinformationen 1/93, *Handelsblatt, Neue Zürcher Zeitung, Frankfurter Rundschau*, — (ruo)

ÖTV gegen Billigflaggen: Schwimmende Zeitbomben

Etliche der derzeit 3200 auf den Weltmeeren fahrenden Tanker sind nach Ansicht von Dieter Henze, Verantwortlicher beim ÖTV-Hauptvorstand für Seeschifffahrt, „schwimmende Zeitbomben“. Er rechnet deshalb in Zukunft mit weiteren Tankerkatastrophen. Rund 80 Prozent der überalterten Weltflotte fahren größtenteils unter Billigflagge. Die Schiffe seien schlecht bemannet, unzureichend gewartet und werden von zu Hungerlöhnen angeheuertem Personal unter unzumutbaren Bedingungen gefahren. Billigflaggenländer wie Liberia, Panama oder Zypern würden keine Kontrollen durchführen. Zu den gleichen Ergebnissen kommt auch eine Studie, die die „Internationale Schifffahrtsorganisation“ (IMO) in London aus Anlaß der letzten Tankerunglücke jetzt veröffentlicht hat. Danach sind fast 50 Prozent der Welt-Tankerflotte 15 bis 19 Jahre alt und zumeist in Billigflaggenländern registriert. — (rül)

Gewerkschaftsaktionen „für ein soziales Europa“

Am 2. April wollen die im „Europäischen Gewerkschaftsbund“ (EGB) zusammengeschlossenen 45 Gewerkschaften der EG — wichtigen Gewerkschaften wie der französischen CGT verweigert der EGB bis heute die Aufnahme — in einem „Aktionstag“ auf ihre Forderungen aufmerksam machen. In Rom, Mailand, Neapel, Athen, Straßburg und Maastricht sollen große Demonstrationen stattfinden. Ziel sei, „die Debatte um ein soziales Europa neu zu beleben“, kündigt EGB-Generalsekretär Gabaglio an. Zu diesem Zweck will der EGB Forderungen gegen die Arbeitslosigkeit, gegen Sozialabbau und für Arbeitszeitverkürzung und für „europäische Betriebsräte“ vorbringen. — (rül)

Menschenrechtskommission gegen Rassismus

Die in Genf tagende UN-Menschenrechtskommission hat am 2. März eine Resolution gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verabschiedet und einen „Sonderberichterstatter“ ernannt, der speziell die Lage der ausländischen Arbeiter in den Industrieländern untersuchen soll. Die Bundesrepublik sah sich auf der Tagung wegen der faschistischen Mordanschläge scharfer Kritik ausgesetzt. Ihr Bemühen, ausdrückliche Kritik an der BRD zu verhindern, gelang, so daß Bundesaußenminister Kinkel, der als erster BRD-Außenminister auf der Tagung auftrat, die Entschließung „begüßt“ konnte. Mit dem Hinweis, andere Staaten sollten nicht von eigenen Versäumnissen ablenken, spielte er auf die türkische Regierung an, einen der Betreiber der Resolution. Mit der wird sich die BRD schon „einigen“ — z.B. gegen die Kurden. — (rül)

Frauenrechte stärken — Kampagne zur GG-Änderung

Sehr verschiedene Kräfte — DGB, Bundespräsidentin Rita Süßmuth (CDU), Ursula Männle (CSU), Uta Würfel und Irmgard Schwaetzer (FDP), Ulla Schmidt und Renate Schmidt (SPD) — rufen zu einer „Kampagne für Frauenrechte“ auf. Am 25. März will die Verfassungskommission entscheiden, ob „Frauenrechte“ in die Verfassung aufgenommen werden. Die Initiatoren wünschen zwei Zusätze: Erstens soll in Artikel 3 GG eine Verpflichtung des Staates aufgenommen werden, „die Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilnahme der Frauen an allen gesellschaftlichen Bereichen zu schaffen“. Zweitens soll festgehalten werden, daß „frauenfördernde Maßnahmen zum Ausgleich bestehender Nachteile zulässig sind“. Das richtet sich gegen Urteile, die Frauenförderung als Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz verbieten. SPD und DGB wollen zudem in Art. 6 GG den Staat verpflichten, „die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen zu verbessern“. — (rül)



Schwarz-grünes Kriegsbündnis?

In der BRD entsteht ein gefährliches Balkan-Interventionsbündnis

In den vergangenen Wochen hat im Chor der bundesdeutschen Kriegshetzer einer ganz besonders laut gegröhlt: der rheinlandpfälzische CDU-Bundestagsabgeordnete Stefan Schwarz. Ob in der RTL-Hetzsendung Explosiv oder im öffentlich-rechtlichen Programm, Stefan Schwarz hatte ausreichend Gelegenheit, die Bestialitäten des Balkankrieges in allen Einzelheiten auszumalen und ein militärisches Eingreifen gegen Serbien zu fordern. In den vergangenen Monaten hat er sein Bundestagsmandat zu keinem anderen Zwecke genutzt, als zum Sturm auf Belgrad aufzurufen.

Wie ein Komet tauchte im vergangenen Dezember der bis dahin völlig unbekannte CDU-Hinterbänkler im Lichte der Öffentlichkeit auf. In einer Brandrede im Bundestag berichtete er von einer Reise nach Bosnien. Reißerisch präsentierte er eine sogenannte Dokumentation, die er heimlich aus Bosnien geschmuggelt hätte. In dieser Dokumentation jagt eine Greuelnachricht die andre. Jedoch: selbst nach drei Monaten

konnte keine der dort vorgebrachten Greuelnachrichten nachgewiesen werden. Das kümmert Schwarz wenig. Erst letzte Woche schockte er die Öffentlichkeit mit der Meldung, serbische Ärzte hätten gefangenene Frauen Hundeembryonen eingepflanzt. Beweise hat er dafür bis heute nicht geliefert.

Mit solchen Meldungen versorgt wird Schwarz von dubiosen bosnischen Mittelsmännern. Er selbst hält einen gewissen Indir Ramović aus, der sich als infizieller bosnischer Botschafter in Bonn verkauft. Das er mit der Auswahl seiner Bekannten nicht wählerisch ist, weiß man seit seiner Zeit als Vorsitzender der Junge Union von Rheinland-Pfalz. Lange vor dem Anschluß der DDR an die BRD hielt er Kontakt zu solch zwielichtigen Gestalten der DDR-Geschichte wie dem Rechtsanwalt Wolfgang Schnur und Rainer Eppelmann.

Aber Stefan Schwarz profitiert von seiner Vergangenheit. Die Medien feiern ihn als neuen Politiker der CDU. Originalton Spiegel: „Andere feiern den

christlichen Jungmann gar als „neuen Kennedy“, „künftigen Bundeskanzler“ und „Lichtblick gegen die Politikverdrossenheit“. (Spiegel 2/93). Daß er in Rheinland-Pfalz den Sturz von Bernhard Vogel mitverursacht hat und sich nun mit Kinkel und Rühe anlegt, gefällt der Journaille. Aber der „christliche Jungmann“ hat noch andere Aufgaben.

Schon länger versucht die CDU, in bestimmte Kreise der Grünen vorzudringen und sie zu einem Bündnis zu gewinnen. Dies ist jetzt Politikern wie Stefan Schwarz gelungen. In einem gemeinsamen Aufruf, unterzeichnet von Schwarz, Cohn-Bendit, Eva Quistorp (Grüne Europaparlamentarierin), Jürgen Roth vom Bündnis 90/Die Grünen und anderen illustren Persönlichkeiten wird eine bewaffnete Intervention in Bosnien verlangt. Seite an Seite mit dem Bremer Umweltsenator Fücks (Grün), der die Argumentation von Schwarz aufgreift, wird in der BRD ein schwarz-grünes Kriegsbündnis geschmiedet.

Quelle: die tageszeitung, 16.2.93 — (hav)

Postvertriebsstück G 7756 D

Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn**Deutsche — „faul und träge“**

„Der Wohlstand hat zu viele faul und träge gemacht“, so die Meinung von Tyl Nekker, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, auf einem Festakt des Zentralverbandes Elektrotechnik und Elektronikindustrie (ZVEI). Der BDI-Präsident forderte dort, die „Tyrannei des Status Quo zu überwinden.“ Auf derselben Veranstaltung äußerte Staatssekretär Johann Eekhoff, dem Wirtschaftsministerium schwebte „eine stufenweise Erhöhung des Rentenzugangsalters“ etwa auf 67 Jahre, eine deutliche Verkürzung der Studienzeiten und eine Verlängerung des individuellen Arbeitstages vor.

Bananen-Klage

Mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof hat die Bundesregierung auf die von der EG-Kommission verordnete Beschränkung der EG-Einfuhren von sogenannten „Dollar“-Bananen ab 1. Juli reagiert. Die Verordnung begrenzt die EG-Einfuhren der „Dollar-Bananen“ auf 2 Mio. Tonnen im Jahr (Einfuhr derzeit: 2,4 Mio. Tonnen) und erhebt 20 Pf. Zoll je Kilo. „Bild“, CSU-Spranger und FDP-Graf Lambsdorff sowie die vom Import von „Dollar-Bananen“ profitierenden deutschen Firmen in Hamburg und Bremen hatten gegen die Verordnung Sturm gelaufen. Die EG-Kommission weist darauf hin, daß die soziale Lage der Plantagenarbeiter in den von der neuen Regelung begünstigten ehemaligen französischen Kolonien erheblich besser sei als z.B. in Costa Rica und Ecuador, wo die „Dollar-Bananen“ geliefert werden.

Bankier Abs und die Junker

Deutsche-Bank-Ehrenvorsitzender Hermann J. Abs ist weiter für seinesgleichen tätig. Anlaß ist das sogenannte „Entschädigungsgesetz“, das die Bundesregierung zur Zeit vorbereitet und mit dem Leute, die 1945 bis 1949 im sowjetischen Besatzungsgebiet enteignet wurden und laut „Einigungsvertrag“ keinen Anspruch auf Rückgabe ihres Eigentums haben — zumeist Junker und Kriegsverbrecher des NS-Regimes — für ihr Leid „entschädigt“ werden sollen. Die Entschädigung, die die Regierung vorsieht, ist den Ex-Junkern und Konsorten nämlich zu niedrig. Die Nachfahren des Fürst Pückler z.B. wollen ihre 2000 Hektar samt Schloß zurück und nicht 300000 DM Entschädigung. Abs schlägt nun vor, die alten Eigner sollten ihre Güter zum Einheitswert von 1935 zurückkaufen können. Bis zu einem Rückkauf von 50 % des „Altbesitzes“ soll zudem die „Entschädigung“ für die nicht zurückgekauften anderen Hälfte des „Alteigentums“ den Kaufpreis noch senken. Wer 100 % zurückkaufe, müsse dafür in einen „Ausgleichsfond“ einzahlen. So würden sich die Junker gegenseitig „entschädigen“ und alle zusammen ihre Güter zu Spottpreisen zurückkriegen.

ABM-Stellen schwinden

Anfang 1992 wurden noch knapp 500000 Jobs über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) finanziert. Nach den jüngsten Beschlüssen zu Kürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit (BA) wird ein Rückgang der ABM-Stellen bis Ende 1993 auf 330000 erwartet. Das entspricht einer prozyklischen Arbeitsmarktpolitik: In Zeiten der Krise wird allein hierdurch die Erwerbslosenzahl um 17000 erhöht. Der größte Teil der ABM-Stellen, derzeit noch rund 310000, befinden sich in Ostdeutschland. Der DGB: Der ABM-Einbruch war vorauszusehen und ist die Folge dessen, daß Blüm bereits 1992 den Etat 1993 der BA gegen den Willen des BA-Verwaltungsrat aufzwang.

Mineralölsteuer steigt

Sicher ist: 1994 wird die Bundesregierung mindestens 8 Mrd. DM mehr an Steuern und Abgaben erheben — vermutlich durch eine Kombination von höherer Mineralölsteuer und Autobahnvignette, zwecks Finanzierung der „Bahnreform“, d.h. dem Verkauf der Bundesbahn an private Kuponschneider. Letzter Stand ist eine Anhebung der Benzinpreise um ca. 15 Pfennig je Liter, die CDU/CSU will aber eine Kombination mit Vignette, angeblich, weil so ausländische LKWs, die sonst mit vollem Tank durchreisen, auch zur Abgabe herangezogen würden.

Jugendherbergs-Sterben

Das Deutsche Jugendherbergswerk (DJH) schlug Alarm. Durch Bonner „Sparmaßnahmen“ ist ein größerer Teil der derzeit in Gesamtdeutschland bestehenden 640 Jugendherberghäuser existentiell gefährdet. Insbesondere könnte der hohe Sanierungsbedarf, der in besonderem Maß in Ostdeutschland erforderlich wäre, nicht realisiert werden. Das Sterben hat bereits begonnen, so gab es in Hessen im Sommer 1990 noch 46 Häuser; heute sind es nur noch 38. Dabei, so der hessische Verband, sind Jugendherbergen praktizierte internationale Begegnung und ein Beitrag gegen Rassismus.

Asyl: Jetzt Flughafenkontrollen

Am 4. März hat der Bundestag das Asylpaket von Regierung und SPD erstmals beraten. Die SPD streitet nur um Randfragen — z.B. darum, ob den Asylbewerbern künftig die Sozialhilfe weiter gekürzt werden soll. Innenminister Seiers kündigte an, als nächstes solle geklärt werden, wie Asylbewerber an Flughäfen abgefertigt würden. Geplant ist, daß sie vor der „eigentlichen Einreise“ ihren Asylantrag stellen und die Entscheidung abwarten sollen — eine Art „extritoriale“ Lager auf Flughäfen.

Was kommt demnächst?

Am 10. März will die Regierung ihre Gesetze zum Nachtragshaushalt und „Solidarpakt“ vorlegen. Am 12./13. März ist Bund-Länder-Klausur zum Finanzausgleich. Am 19. und 20. März ist „Energieklausur“ von Regierung und Konzernen im „Raum Bonn“ über die künftige Energiepolitik.

BRD-Auslandsanlagen: Weltweit zweitgrößtes Auslandsvermögen

In der antifaschistischen Bewegung wird derzeit — zu Recht — auf die Parallelen und Kontinuitäten zwischen dem Aufkommen der faschistischen Partei Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre und dem faschistischen Parteibildungsprozeß heute hingewiesen. In einem wichtigen Punkt freilich ist die Position des BRD-Imperialismus heute unterschieden von der der deutschen Konzerne vor 60 Jahren. Waren die deutschen Konzerne, Banken und Regierung vor 60 Jahren im Ausland hoch verschuldet, so daß sie die Weltwirtschaftskrise mit besonderer Härte traf, so ist die BRD heute die imperialistische Macht mit dem zweitgrößten Auslandsvermögen unter allen imperialistischen Mächten. Darauf hat jetzt wieder die Bundesbank hingewiesen.

In ihrem Monatsbericht vom Januar 1993 stellt die Bank einleitend fest: „Die Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten ein beträchtliches Auslandsvermögen aufgebaut. Zusammen mit Japan steht Deutschland an der Spitze der Gläubigernationen der westlichen Welt . . .“ Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet nimmt der BRD-Imperialismus sogar die Welt-Spitzenstellung unter allen imperialistischen Mächten ein: „Ende 1991 belief sich das Netto-Auslandsvermögen Deutschlands auf umgerechnet 340 Mrd. US-\$, das entspricht etwa 4300 US-\$ pro Kopf der Bevölkerung oder 18 1/2 % des gesamten Bruttoinlandprodukts. Die japanischen Netto-Auslandsaktivitäten waren mit 385 Mrd. US-\$ etwas höher, pro Kopf der Bevölkerung oder in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gerechnet ergibt sich aber die umgekehrte Rangfolge (3100 US-\$ bzw. 11 1/2 %). Im Gegensatz zu diesen beiden Gläubigernationen wiesen die Vereinigten Staaten gegenüber dem Ausland eine deutliche und überdies in den letzten Jahren weiter gestiegene Netto-Schuldenposition auf. Diese erhöhte sich bis Ende 1991 auf rund 360 Mrd. US-\$ — wahlgemerkt: Netto-Schulden, nicht, wie bei Japan und der BRD, Netto-Forderungen.

Aus diesem Auslandsvermögen erwachsen den bundesdeutschen Konzernen, Banken und anderen vermögenden

Kreisen in der BRD, also insbesondere der Bourgeoisie selbst, aber auch der gutverdienenden Mittelschicht, Jahr für Jahr enorme Auslandserlöse. Auch hierüber führt die Bundesbank Buch. Danach konnten deutsche Konzerne, Banken, Versicherungen und andere Besitzer von Auslandsvermögen 1992 Kapitalerlöse aus ausländischem Vermögen in Höhe von 120 Mrd. DM in ihre Taschen stecken — sei es direkt, z.B. als Besitzer ausländischer Schuldverschreibungen, sei es indirekt, über die Ausschüttung von Auslandserlösen an Besitzer von Lebensversicherungen und anderen „Papieren“. Der abstößende Parasitismus der Bourgeoisie und Luxusindustrien jeder Art werden durch diese Auslandserlöse zusätzlich genährt. Aber auch die in den letzten zehn Jahren stark zunehmende Staatsverbundenheit der deutschen Mittelschicht hat hier eine bedeutende materielle Basis. Man sieht eben die Welt anders, wenn man weiß, daß die eigene (Zusatz-)Lebensversicherung und andere „Papierchen“ sich auch aus Auslandserlösen speisen.

In der Tagespresse ist in den letzten Jahren, wenn schon vom Auslandsvermögen der BRD die Rede war, zumeist auf einen anderen Gesichtspunkt hingewiesen worden: auf die „Kosten der Einheit“, genauer: den hohen öffentlichen Kreditbedarf, der auch die deutsche Vermögensposition gegenüber dem Ausland beeinträchtige. Die Tabelle zeigt, daß dies nur ein Gesichtspunkt von eingeschränkter Bedeutung war:

Die Auslandsposition der öffentlichen „Stellen“, d.h. im wesentlichen von Bund und Ländern, war in der Tat in den letzten Jahren durch eine Zunahme der (Netto)-Schulden im Ausland gekennzeichnet. Diese Kreditaufnahme im Ausland aber wird den deutschen Konzernen im wesentlichen ganz recht gewesen sein, hielt sie doch auf dem inländischen Kapitalmarkt die Konkurrenz öffentlicher Stellen um Anleihen vergleichsweise gering, drückte also die Zinsen nicht so nach oben, wie das der Fall gewesen wäre, wenn Bund und Länder ihre Kredite sämtlich im Inland aufgenommen hätten.

Eine neue Orientierung der Expansionsrichtung des BRD-Imperialismus schließlich schlägt sich in den Zahlen über das Auslandsvermögen der BRD gegenüber den Staaten Osteuropas nieder. Die Bundesbank weist hier in den Jahren 1988 bis Mitte 1992 eine Verdopplung der (Netto)-Forderungspotenzialen der BRD gegenüber diesen Staaten aus. Ein Teil dieses Zuwachses geht direkt auf die Annexion der DDR und auf die Übernahme von früheren DDR-Forderungen gegenüber diesen Staaten durch westdeutsche Konzerne und Banken zurück. Die Bundesbank warnt hier aber vor allzuviel Optimismus. Viele der Forderungen von BRD-Konzernen und -Banken seien womöglich verlorene Kredite, die zwar die (staatliche) deutsche Hermes-Versicherung im Notfall den BRD-Konzernen garantieren, die aber von den Staaten Osteuropas nie zurückgezahlt würden. Der Gefährlichkeit dieser Expansionsrichtung des deutschen Kapitals aber tut dies keinen Abbruch, im Gegenteil: Je unsicherer die Forderungen gegenüber ausländischen Schuldern, umso heftiger ist gewöhnlich das Drängen der Konzerne, sich durch Inbesitznahme von „Pfänden“, z.B. durch Zugriff auf ausländische Rohstofflager, für den Verlust der Kreditforderungen zu „entschädigen“. Der Druck des BRD-Imperialismus auf diese Staaten wird also in solchen Fällen nicht schwächer, sondern eher noch stärker werden. — (rül)

Daten zum Auslandsvermögen der BRD

(in Milliarden DM, netto, d.h. abzüglich vergleichbarer Auslandsforderungen)

Art des Auslandsvermögens	1988	Mitte 1992
Gesamts (Netto)-Auslandsvermögen	373,4 Mrd. DM	503,9 Mrd. DM
darunter: in osteuropäischen Staaten	27,7 Mrd. DM	81,8 Mrd. DM
Bundesbank-Vermögen	69,9 Mrd. DM	65,0 Mrd. DM
Direktinvestitionen (Auslandswerke)	51,0 Mrd. DM	110,7 Mrd. DM
Private Wertpapieranlagen	114,4 Mrd. DM	173,4 Mrd. DM
Öffentliche Vermögen	./. 109,2 Mrd. DM	./. 162,1 Mrd. DM

aus: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Januar 1993

Volker Rühe: Demokratie ist in Chile „fest etabliert“

Die Bundesregierung treibt derzeit eine bemerkenswerte Außenpolitik. Kohl reist in Asien herum und trifft sich dort mit der äußersten Rechten — Vertretern der Regimes in Indonesien, Singapur, Süd-Korea — und sein „Verteidigungsminister“ treibt das gleiche in Südamerika. Im Februar hat Volker Rühe als erster Bundesverteidigungsminister Chile einen offiziellen Besuch abgestattet. Die Bedeutung seines Besuches scheint groß zu sein, dauerte sein Besuch doch ganze vier Tage, konnte er doch mit einer Reihe von chilenischen Militärs sowie mit dem chilenischen Präsidenten sprechen. Es wurde strengstens versucht, Peinlichkeit Nr. 1 ist Erich Honecker, Rühe umging sie, indem er sich darauf berief, nur über die Bundeswehr und Chiles Armee reden zu wollen. Peinlichkeit Nr. 2 ist die weiter vorherrschende faschistische Grundtendenz im chilenischen Heer, personifiziert durch den Stabschef des Heeres Pinochet. Ein hochrangiger chilenischer Offizier brachte es auch auf den Punkt, er erklärte vor Journalisten: „Wenn sie es genau wissen wollen, wir alle lieben Pinochet.“ Laut Rühe haben aber das

Thema Pinochet und Honecker „überhaupt keine Rolle gespielt“.

Über konkrete Ergebnisse des Besuches wurde verdächtig wenig bekannt. So sollen an der Führungsakademie in Hamburg verstärkt chilenische Offiziere ausgebildet werden. Das ist aber bereits jetzt gängige Praxis, lediglich das Wort „verstärkt“ ist neu. Ferner sollen der Leiter der Führungsakademie und andere hohe deutsche Offiziere nach Chile reisen, um zu Beratungen und Hilfen zur Verfügung zu stehen. Angeblich gelte es für die chilenischen Streitkräfte, das Prinzip vom „Staatsbürger in Uniform“ einzuführen. So stehen gleich beide Partner in guten Licht da, die einen bringen die Demokratie, die anderen empfangen sie und führen sie getreu ein.

Ging es wirklich nur um ein bißchen positives Image? Rühe sagte wenigstens zum Abschluß des Besuches ein wenig globalpolitisches. Südamerika und Europa seien nämlich Sicherheitspartner, die gemeinsam Verantwortung für die Welt tragen würden. Dies deutet darauf hin, daß es um mehr ging, als der chilenischen Armee beim Anbringen eines demokratischen Feigenblattes behilflich zu sein. Chile ist ein Land, daß sowohl im ersten wie im zweiten Weltkrieg Deutschland nicht den Krieg erklärte. Es wurden lediglich im Januar 1943, als sich die deutsche Niederlage bereits andeutete, die Beziehungen abgebrochen. Sonst ist Chile das einzige Land der Erde, wo das Heer noch Wehrmachts-Stahlhelme verwendet, so daß man sich 50 Jahre zurück und in einen anderen Kontinent versetzt glauben möchte. Ein Anliegen Rühes war es gewiß, die traditionell guten deutsch-chilenischen Beziehungen weiter auszubauen bzw. daran anzuknüpfen. Verdächtig ist übrigens auch das Vorab-Dementi, daß ein Rüstungsabkommen oder andere Vereinbarungen nicht vorgesehen seien.

Nach seinem Besuch in Chile flog Rühe für zwei Tage nach Argentinien. Auch dort bot er dem Generalstab eine engere militärische Zusammenarbeit vor allem im Bereich der Streitkräfteplanung und der Offiziersausbildung. Argentinien ist als Reiseziel genausowenig wie Chile bestimmt nicht zufällig an der Reihe, ist Argentinien doch ebenfalls ein Land mit traditionell guten Beziehungen zu Deutschland. — (chl)



Eine Milliarde DM in diesem und drei Milliarden DM in jedem künftigen Jahr will Bundesarbeitsminister Blüm durch die Einführung einer monatlichen Meldepflicht für Arbeitslose „einsparen“. Jede zweite westdeutsche und jeder dritte ostdeutsche arbeitslose Person soll sich danach persönlich monatlich bei den Arbeitsämtern zur „Kontrolle“ einfinden. Angeblich soll damit „Leistungsmißbrauch“ bekämpft werden. In Wirklichkeit dürfte der Minister damit rechnen, daß allein die öffentliche Demütigung durch die Einreichung in die Schlange der „Kontrollierten“ so viele von der Meldepflicht abhalten wird, daß Blüm das Arbeitslosengeld „spart“. Bis Ende April soll die Bundesanstalt für Arbeit weitere „Sparvorschläge“ dieses Typs vorlegen, sonst, so Blüm, droht die Privatisierung und Regionalisierung der Arbeitslosenversicherung, d.h. die Zerstörung der bestehenden Arbeitslosenkasse.

Erste Anmerkungen zum Ergebnis der hessischen Wahlen

Die Quote der Nichtwähler ist hoch — 28,7 % in Hessen (1989 waren es 23,9 %), in Frankfurt 30,3 %, in Darmstadt, Offenbach und Wiesbaden sogar 36 bis 37 %. Es sind absolut 1,2 Mio. Wahlberechtigte, die nicht gewählt haben, das sind mehr als SPD- (1,07 Mio.) und CDU-Wähler (0,94 Mio.). In Frankfurt beispielsweise kommt zu den freiwilligen Nichtwählern noch ein hoher Bevölkerungsanteil mit dem Status Ausländer hinzu, so daß fast die Hälfte der Bevölkerung nicht durch die Kommunalparlamente vertreten wird.

Die Kommunalwahlen sind nicht nur Barometer der Reaktion auf Bundespolitik. Dazu sind die Verluste der CDU zu niedrig und zu uneinheitlich. Im Hessen-Durchschnitt verlor die CDU 2,3 % (155 124) Stimmen. Dieser Durchschnitt setzt sich jedoch zusammen aus Verlusten bis zu 16,7 % in der Kreisstadt Bad Hersfeld und Gewinnen bis zu 9,6 % in der Kreisstadt Heppenheim. Diese unterschiedlichen Ergebnisse sind Reaktionen auf kommunalpolitische Besonderheiten. Die SPD hat das am stärksten in Kassel zu spüren bekommen, wo sie ihre absolute Mehrheit verlor und hinter die CDU fiel. Korruptionsskandale haben die CDU weniger Stimmen gekostet als die SPD. Vermutlich kann man davon ausgehen, daß das Wählerpotential der CDU sich um 30 % eingependelt.

In vielen Kreistädten und Kreisen sind die Wählergemeinschaften stark genug, um als Koalitionspartner in Frage zu kommen. Sie haben sich stabilisiert und oft noch zugelegt. Auch diese Erscheinung spricht dafür, daß die Wähler kommunalpolitisch gewählt haben.

Ob die SPD-Verluste mehrheitlich direkt an die Republikaner gegangen sind, ist fraglich. Dazu ist die Zusammensetzung und Bewegung der Nichtwähler zu unklar. Ziemlich gesichert ist jedoch, daß die SPD viele Stimmen an die Grünen abgegeben hat, die durch Regierungskoalitionen vor allem in der Landesregierung an Profil gewonnen haben.

Die SPD führte in Frankfurt einen gänzlich auf Oberbürgermeister von Schöeller fixierten, inhaltsleeren Wahlkampf.

Die Partei der Grünen hat vermutlich antifaschistische Stimmen hinzugewonnen, da sie aktuell als sicherster Garant gegen die Vertretung der Faschisten in den Parlamenten erscheint. — (udi)

Ergebnisse der linken Wahlbündnisse

Aus 14 Orten in Hessen sind uns Wahllisten bekannt, die sich selbst als „linke Opposition“ einordnen. Die meisten sind mit Beteiligung der DKP entstanden oder kandidierten als offene DKP-Listen. Diese Bündnisse vertraten die Interessen der ärmeren Bevölkerung und richteten sich gegen reaktionäre Stadtpolitik und Faschisten. In allen Orten hatte die DKP 1989 bei den letzten Kommunalwahlen respektable Ergebnisse erzielt, die sie auch in die Gemeinde- oder Ortsbeiräte brachten. Zwischen 1989 und 1993 lag der Zusammenbruch des Realsozialismus und der Niedergang der DKP.

Einzig in Frankfurt wurde durch ÖkoLinX (Bündnis der Ökologischen Linken mit der PDS) die DKP ausgegrenzt, der Wahlkampf mit einer PDS-finanzierten Materialschlacht in Konkurrenz zu den Grünen betrieben. Eine zentrale Parole: „Rotgrünschwarz: Bloß die Verwaltung der herrschenden Scheiße.

Ohne Visionen, aber verfilzt und korrupt.“ Das Ergebnis in Frankfurt: 3 249 Stimmen für ÖkoLinX, das sind nur 1,2 %. Die Blütenträume von der 5 %-Hürde sind geplatzt, ÖkoLinX kann von Glück sagen, daß die GRÜNEN den Einzug der FDP in den Römer und damit die schwarz-gelb-braune Mehrheit verhindert haben. Zum Vergleich: die bereits stark gebreitele DKP erzielte 1989 — ohne größeren Wahlkampf — 2 137 Stimmen, und diese im Unterschied zu ÖkoLinX auch aus Arbeiterwohnvierteln, die PDS-Linke Liste bei den Bundestagswahlen 2 899 Stimmen.

In Marburg traten entgegen großen Bemühungen der DKP zwei linke Listen an, die GAL erzielte 4,85 %, die Marburger Linke 3,5 %. Dort war bisher die DKP mit 5,8 % in der Stadtverordneten-

versammlung vertreten.

Die übrigen Ergebnisse (in Klammern die DKP-Ergebnisse von 1989):

- „Alternative Linke Liste Hessisch Lichtenau“ 10,6 % (9,9 %),
- „Linke Bürger-Liste“ in Gersfeld ca. 12 % (18,1 %),
- „Demokratisches Bündnis“ im Ortsteil Wächtersbach-Wittgenborn 23,3 % (16,4 %)
- „NiemanD“ in Offenbach 2,6 % (1,3 %),
- Offene Liste DKP Mörfelden-Wallendorf 10,3 % (10,2 %)
- Offene Liste DKP Neuberg 7,1 % (11,2 %)
- DKP Langenselbold 8,8 % (15,4 %)
- DKP Dietzenbach 1,6 % (6,8 %) (hier war die ursprüngliche DKP-Fraktion vollständig ausgetreten)
- DKP Maintal 0,9 % (1,5 %)
- DKP Reinheim 9 % (9,6 %).

Diese Ergebnisse müssen von der PDS bei der Vorbereitung der Europa- und Bundestagswahlen berücksichtigt werden. Will sie „westweit“ auf über 2 % kommen, sind Bündnisse mit Organisationen, die Interessen der Armen vertreten, möglich und notwendig. — (gst)

Ergebnisse der Faschisten in Frankfurt

Die faschistischen Parteien und Gruppierungen konnten ihren Stimmenanteil gegenüber der Stadtverordnetenwahl 1989 um ca. 15000 Stimmen steigern. Damals erhielt die NPD 20575, die ÖDP 2084 Stimmen. Jetzt verteilen sich die Stimmen für Faschisten wie folgt: REP (25368, 9,3 %), DVU (7357; 2,7 %), NPD (2507; 0,9 %), FWF, eine Abspaltung der NPD (1371; 0,5 %) und ÖDP (698; 0,3 %). Die REP wurden mit zehn Abgeordneten in die Stadtverordnetenversammlung gewählt.

SPD und CDU hatten gegenüber dem faschistischen Block einen deutlich anderen Wahlkampf geführt als vor vier Jahren. Die CDU verzichtete — anders als 1989 — auf eine ausgeprägte Hetze gegen „Asylmissbrauch“ und „Asylbewerberflut“. Die Unionsvertreter hatten

vor der Wahl wiederholt in der Presse verbreiten lassen, daß „es kein Zusammensehen mit den REP geben werde“. Diese Umstände sprechen dafür, daß sich die Anhangbildung der Faschisten zunehmend neben, d.h. unabhängig, auch von der CDU-Politik vollzieht.

REP, NPD und DVU konnten Anhänger vor allem in Stadtteilen und Wahlbezirken mobilisieren, in denen die NPD bereits 1989 hohe Stimmenanteile erzielte. In den acht Wahlbezirken, in denen die NPD vor vier Jahren ihre höchsten Ergebnisse mit Durchschnittswerten von 15,5 % erreichte, mobilisierten die Faschisten nunmehr einen Anteil von 26,5 %. Das kommunale Amt für Statistik charakterisiert diese Stadtteile so: „hoher Arbeiteranteil“, „überdurchschnittliche Wahlergebnisse für die SPD“, „sehr niedrige Wahlbeteiligung“, „niedrige formale Bildungsabschlüsse“, „schlechte Wohnverhältnisse/sozialer Wohnungsbau“. Auch wenn sich hier deutlich Schwerpunkte herauszukristallisieren scheinen, ist zu beachten, daß sich die Anhangbildung durchaus breiter gestreut vollzieht. Während die REP ihren größten Stimmenanteil im Gallusviertel mit 13,6 % erreichten, mobilisierten sie im Westend-Süd, eine „Hochburg“ von FDP und GRÜNEN, immerhin noch 5,2 %.

Es war schon erstaunlich, daß SPD und CDU nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses die Erfolge der Faschisten immer noch als Ausdruck von Protestwählerverhalten werteten. Zumal in der Propaganda der REP, DVU und NPD soziale Demagogie keine gewichtige Rolle gespielt hatte.

Der Spitzenkandidat der REP und ehemalige CDU-Politiker Heinrich Frank hat verbreiten lassen, daß er die Tätigkeit der NPD-Fraktion im Römer fortsetzen werde. Die NPD hatte die Kommunalvertretung in den vergangenen Jahren durch unzählige Anträge und Anfragen belastet und mißbraucht, deren Inhalt die Nichtzulassung dieser Partei zu den Wahlen gerechtfertigt hätte. SPD und CDU, aber auch die GRÜNEN hatten vereinbart, diesem Vorgang durch Nichtbeachtung zu begegnen. Die GRÜNEN haben nun erklärt, daß sie „die Nicht-Beachten-Linie“ aufgeben werden, da „so diese Parteien offensichtlich nicht aussterben“ (Tom Koenigs, Umweltdezernent). Für den antifaschistischen Widerstand wäre dies ein Anhaltspunkt. — (ola)

Das SPD-Ergebnis

Die erdrutscharigen Verluste bei den hessischen Kommunalwahlen lösen in der SPD eine Strategiediskussion aus, die als Diskussion antifaschistischer Bündnispolitik angesehen werden muß. Setzt sich nämlich der gegenwärtige Trend durch, wird sich eine Mehrheit rechts außen bilden. Schon jetzt klopfen die Meinungsmacher eine Differenzierung zwischen Rechten (Reps) und wirklichen Nazis (DVU) fest. Eine Beteiligung der REPs an Regierungen und Verwaltungen in Bund, Ländern und Gemeinden wird vorbereitet. SPD und Grüne könnten den Trend zum kombinierten Rechts- und Bandenstaat bisher nicht brechen. Es gibt zu diskutieren.

Im Partejargon der SPD hat sich der Begriff der Schutzmacht bereits festgesetzt. Der SPD sei nicht abgenommen worden, die Schutzmacht des kleinen Mannes oder, besser formuliert, der kleinen Leute zu sein.

Die Beziehungen zwischen der SPD und den Bevölkerungsgruppen, deren soziale und demokratische Belange Wirtschaftsmacht und Staatspolitik mißachten, sind gestört. Ein großer Teil der Bevölkerung, vielleicht das oft genannte Drittel, kann nicht mehr realistisch hoffen, wenigstens im Gefolge von Flören der Wirtschaft auf einen grünen Zweig zu kommen. Und den Zugewanderten werden die persönlichen und politischen Rechte, die mit der Staatsbürgerschaft verbunden sind, nun schon Jahrzehnte vorenthalten. Wer sich da als Schutzmacht andienen will, wird von vielen als Garant übler Zustände aufgefaßt.

Wer in unserer Gesellschaft Schutz sucht, geht zu den Mächtigen. So spiegelt die Anhängerschaft der Rechten in den ärmeren Bevölkerungsgruppen eine Anforderungsstruktur der Mächtigen. Vorausgesetzten Konkurrenzinteressen wird vorauselender Gehorsam beschworen und dann Bevorzugung eingefordert.

Es ist ausgeschlossen, daß die SPD als Macht registriert wird, die solchen Schutz gewährleistet. Die Parteiexistenz der SPD beruht nun einmal auf der Lohnarbeit und nicht auf dem Kapital. Die Politik der SPD beruht auf dem Reform- und Widerstandsgeist, dem Selbsthilfestreben in der arbeitenden Bevölkerung, von der die Partei gestützt oder auch geschützt wird. Nur bei Rechtsextremen oder bürgerlichen Hooliganenparteien geht es andersherum.

Daß in der Diskussion der Sozialdemokratie die Besinnung auf den Sozialbezug von Politik so schwach ausfällt, hat einen Grund in der sozialen Struktur der Partei selbst. In der SPD von heute geben überwiegend junge Manager oder Laufbahnbürokraten den Ton an. Die Verbindung zum sozialen Leben der lohnabhängigen Bevölkerung ist schwach. Besonders bei den Kommunalwahlen, wo man die Kandidatinnen und Kandidaten kennt, muß unbegreiflich bleiben, wieso fast keine Arbeiterinnen und Arbeiter mehr aufgestellt werden. Direkte Vertretung und unmittelbarer Einfluß kann durch ein noch so fortschrittliches Programm nicht ersetzt werden (und auch daran fehlt es ja). Ein Mangel, der für die Partei selbst dann nicht leicht zu korrigieren ist, wenn sie ihn erkennt. Die jahrelange Verfolgung von sog. Radikalen in den Gewerkschaften hat zur Ausmerzung ganzer Nachwuchsjahrgänge geführt, die sich politisch dann an den Grünen-Alternativen orientieren oder eben in einer Vielzahl linker Gruppierungen, Disussionszusammenhänge usw. Heute kann die SPD den Zusammenhang ihrer Politik mit den Klassenkämpfen der Zeit — praktisch gesehen — weithin nur noch als Bündnispolitik mit anderen Organisationen formulieren.

Unter diesen Bedingungen ist wahrscheinlich, daß die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch eine weit nach rechtsaußen, bis zu den Faschisten reichende Front nicht durch eine Mobilisierung bloß von SPD und GRÜNEN verhindert werden kann, sondern nur, wenn die politische Linke, die sich in den sozialen und politischen Kämpfen gegen die Reaktion herausgebildet hat, in den Kampf um parlamentarische Sperrenminoritäten oder Mehrheiten eingreift. Nicht gegen die Sozialdemokraten und schon gar nicht gegen die Grünen, sondern mobilisierend in der sozialen und politischen Öffnung postreformistischer Politik, in einer kräftigen Bewegung der auch von Sozialdemokraten mit herabsetzendem Bedauern so genannten Schwachen. — (maf)

Einige Ergebnisse der hessischen Kommunalwahlen 1993 im Vergleich zu 1989

Kreise bzw. Städte	SPD	CDU	Die Grünen	FDP	REP	NPD + ÖDP + DVU		
	1993	1989	1993	1989	1993	1989	1993	1989
Groß-Gerau	41,9%	51,6%	27,0%	28,6%	13,9%	12,1%	4,6%	4,3%
Lahn-Dill-Kreis	38,4%	47,5%	23,7%	29,4%	7,3%	6,6%	4,3%	4,0%
Mainz-Kinzig-Kreis	37,0%	45,7%	31,5%	34,9%	9,9%	8,2%	4,4%	4,2%
Rheingau-Taunus-Kreis	34,5%	37,8%	31,7%	32,3%	11,4%	8,9%	7,6%	5,4%
Vogelsbergkreis	40,0%	49,1%	29,7%	30,6%	7,0%	6,2%	4,4%	5,5%
Frankfurt	32,0%	40,1%	33,4%	36,6%	14,0%	10,2%	4,4%	4,8%
Offenbach	29,2%	40,1%	26,6%	35,6%	11,6%	10,1%	7,8%	5,6%
Darmstadt	34,2%	42,9%	30,3%	26,8%	25,4%	19,0%	7,8%	6,0%
Wiesbaden	33,7%	49,5%	28,9%	33,4%	11,9%	8,8%	7,6%	7,0%
Kassel	29,8%	50,5%	36,9%	29,5%	14,0%	12,3%	7,7%	8,6%
Hanau	35,9%	52,0%	25,0%	31,8%	9,8%	8,8%	4,0%	5,0%
Hessen insgesamt	36,4%	44,8%	32,0%	34,3%	11,0%	9,1%	5,1%	4,8%
							8,3%	0,7%
							0,7%	1,4%

SPD-Landesvorstand Hessen zum Kommunalwahlergebnis

1. Wahlziel der SPD war es, die führende kommunalpolitische Kraft in Hessen zu bleiben und mindestens 40 % landesweit zu erreichen. Die SPD mußte Verluste, z.T. in dramatischer Höhe (Kassel -20,7 %, Wiesbaden -15,8 %) hinnehmen und verlor hessenweit 360000 Stimmen im Vergleich zu 1989. Der Vorsprung vor der CDU hat sich von 10,6 % auf 5,6 % verringert. Die SPD ist zwar in 19 der 26 Kreise und kreisfreien Städte stärkste Partei, aber auf deutlich niedrigerem Niveau als noch vor vier Jahren. Vor allem in den Großstädten büßte die SPD überdurchschnittlich ein

2. Die Verluste der SPD von 7,6 % (bei den Kreiswahlen) sind vor allem darauf zurückzuführen, daß frühere SPD-WählerInnen nicht zur Wahl gingen. Die Wählerwanderungsbilanz zeigt, daß die SPD zur Gruppe der NichtwählerInnen fast 230000 Stimmen verloren hat. Die Verluste an Reps und Wählergruppen waren demgegenüber mit je rund 40000 deutlich geringer, allerdings höher als

die jeweiligen Verluste der CDU. Die niedrige Wahlbeteiligung erklärt auch den Unterschied zwischen den Voraussagen der Meinungsforschungsinstitute ... und dem Wahlergebnis. Die beiden Volksparteien erreichten zusammen genau die Hälfte der Wahlberechtigten (50,25 %).

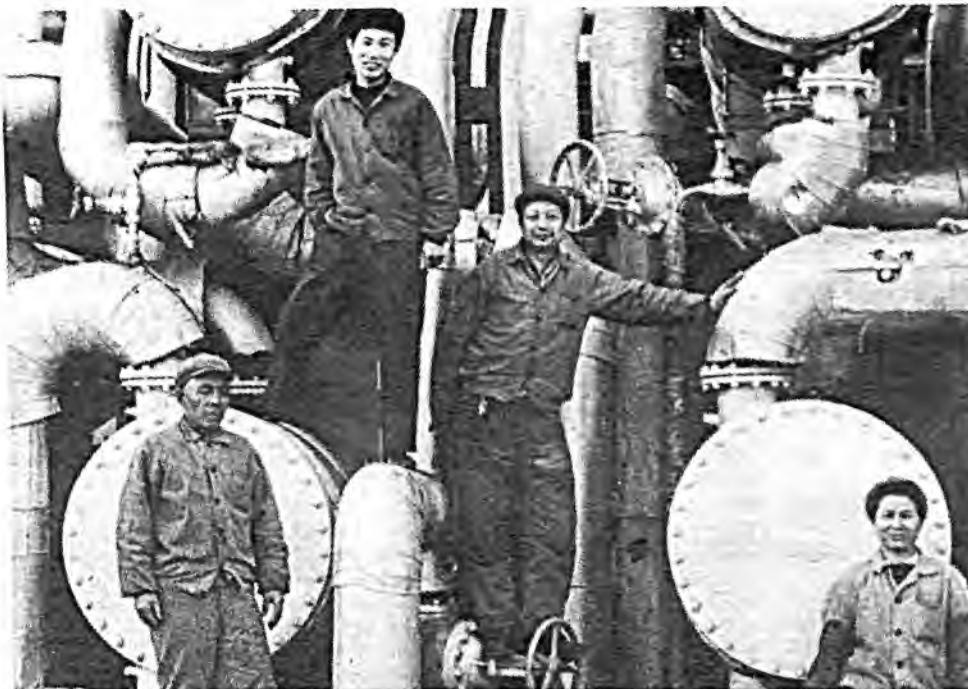
Wir wissen aus Untersuchungen, daß gerade derjenige Teil der Bevölkerung weniger zur Urne geht, der sozial ausgesetzt ist. Insoweit haben die unsozialen Solidarpaktvorschläge der Bundesregierung mit dazu beigetragen, daß gerade die davon Betroffenen der Urne fernblieben. Menschen am unteren Rand der Sozialskala begehrten eben nicht auf, wenn sie von Kürzungsvorschlägen betroffen sind, sondern wenden sich resigniert vom politischen System ab. Wir wissen, daß die Bevölkerung mit der Arbeit der Bundesregierung sehr unzufrieden ist. Aber auch mit der Oppositorarbeit der SPD sind sie unzufrieden.

3. Trotz Lichterketten und verstärktem Engagement der Bevölkerung gegen Ausländerfeindlichkeit kamen die rechtsextremen Parteien auf insgesamt nahezu 10 % (Reps 8,2 %, NPD 0,8 %, Andere). Mit moralischen Appellen ist die Hinwendung zu den rechtsextremen Parteien nicht zu stoppen. Ihr Potential ist weiterhin hoch. Es geht kein Weg daran vorbei, die Rechtsextremen offensiv zu bekämpfen.

4. Die Bundesthemen bestimmen in hohem Maße die Wahlkampfauseinandersetzungen. Dabei ist es jedoch nicht gelungen, die SPD als glaubhafte Alternative zur Bonner Regierungspolitik darzustellen. Die SPD in Bonn zeigt sich uneinheitlich, zu widersprüchlich, zu kontur- und kontrastarm. Der SPD wird nicht abgenommen, Schutzmacht der kleinen Leute zu sein, weil die WählerInnen und Wähler kein Vertrauen in unsere angekündigten Widerstand gegen die Sozialabbau-Pläne haben. Dies ist nach der Erfahrung mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer auch verständlich. Die regionale Analyse beweist, daß ins-

besondere in „einfachen Wohngebieten“ überdurchschnittlich viel verloren wurde. Hier erzielten die Reps ihre besten Ergebnisse. Die SPD auf Bundesebene muß sich endlich als regierungsfähige Alternative zur Regierung Kohl darstellen und ihr soziales und ökologisches Profil schärfen.

5. Es ist nicht gelungen, die Partei in ausreichendem Maße zu mobilisieren. Als einzige Mobilisierungsthemen in den eigenen Reihen boten sich die Fragen „Gewalt von rechts“ und „Solidarpakt“ an. Darüber hinaus gab es nur verstreut kommunalpolitische Mobilisierungsthemen. Die Partei wird verunsichert angesichts wechselnder Botschaften aus Bonn ...



Links: Arbeiter der Yanshan-Ölraffinerie in Peking, 1980. Rechts: Werbung des japanischen Mitsubishi-Konzerns in Shanghai, VR China.

Das Scheitern des osteuropäischen Sozialismus begann lange vor seinem Zusammenbruch 1989. Der chinesische Sozialismus ist nicht zusammengebrochen, aber längst für gescheitert erklärt. Zu Recht? Die chinesischen Kommunisten werden auch nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung von 1989 von der Bevölkerung ertragen, toleriert oder unterstützt. Wieso eigentlich?

Als die chinesische Kommunistische Partei 1949 die Macht eroberte, befand sich die chinesische Gesellschaft auf einem Stand, der sich vielleicht mit dem Nordeuropas um das Jahr 1800 vergleichen lässt: Industriearbeiter machten nur gut ein Prozent der arbeitenden Bevölkerung aus. Von zehn Kindern im Schulalter erhielt eines eine Schulbildung. Die durchschnittliche Lebenserwartung betrug nur dreißig Jahre.

Trotzdem entschied sich die siegreiche KP 1949 nicht dafür, die Leichtindustrie und damit den Lebensstandard rasch zu entwickeln. Aus Furcht vor äußeren Bedrohungen sollte stattdessen möglichst schnell die Schwerindustrie aufgebaut werden, ohne dadurch die Landwirtschaft zu ruinieren. Stützte sich die Partei in der Vergangenheit auf „Gewehr und Hirse“, so sollten es in Zukunft Maschinen, Kanonen und Reis sein.

Nach der Enteignung der Grundbesitzer und Monopolkapitalisten, nach dem Auskauf der national gesintnet Bourgeoisie und mit der Konsolidierung der Volkswirtschaft wurde auf dem 8. Parteitag im Jahr 1956 der Klassenkampf in China für im wesentlichen beendet erklärt und die Hauptaufgabe Chinas auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung gelenkt.

Der dort verabschiedete Fünfjahrplan wurde jedoch 1958 über den Haufen geworfen und dem ganzen Land der „große Sprung nach vorn“ verordnet. Von da an begann ein heftiges Ringen in der Partei um die „richtige Linie“. Jeder Liberalisierung und Demokratisierung folgte eine „Klassenkampf-Kampagne“, jeder wirtschaftliche Aufschwung verführte dazu, die Planziele ins Unermeßliche zu steigern und damit die ganze Volkswirtschaft in Disproportionalitätskrisen zu stürzen.

Synchron zu den wirtschaftlichen Aufschwungphasen 1957 und 1964 kam jeweils die radikale Linke ans Ruder und verordnete dem Land ein rascheres industrielles Wachstum und den „schnelleren Übergang zum Kommunismus“, was jedes Mal zu einem schweren wirtschaftlichen Rückschlag führte. Nachdem realistische Politiker das Land in der Anfangszeit der Verstaatlichung und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus geführt hatten, kehrten sie in jedem Kriegsjahr wieder an die Macht zurück, um die Volkswirtschaft erneut zu konsolidieren. Anfang der siebziger Jahre folgten die politischen Kurswechsel in immer kürzeren Abständen, bis Mitte der siebziger Jahre der politische und wirtschaftliche Enthusiasmus erlahmte. Zwischen 1966 und 1976 war der Lebensstandard der Bevölkerung landesweit gesunken. Sie verlor ihr Vertrauen in die kommunistische Führung, der chinesische Sozialismus befand sich in einer Existenzkrise.

Zur selben Zeit behauptete Charles Bettelheim in seinem enthusiastischen Reisebericht über China: „Das Abster-

Sozialismus mit rätselhaftem Charakter China nach dem 14. Parteitag

ben der Warenkategorie und des Tauschwertes und die wachsende Bedeutung des Gebrauchswertes sind nicht direkt gekoppelt an Veränderungen im Entwicklungsniveau der Produktivkräfte, vielmehr an die Fortführung des politischen und ideologischen Klassenkampfes.“ (Bettelheim, Macciochi u.a.: *China* 1972, S. 49)

Der verlustreiche politische und wirtschaftliche Schaukelkurs zwischen dem Wünschbaren und dem Machbaren wurde 1976 durch die Entmachtung der maoistischen Linken und durch eine

Jahre später lag es nur noch bei einem Fünftel. 1960 übertraf das Bruttonsozialprodukt der USA das chinesische um 460 Milliarden US-Dollar, 1985 erreichte die Differenz schon 3680 Milliarden. (China Daily, halbamtl. englischsprachige Tageszeitung, 20.5. 1988)

Das hat sich in jüngster Zeit kaum geändert: „Die höhere Wachstumsrate und die gestiegene Wirtschaftskraft Chinas im Zeitraum 1979–1988 wurden größtenteils durch extensives Wachstum erreicht, durch Ausdehnung der Produk-

auf Betriebsebene ohne viel Rücksicht auf die Gesamtgesellschaft, während die zentrale Planwirtschaft auf rückständiger Grundlage zwar auf volkswirtschaftlicher Ebene relativ ökonomisch wirtschaftet, aber kaum innerhalb des Einzelbetriebs.

So gilt z.B. in China auch heute noch die Sechs-Tage-Woche mit 48 Arbeitsstunden. Aber in vielen großen Betrieben liegt die effektive Arbeitszeit pro Tag deutlich unter vier Stunden (China Daily, 21.9. 1988).

Was die Ökonomie der Zeit betrifft, die sparsame Verwendung von Naturstoff, die gesellschaftliche Stellung der Frauen, den Bildungsstand der Bevölkerung und die Beseitigung von Klassenunterschieden (einmal abgesehen von der Handvoll Großkapitalisten), ist das kapitalistische Europa näher am Kommunismus als das sozialistische China.

Anderes Ziel oder anderer Weg?

Gegenüber den Erfindern des „realen Sozialismus“, die gute marxistische Begrifflichkeiten so lange verbogen, bis sie auf schlechte Wirklichkeiten paßten, ist es ein theoretischer Fortschritt, wenn die chinesische KP auf ihrem 14. Parteitag rät: „Wir sollen uns nicht durch den abstrakten Streit über die „Familienamen Sozialismus“ und „Kapitalismus“ das eigene Denken behindern und Hände wie Füße binden lassen.“ (Bericht an den 14. Parteitag, eigene Übersetzung)

Damit wird nicht versucht, Marx zu verbessern oder zu widerlegen, sondern eingestanden, daß seine Theorie vom Sozialismus als fortgeschrittenere Produktionsweise nicht auf das rückständige China paßt. Das korrigiert Marx nicht mehr als Newton korrigiert wurde, sobald man feststellte, daß seine Gesetze der Mechanik nicht für den atomaren Bereich gelten.

Die Ziele der heutigen KP sind noch dieselben Ziele wie zur Zeit von Mao Zedong: „Das unterentwickelte sozialistische China ... in ein reiches, starkes, demokratisches, zivilisiertes, sozialistisches und modernes Land zu verwandeln“ (Parteitagsbericht).

Solange ernsthafte Aussichten bestehen, daß dieses Ziel in einem vernünftigen Zeitraum verwirklicht werden kann, solange wird die chinesische KP Regierungspartei bleiben.

Aber bei Erreichen dieses Ziels hätte China erst das Niveau europäisch-kapitalistischer Länder. Es gäbe immer noch Kapitalisten (für Hongkong wurde z.B. für fünfzig Jahre die Weiterexistenz des Kapitalismus garantiert), aber die Kapitalisten wären nicht die herrschende Klasse.

Nach vierzig Jahren hauptsächlich extensivem Wachstum ist China seinem Ziel nicht entscheidend näher gekommen. Erst wenn auf gesamtgesellschaftlicher wie auf betrieblicher Ebene öko-

nomisch gewirtschaftet wird, übertrifft eine Volkswirtschaft die Leistungsfähigkeit des Kapitalismus. In China ist daher „der Übergang der gesamten Volkswirtschaft vom extensiven zum intensiven Wirtschaften“ nötig. Für diese Aufgabe reicht kein „Flickwerk an Nebenschädeln des bisherigen Wirtschaftssystems“, man braucht „eine grundlegende Umwandlung“ (Parteitagsbericht).

Auch bei Marx ist der Sozialismus als Übergangsgesellschaft eine Mischform von Kapitalismus und Kommunismus. Das jeweilige Mischungsverhältnis muß jedoch von den konkreten historischen Umständen bestimmt sein. Die chinesische KP nennt ihre Mischung „Sozialismus mit chinesischem Charakter“ oder „sozialistische Marktwirtschaft“ (Parteitagsbericht). Das ist keine bundesdeutsche „soziale Marktwirtschaft“. In China soll eine Eigentumsstruktur bestehen, „in der das öffentliche Eigentum, das aus der gesamtstaatlichen und der kollektiven Wirtschaft besteht, das Hauptelement bildet, das durch Privat- und Einzelwirtschaft und Auslandsfirmen ergänzt wird“ (Parteitagsbericht). Zwar kennt Deutschland staatliches Eigentum, aber ihm werden privatwirtschaftliche Bedingungen aufgeherrscht.

Zwar gibt es dort gesamtstaatliche Planung, aber sie ist auf die Verwertungsbefindungen des Kapitals ausgerichtet. „Plan und Markt sind beides wirtschaftliche Steuerungsmittel“ (Parteitagsbericht). „In welchem Umfang, in welchem Grad und in welcher Form die beiden Steuerungsmittel Plan und Markt miteinander verbunden sind, kann zu unterschiedlichen Zeiten, in verschiedenen Bereichen und Gebieten nicht gleich sein“ (Parteitagsbericht).

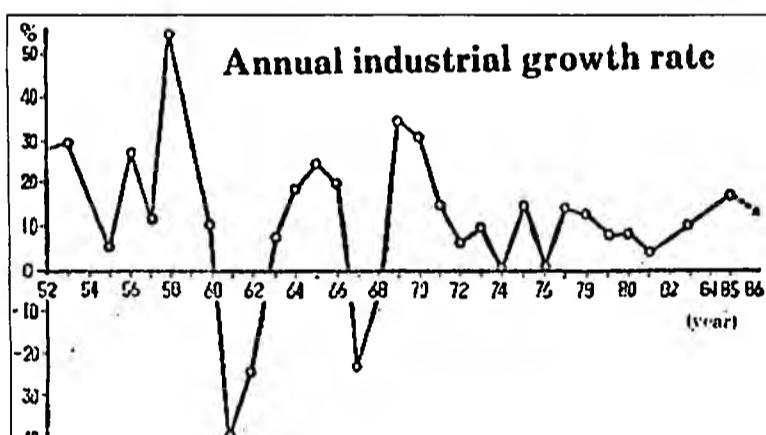
Generell gesprochen, soll die Mikroebene der Wirtschaft, alle chinesischen Betriebe, ob staatlich oder privat, den Marktkräften ausgesetzt werden, damit dort Kapital, Naturstoff und Arbeitskraft rationell eingesetzt werden. „Das ist das zentrale Kettenglied bei der Errichtung des Systems der sozialistischen Marktwirtschaft und der Schlüssel für die Konsolidierung des Sozialismus und für die Entfaltung der Überlegenheit des Sozialismus“ (Parteitagsbericht).

Die Planung auf Makro- oder gesamtstaatlicher Ebene soll erhalten bleiben, aber sich im wesentlichen auf indirekte Globalsteuerung beschränken, also nach Möglichkeit ebenfalls Marktkräfte nutzen.

In der Anfangsphase nach 1949 habe es in China ein erfolgreiches Zusammenspiel von staatlichem und privatem Sektor, von Markt und Plan gegeben. In den Jahren seit 1978 entstehen wieder ein privater Sektor, aber er bleibt relativ strikt vom staatlichen Sektor getrennt. Ein unkompliziertes Zusammenspielen beider Bereiche und von Markt- und Plansteuerung steht nicht zu erwarten. In einem späteren Artikel kann ich vielleicht konkreter auf Schwierigkeiten zurück.

— (Wal Buchenberg, W.B. lebt und seit einigen Jahren in der VR China)

Jährliche Zuwachsrate des Bruttonproduktionswertes der chinesischen Industrie



Die Werte danach betragen 1986: 11,7%, 1987: 17,7%, 1988: 20,8%, 1989: 8,5%, 1990: 7,8%. Quelle: Zongguo Tongji Nianjian 1991 (Statistisches Jahrbuch der VR China).

politische Neubestimmung 1978 beendet, die sich auf die Tradition des 8. Parteitages von 1956 berief. Seither gab es noch Schwankungen, aber keine extremen Ausschläge mehr.

Sozialistische Rückständigkeit?

Chinas Bruttonproduktionswert weist zwar von 1952 bis 1990 eine beachtliche Steigerung auf, aber gleichzeitig wurde die Zahl der Beschäftigten in der Industrie um 877 Prozent ausgeweitet. Der Löwenanteil des Wirtschaftswachstums stammt also aus extensivem Wachstum, der Vermehrung der Produktionsanlagen und der Arbeiter. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität, das intensive Wachstum, beziffert das Statistische Jahrbuch der VR China für den Zeitraum zwischen 1952 bis 1990 auf plus 165,5 Prozent.

Trotz des niedrigen Ausgangsniveaus der chinesischen Wirtschaft lag ihre Produktivitätssteigerung noch unter der wichtiger kapitalistischer Länder: „1955 betrug das chinesische Bruttonprodukt 4,7 Prozent des weltweiten Sozialprodukts, bis 1980 sank der chinesische Anteil auf 2,5 Prozent. 1980 erreichte das chinesische Bruttonprodukt ein Viertel des japanischen, fünf

tionsanlagen. Hinter der hohen Wachstumsrate verbargen sich fallende Wirtschaftlichkeit, sinkende Ergebnisse pro 100 Yuan Investition.“ (China Daily, 4.5. 1990)

Das sozialistische China wirtschaftet nicht so effektiv wie der kapitalistische Westen und nicht so sparsam: „Der Energieverbrauch, der nötig ist, um einen Wert von einem Dollar zu produzieren, ist in China fast fünfmal so hoch wie in Frankreich, 4,43 mal höher als in Japan und selbst noch 1,65 mal höher als in Indien.“ (China Daily, 29.8. 1989)

Der marxistischen Theorie zufolge ist der Sozialismus eine Übergangsgesellschaft, die auf einer hohen Stufe der Produktivität die Ökonomie der Zeit verwirklicht, also ebenso sparsam wie effektiv wirtschaftet, und damit die Grundlage schafft, daß die Trennung von Hand- und Kopfarbeit und die Trennung von Stadt und Land wie die Herrschaft von Menschen über Menschen verschwindet.

„Gemeinschaftliche Produktion vorausgesetzt, bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich ... Wie bei einem einzelnen Individuum, hängt die Allseitigkeit der Entwicklung einer Gesellschaft, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitzersparnis ab. Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf.“ (K. Marx, *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, S. 89)

Vereinfachend ausgedrückt, arbeitet der entwickelte Kapitalismus effektiv

Haider und der EG-Kurs der FPÖ

Am 8. Mai soll in Wien ein außerordentlicher Parteitag der rechtsnationalen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) mit dem ausschließlichen Thema „Stellung der FPÖ zur EG“ stattfinden. Daß dieser außerordentliche Parteitag vom Parteivorsitzenden Haider einberufen wird, hängt mit der Abspaltung des so genannten liberalen Flügels der FPÖ zusammen.

Nicht nur, oder vielleicht nicht einmal in erster Linie, die offene Ausländerfeindlichkeit Haiders, die in einem Volksbegehren ihren bisherigen Höhepunkt fand, hatte die ehemalige stellvertretende Parteivorsitzende Heide Schmidt zur Abspaltung aus der Partei und zur Bildung einer eigenen Parlamentsfraktion bewegt, sondern Differenzen bezüglich der EG. Der sogenannte liberale Flügel gehörte zu den entschiedenen Verfechtern eines EG-Beitritts Österreichs (wie auch die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP), während Haider gelegentlich polemische Ausfälle hört.

Auf dem Sonderparteitag soll die FPÖ offensichtlich auf Haider-Kurs in dieser Frage eingeschworen werden. Haider tritt auf als Interessenswalter bürgerlicher Betriebe, die bei einem EG-Beitritt geschützt werden müßten, des kleinen

Gewerbes, das bei einem EG-Beitritt in Not geraten könnte. Ein direktes Nein zur EG formuliert Haider aber nicht, und will er wahrscheinlich auch nicht. Haider ordnet den EG-Beitritt seinem „höheren nationalen Ziel“ unter: Sollte sich in Österreich eine starke Stimmung unter der Bevölkerung von rechts gegen die EG machen lassen, kann er mit einer direkten Propaganda für den Anschluß an Deutschland nachsetzen; sollte das nicht gelingen, bleibt immer noch der Weg, eine Sonderstellung Österreichs an der Seite Deutschlands in der EG zu fordern.

So weist denn auch der Europasprecher der Haider-Partei, Dillersberger, Kritik an der EG-kritischen Haltung der FPÖ zurück: Der Regierung könne doch nichts Besseres passieren, als daß sie in Brüssel permanent auf eine „lästige Opposition“ hinweisen können.

Die Grünen versuchen eine Opposition gegen die EG-Politik der österreichischen Regierung, die sich aber deutlich abgrenzt gegen den rechten Populismus Haiders. Sie fordern grundlegende Reformen der EG in Richtung Demokratisierung, sonst würden sie, wie vor kurzem beschlossen, bei einem Nein zum EG-Beitritt Österreichs bleiben.

Neue Zürcher Zeitung, 7./8. 3. — (alk)

Norwegen: PEN-Club zum Ossietzky-Urteil

Im Dezember 1992 bestätigte der Bundesgerichtshof der BRD die Rechtmäßigkeit des Urteils von 1931 gegen Carl von Ossietzky. Der norwegische PEN-Club, der sich stark für die Aufhebung des Urteils eingesetzt hatte, forderte daraufhin die norwegische Regierung auf, eine Neubehandlung des Verfahrens zu erreichen. Er begründete dies damit, daß kein anderes Land ein stärkeres Recht auf eine Antwort habe, als Norwegen, das 1935 Carl von Ossietzky den Friedensnobelpreis überreicht habe. Die damalige Arbeiterpartei habe die Verleihung vorangetrieben, und es stünde der jetzigen guan, sich der Sache anzunehmen. Außer der Zusage eines Vertreters des Außenministeriums, sich Informationen zu beschaffen, ist nichts bekannt.

Die Kräfte, die in Norwegen seit Jahren für die Ossietzky-Sache eintreten, haben sich auch eine entsprechende Reaktion in der BRD erhofft. Die Vorsitzende des norwegischen PEN-Clubs: „Es war schwierig, eine Diskussion über diese Sache in Deutschland in Gang zu setzen. Das war fast eine Nichtigkeit. Ich finde das interessant. Man sollte meinen, daß in einer Zeit, in der der Neonazismus im Vormarsch ist, man

Zeichen dagegen setzen möchte. Ich glaube, daß das, was in Deutschland geschieht, viel komplizierter ist, als das Heranwachsen einer extremen Rechten. Ich denke, hier passiert mehr, und ich frage mich, wie viele Unterstützer die Rechtsextremen in Kreisen haben, die sich nicht zur extremen Rechten zählen.“

In Schweden mißt der Schriftsteller Jan Myrdal der nochmaligen Verurteilung Carl von Ossietzkys durch den Bundesgerichtshof große aktuelle Bedeutung zu. In einem Artikel schreibt er: „Diese Entscheidung bedeutet gleichermaßen Unglück für Europas Sicherheit und Frieden wie für die Freiheit des deutschen Volkes und der nationalen Existenz ihrer nächstliegenden Nachbarstaaten.“ Myrdal kritisiert, daß mit dieser Entscheidung der Bundesgerichtshof zubilligt, daß auch heute ein „Wohl des Staates“ über offiziell geltende Rechtsordnung gestellt werden kann. Sein Fazit: „Der deutsche Staat bleibt eine Drohung für uns, so lange die deutschen Demokratien es nicht fertigbekommen, die Aufgaben von 1848 zu realisieren; einen bürgerlichen demokratischen Rechtsstaat zu schaffen.“

Quelle: Klassekampen (N) 12/92, 1/93 — (ccs)

Newroz-Aufruf der ERNK zum Waffenstillstand

Zum Newroz-Fest hat die Nationale Befreiungsfront Kurdistans einen Aufruf veröffentlicht. Im folgenden Auszüge.

Das kurdische Volk will den Krieg nicht, es will Frieden!

In Kurdistan wird ein blutiger Krieg zwischen der TR (Türkischen Republik) und ihrer Armee ... und dem kurdischen Volk und seiner Befreiungsarmee, der ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans) ... geführt.

Eine der Kriegsparteien ist die TR, die dem innerhalb ihrer Staatsgrenzen lebenden 25 Millionen Menschen zählen den kurdischen Volk keinerlei politische, soziale und kulturelle Rechte zugesetzt ...

Die andere Seite in diesem Krieg ist ein Volk, dessen politische, soziale und kulturellen Rechte gelehnt werden und dem, sobald es sich für diese Rechte einzusetzen will, mit Waffengewalt, Tod und Gefängnis begegnet wird. Dieses Volk ... wurde dazu gezwungen, zur Waffe zu greifen, um seine Rechte zu erkämpfen ...

Die PKK ist nicht dafür, den Krieg fortzusetzen, der 1993 wieder Tausende

Menschen das Leben kosten oder sie zu Behinderten machen und dem Volk unendliches Leid bringen wird. Sie hat den großen Wunsch, daß ein Waffenstillstand zustande kommt ... Ein Waffenstillstand vor dem Newroz, dem Feiertag des kurdischen Volkes, ... würde vielleicht Tausenden Menschen das Leben retten. Das ist der große Wunsch nicht nur der PKK, sondern auch des ganzen kurdischen Volks, großer Teile des türkischen Volkes und der Demokraten und derjenigen, die sich für Frieden und Freiheit einsetzen aus ganz Europa und der ganzen Welt.

Es muß das Notwendige unternommen werden, um den Tod und das Leid am Newroz 1993 und auch danach zu verhindern. Dieser Krieg und dieses Leid muß aufhören. Ein Waffenstillstand muß erreicht werden. Wir rufen alle, die wollen, daß das Newroz 1993 friedlich verläuft und alle nationalen und kommunalen Parlamente, die auf der Seite des Friedens und des Glücks stehen, dazu auf, das Waffenstillstandsangebot der PKK zu unterstützen und diesen Aufruf zum Waffenstillstand zu unterschreiben ...“ — (ERNK, 9.3.93)

Internationale Umschau



Seit dem 2. Februar streiken in den USA 7700 Bergarbeiter in 22 Kohlegruben des Landes in den Bundesstaaten West Virginia, Kentucky, Indiana und Illinois. Sie bestreiken den größten US-Kohlekonzern „Peabody“. Seit dem 1. Februar ist der alte Tarifvertrag für 60000 US-Bergarbeiter in Kohleabbau mit dem Verband der Kohleunternehmen abgelaufen. Seit dem 6. November verhandelt die Bergarbeitergewerkschaft mit dem Verband, ohne daß die Kapitalisten bisher ein Angebot vorgelegt hätten. Die Gewerkschaft verlangt Auskünfte des Verbands über die Zusammenarbeit der Kohlekonzernen. In dem neuen Tarifvertrag will sie u.a. versuchen, den Kündigungsschutz für die älteren Bergleute zu verbessern. Bild: Streikposten der UMWA in Boone County, West Virginia. — (rü, Bild: AFL/CIO-News)

Dänemark vor neuer EG-Abstimmung

Die Konservativen in Dänemark versuchen Druck auf die am 18. Mai angesetzte zweite Volksabstimmung über den in einigen Punkten revidierten Maastrichter Vertrag zu machen. Über die ihnen nahestehende Tageszeitung *Jyllands Posten* ließen sie eine vertrauliche Regierungsstudie veröffentlichen, nach der ein Austritt aus der EG die Folge eines nochmaligen Neins wäre. Das würde dann zu einem Rückgang des Lebensstandards und enormer Arbeitslosigkeit führen. Die konservative Propagandafensive erfolgte auf neueste Umfrageergebnisse hin, nach denen die Zahl der Maastricht-Gegner wieder zunimmt: 50,8 % (59 % bei der vorigen Umfrage) wären für und 33 % (vorher 27 %) gegen den Vertrag stimmen, der Rest ist unentschieden. — (alk)

Jeder zehnte US-Bürger lebt von Lebensmittelhilfen

Das Landwirtschaftsministerium der USA teilte mit, daß im Dezember 1992 mit 26,54 Millionen Menschen, die Lebensmittelmarken beziehen, ein neuer Höchststand erreicht wurde. Jeder zehnte Bürger der USA kann sich somit nur deshalb einigermaßen ausreichend ernähren, weil er die Hilfe über Lebensmittelmarken erhält. Neben dem strengen Winter seien die Wirtschaftsprobleme des Landes verantwortlich, so das Ministerium. Die Armutsgrenze für den Markenbezug liegt bei umgerechnet 16600 Mark jährlich für eine dreiköpfige Familie. *Südd. Ztg.*, 3. 3. — (alk)

Bergarbeiterstreik in Rußland

Mit einem eintägigen Warnstreik forderten Tausende russischer Bergleute am 1. März einen besseren Tarifvertrag. Im größten Kohleverer des Landes in Kusbas (Westsibirien) wurden von 71 Gruben und 36 Kohlefabriken 41 Betriebe

PKK kündigt Aktionen in Touristengebieten an

„Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) hat beschlossen, in allen Touristengebieten der Türkei Aktionen zu starten.“

Das türkische Regime hat in seiner ganzen Geschichte für die Völker des Nahen Ostens und für die Bevölkerung im eigenen Land nichts als Folter, Unterdrückung und Schmerz gebracht. Auch heute geht das Regime gegen jede Freiheitsbestrebung und Forderung nach einem menschenwürdigen Leben mit Massakern vor. Die Gefangnisse werden gefüllt, Kinder und Frauen massakriert, Dörfer und Städte bombardiert und unschuldige Menschen auf offener Straße von Tarnorganisationen wie der „Konterguerilla“ oder „Hizb-i-Kontra“ ermordet.

Gegen das kurdische Volk, das nie zuvor der Freiheit so nahe war, wird ein Vernichtungsfeldzug geführt.

Die türkische Diktatur macht sich das Stillschweigen der Weltöffentlichkeit angesichts dieses unmenschlichen und grausamen Vorgehens zunutze und betreibt ihre Vernichtungsmethoden weiter.

Ohne Zweifel wird das kurdische Volk, das für sein Selbstbestimmungsrecht kämpft, auch in dieser entscheidenden Phase unter der Führung der PKK alles Notwendige in die Wege leiten, um sich zu verteidigen.

Der Krieg umfaßt jetzt schon ganze Regionen in Kurdistan und der Türkei. Dieser Krieg wird 1993 noch verstärkt geführt werden müssen. Es gibt keine andere Möglichkeit der Lösung, um dieses diktatorische Regime loszuwerden und die Freiheit zu erlangen. Die Bemühungen der europäischen Länder und Institutionen, die Kurdistansfrage auf friedlichem Wege durch einen Waffenstillstand zwischen den beiden Kriegsparteien zu lösen, werden von der PKK positiv beantwortet, von der Türkischen Republik aber abgelehnt. Die Türkische Republik versucht stattdessen, dieses Problem ausschließlich mit Gewalt zu lösen. Deswegen ist jede Verteidigungsmethode für die PKK legitim und gerecht.

Unsere Partei wird in diesem Jahr all ihre Möglichkeiten wahrnehmen, um eine Großoffensive gegen die Quellen der türkischen Wirtschaft zu starten.

Zu diesen Wirtschaftsquellen zählt an erster Stelle der Tourismusbereich, der die eigentliche Finanzquelle für den schmutzigen Krieg in Kurdistan ist.

Unsere Partei hat beschlossen, in Touristengebieten wie der Ägäis, der Mittelmeer- und Marmararegion sowie in allen Tourismusgebieten in Kurdistan bewaffnete Aktionen durchzuführen. Alle touristischen Anlagen fallen unter unser Aktionsgebiet.

Deswegen sind alle europäischen und aus anderen Teilen der Welt kommenden Touristen in Lebensgefahr. Der türkische Staat und die Tourismusveranstalter werden natürlich alles versuchen, um dies zu verheimlichen. Da hierbei das Leben vieler Menschen auf dem Spiel steht und die Türkei ein Land ist, in dem ein Krieg geführt wird, warnen wir jetzt schon alle Menschen, die beabsichtigen, in die Türkei zu reisen.

Die PKK ist nicht dafür verantwortlich, wenn bei bewaffneten Aktionen Menschen in Gefahr geraten oder sogar getötet werden.“ — (ZK der PKK, Februar 1993, aus: *Kurdistan-Rundbrief 6/93*)



Die Bewegung der Fabrik- und Unternehmensräte in Italien hatte für den 27. Februar zu einer landesweiten Demonstration nach Rom aufgerufen. Mit 300000 Teilnehmern lag die Beteiligung über allen Erwartungen. Die Forderungen: gegen die Politik der Amato-Regierung und des Unternehmerverbands Confindustria und für eine Gewerkschaftsreform. Von vielen Teilnehmern der Demonstration wurde die Vorbereitung eines Generalstreiks verlangt. — (rok)

Ist die Versorgung noch gewährleistet?

Stuttgart, Krankenhaus Bad Cannstatt, Chirurgie.

Wegen Personalmangels sind auf der Intensivstation schon seit längerem Betten geschlossen (zwei von sechs). Vor Weihnachten mußte die Intensivstation (offizielle Begründung: Renovierungsarbeiten) auf die Wachstation, die sich einen Stock tiefer, in einem anderen Gebäudeteil befindet, umziehen. Dort sollten noch zwei Intensivpatienten versorgt werden. Aus den zwei Intensivpatienten wurden schnell drei und deswegen mußte ein weiteres Zimmer der Wachstation von der Intensivstation übernommen werden. Die Arbeitsbedingungen für die KollegInnen der Intensivstation waren abenteuerlich (nachts meist nur eine Vollkraft, kein Zentralmonitor, keine Arbeitsflächen, medizinische und pflegerische Materialien mußten von der eigentlichen Intensivstation geholt werden, „Dienstzimmer“ war gleichzeitig Arztzimmer, wo dieser auch nachts hinter einer spanischen Wand schlief...).

Nun waren also drei Zimmer der Wachstation belegt. Statt also 18 Patienten konnte die Wachstation nur noch neun Patienten versorgen. In der Chirurgie Cannstatt werden viele und schwierige Operationen durchgeführt, eine Intensiv- und eine Wachstation sind dazu dringend erforderlich. Daß wegen Kom-

pikationen auch bei „kleinen“ OPs genügend Wachstationsplätze und Intensivstationsplätze voneinander sind, ist für eine sichere Versorgung der Patienten unumgänglich.

Was passierte also?

— Intensivpflichtige Patienten, sofern sie nicht an der Beatmungsmaschine waren, wurden auf die Wachstation verlegt. — Überwachungspflichtige Patienten, die normalerweise auf die Wachstation gehören, hatten jetzt dort aber keinen Platz mehr. Sie wurden auf „Normalstation“ gelegt. — Verschlechterte sich der Zustand eines Patienten auf einer „Normalstation“, konnte dieser von der Wachstation nicht übernommen werden.

Inzwischen ist die Intensivstation seit Mitte Januar wieder zurückgezogen. Die Personalsituation bleibt allerdings dieselbe und damit auch die Anzahl der belegbaren Betten. Es ist also zu befürchten, daß die Verschiebepraxis in „abgemilderter“ Form (die Wachstation hat nun wieder 18 Betten) zur Regel wird. Wehrt euch, ruft bei Personalrat, Verwaltung, Pflegedienstleitung, ärztlichem Direktor, ÖTV, Wirtschaftsbürgermeister Blessing (der inzwischen auch für den Bereich der Krankenhäuser zuständig ist) ... an. aus: INFO Nr. 20 der AG Weisse Fabrik der ÖTV

Studienreform aus studentischer Sicht

Augsburg. Wir berichteten in der Ausgabe vom 25.2. über die Hochschulreform-Pläne der Bundesregierung. Dagegen fanden vom 18. bis 20. Januar an der Augsburger Universität Streiks und Aktionen in der Stadt statt. Mehrere tausend Studentinnen und Studenten beteiligten sich am 21. Januar an Protestversammlungen und Demonstrationen in Berlin, Bielefeld, Bremen, Darmstadt, Dortmund, Düsseldorf, Kiel, Mainz, München und Rostock. Die *Berichte aus Augsburg und Schwaben* veröffentlichten neben örtlichen Aktionsberichten auch grundsätzliche Überlegungen linker Studenten zur Studienreform, die wir bekanntmachen möchten. — (baf)

Ziel des Streiks war, Druck auf die BildungspolitikerInnen der BRD auszuüben, damit diese ihre Vorstellungen zur Neugestaltung der Studienstrukturen zurücknehmen. Diese restriktiven Maßnahmen manifestieren sich in diversen Vorschlägen und Beschlüssen von Politikern: unter anderem in den Beschlüssen der KMK/FMK (Kultusministerkonferenz/Finanzministerkonferenz) und den 10 Thesen des Wissenschaftsrates. Eine bundesweite Koordinierung der studentischen Protestaktionen scheiterte wegen mangelhafter studentischer Abstimmung zwischen den einzelnen Universitäten, der Streik in Augsburg war daher isoliert.

Da die Forderungen noch immer nicht akzeptiert wurden, sind weitere Maßnahmen dringend erforderlich. Die Resonanz war allerdings im Februar nicht sonderlich hoch. Es fanden jedoch Veranstaltungen zu Studienreformkonzepten von studentischer Seite und ein Informationsabend für SchülerInnen und ElternvertreterInnen der Augsburger Gymnasien statt. Von dieser Seite kam der Vorschlag, gemeinsame Aktionen gegen die Bildungspolitik zu veranstalten: geplant ist eine Demo im Mai. Die StudentInnenvertretung versucht momentan, Resolutionen in den universitären Gremien einzubringen, in denen die Vorschläge der BildungspolitikerInnen abgelehnt werden. Dabei zeigt sich, daß in weiten Teilen dieser Gremien immer noch Unwissen herrscht. Andererseits ist es natürlich auch eine geschickte Taktik, die studentischen Forderungen zu blockieren, ohne sich explizit dagegen aussprechen zu müssen. Ziel der studentischen Vertreter in diesen Gremien muß eine Zusitzung der Diskussion sein, die dann die wahren Interessen der Professoren entlarvt.

Parallel zu dieser Gremienkampagne gibt es Überlegungen von studentischer Seite, wie eine Hochschulreform aussehen müßte. Folgende Eckpunkte zu einer Reform am Fachbereich enthalten

die Vorstellungen der Sozialdemokratischen StudentInneninitiative (SSI):

— *Offene Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung:* Wissenschaft muß gesellschaftlichen Nutzen haben. Unter dieser Voraussetzung müssen auch die Inhalte von Forschung und Lehre von der Hochschule als Ganzes mit allen relevanten gesellschaftlichen Kräften definiert werden.

— *Leistungsanforderungen müssen begründet sein:* Die Festlegung von Leistungsanforderungen (Prüfungen etc.) muß sich daran orientieren, ob die (prüfungsrelevanten) Inhalte einen Nutzen für die Ausbildung haben und gesellschaftlich relevant sind. Entsprechend muß auch die Form und Funktion von Leistungsanforderungen gestaltet sein: Der Zweck sollte in der Selbstkontrolle und eigenen Standortbestimmung und nicht in der Selektion der Studierenden liegen. Dies erfordert natürlich die umfassende studentische Mitbestimmung.

— *Leistung muß sich wieder lohnen:* Im derzeitigen Studienbetrieb haben die erbrachten Leistungen in Form von Hausarbeiten für niemanden einen Nutzen; sie dienen lediglich dem Scheinerwerb und somit der Selektion. Demgegenüber muß sich Leistung an der Produktivität der eingebrachten Arbeitskraft orientieren. Das heißt, daß entsprechende (Haus-)Arbeiten Bestandteil der universitären Forschungsleistung sein müssen (Projektseminare). Somit erhält Leistung (produktives Arbeiten) wieder einen gesellschaftlichen Nutzen.

— *Mehr Qualität im Studium:* Die derzeitige Gestaltung der Seminare kann keine qualifizierende Ausbildung gewährleisten (sinnlose Aneinanderreihung von Referaten, keine problembezogene kritische Auseinandersetzung). Seminare müssen so gestaltet sein, daß sich die Kompetenz der DozentInnen und die aktive Mitarbeit der StudentInnen ergänzen, um zu einer wissenschaftlichen Arbeitsweise zu gelangen (hochwertige Einführungen, Kurzreferate zu konkreten Fragestellungen etc.).

— *Solidarisches Teamkonzept:* Gemeinsames Arbeiten von Studierenden an Problemstellungen ist zur Seltenheit geworden (Aufteilung von Themen), mit der Folge des wechselseitigen Desinteresses in Hinblick auf die individuelle Arbeit. Dies ist mit dem entsprechenden Einheimisen von Noten in Konkurrenz zu den KommilitonInnen verbunden. Demgegenüber ist das Konzept des solidarischen Teams nutzbringender: In kleinen Gruppen wird ein Teilespekt des Gesamtseminars in gemeinsamer Diskussion erarbeitet. Sinn ist dabei, die umfassende Aufgabe (Problemstellung) des Seminars produktiv zu lösen, das heißt, wirklich etwas zu leisten. — (guk)

Demonstration: Freiheit für Stephan Waldberg!

Stuttgart. Am Samstag, den 27. März, findet in Stuttgart eine landesweite Demonstration für die Freilassung des in Diyarbakir inhaftierten Journalisten Stephan Waldberg und gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei statt. Etwa 30 Organisationen, Gruppen und Personen rufen auf, darunter die IG Medien, die Grünen, der SPD-Landesbezirk, Medico international und die VVN/BdA. Gemeindevertretungen in Waldkirch und Freiburg haben sich auf ihren letzten Sitzungen für Initiativen zur Freilassung von Stephan Waldberg eingesetzt. Mitte März wird voraussichtlich eine Besuchstruppe nach Diyarbakir reisen, an der VertreterInnen von SPD, Grünen, Regenbogenfraktion und PDS teilnehmen sollen sowie MedienvertreterInnen. Quelle: Information von Radio Dreyeckland — (evc)

OGV Lüneburg: Bargeld statt Wertgutscheine

Lüneburg. In einer einstweiligen Anordnung hat das Oberverwaltungsgericht Lüneburg den Landkreis Lüneburg verpflichtet, Asylbewerber die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt in bar zu gewähren. Geklagt hatte eine Asylbewerberfamilie. Die Begründung des Gerichts läßt allerdings zu wünschen übrig: § 129 des Bundessozialhilfegesetzes sei bezüglich der Wertgutscheine eine Kann-Bestimmung. Asylbewerber, die sich selbst versorgen, hätten „in der Regel“ Anspruch auf Bargeld wie andere Sozialhilfeempfänger auch. Wertgutscheine seien nur gerechtfertigt bei Verdacht, daß Bargeld „zweckwidrig“ verwendet würde. Zuversichtlich äußerte sich denn auch der Lüneburger Ober-

kreisdirektor Allerdissen — im Regierungsbezirk werden Wertgutscheine gerade flächendeckend eingeführt —, man „prüfe“, ob die Verfahrensweise umgestellt werden müsse, und: „Das OVG Lüneburg ist nicht die letzte Instanz“. — (rec, aus nnz, gekürzt)

Asylbewerber als Ladendiebe gebrandmarkt

Heilbronn. In zwei Tengelmann-Märkten haben Filialleiter Ausweispapiere von Asylbewerbern, denen Ladendiebstahl vorgeworfen wurde, gekennzeichnet mit Firmenstempel und handschriftlichen Eintragungen wie „Hausverbot Tengelmann, Kaiser, Plus, Grossmarkt“. Beide gaben an, daß ihnen die Polizei diese Einträge empfohlen habe. In einem Fall habe sogar ein Beamter die Eintragung eigenhändig vorgenommen. In einem Markt sind 15 solcher Fälle bekannt geworden. Die Tengelmann-Firmenleitung beurlaubte einen der Filialleiter und kündigte an, solche Praktiken zu unterbinden. Die Heilbronner Polizeibehörde machte zu den Vorwürfen keine Angaben. — (rub)

Düstere Koalition trommelt für Kriegseinsatz

Hamburg. „Nur eine entschlossene Aktion der internationalen Gemeinschaft, die keinen Weg des Handelns ausschließt, kann die Rückkehr zum Frieden in Bosnien-Herzegowina erzwingen.“ Am 6. März demonstrierten rund 2000 Menschen (*taz Hamburg*) für die militärische Intervention in den jugoslawischen Bürgerkrieg. Aufgerufen zu dieser Pro-Kriegs-Demonstration hatte eine denkwürdige Koalition: Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV); sechs von neun GAL/Grüne-Bürger-

schaftsabgeordneten; mehrere CDU-Bürgerschaftsabgeordnete, Junge Union und Frauenunion; der Hamburger FDP-Vorsitzende Vogel, ein SPD-Bürgerschaftsabgeordneter sowie der SPD-Bundestagsabgeordnete Freimut Duß, mehrere Professoren und bosnische und kroatische Organisationen. Innerhalb von GAL/Grünen waren heftige Auseinandersetzungen vorausgegangen, die Partei distanzierte sich von der Mehrheit ihrer Abgeordneten mit einem Flugblatt; das Flugblatt blieb allerdings insfern schwach, als jegliche Kritik an der kriegstreiberischen Rolle der BRD fehlte. Tilman Zülich (GfbV) und der GAL-Bürgerschaftsabgeordnete Zamory bekräftigten als Kundgebungsredner ihre Forderung nach militärischer Intervention. In welch unerträglicher Koalition sich die GAL/Grünen-Abgeordneten begeben haben, wurde zu Beginn der Abschlußkundgebung offenbar: Junge kroatische Frauen im Kampfanzug marschierten auf und sangen faschistische Ustascha-Lieder ab. — (scc)

Obdachloseninitiative prangert Unterkünfte an

Hannover. Die Hannoversche Initiative Obdachloser Bürger (H.I.O.B.) stellte in einer Podiumsdiskussion in der Obdachlosenunterkunft Wörthstraße fest, daß die geforderten Standards der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsträger bisher nur auf dem Papier umgesetzt wurden. Die Leute würden in einer Art und Weise untergebracht, die sie zurück auf die Straße treiben, so ein H.I.O.B.-Mitarbeiter. In Sammelunterkünften fehle es immer noch an einem Sichtschutz, auch gäbe es keine Möglichkeit zur separaten Unterbringung von Suchtkranken. — (mow, aus nnz, stark gekürzt)

Veranstaltung mit Petrol-Is-Delegation

Auf Einladung mehrerer Einzelgewerkschaften kamen der Vorsitzende der Erdölarbeitergewerkschaft Petrol Is aus Batman, Ahmet Teymurtaş, sein Kollege Mehmet Kılıç und der Rechtsanwalt und Vorsitzende der Menschenrechtskommission in Batman, Sedat Özcan, nach Hamburg. Neben Besichtigungen und Gesprächen mit deutschen, türkischen und kurdischen Freunden gab es am Donnerstag, den 4. März, im Curio-Haus eine von Gremien der IG Medien, IG Metall, ÖTV, GEW, HBV und GdED organisierte Veranstaltung mit ca. 300 Besuchern, die eine Resolution zur Unterstützung des kurdischen Volkes verabschiedeten. — (ed)



„Schlanker“ werden heißt die Forderung

Norderstedt. Dem deutschen Gabelstaplerbau ergeht es nicht anders als dem Maschinenbau insgesamt. Beide stecken sie in einer handfesten Absatzkrise. Beide rechnen 1993 mit einem realen Absatzminus von 8 %.

Nun richten sie hoffnungsvoll ihr Augenmerk auf das Auslandsgeschäft.

Aber, so ihre Einschätzung, für 1993 ist ein wirklicher Aufschwung nicht in Sicht. Die Abteilung für Strategische Unternehmensplanung der Linde-Gruppe zeichnet das Bild wie folgt: „Für das Jahr 1993 erwarten wir noch keine Stabilisierung der Nachfrage. Zwar deuten die aktuellen Auftragseingänge in Großbritannien darauf hin, daß die Rezession in diesem Land die Talsohle durchschritten hat. In anderen Ländern, wie etwa in Deutschland, Italien und Spanien rechnen wir jedoch mit weiteren Rückgängen. Als Folge davon wird sich der europäische Flurförderzeug-Markt im nächsten Jahr nach unseren Schätzungen um nochmals 5 bis 10 Prozent abschwächen.“

Dabei geht die Konzentrationsbewegung in dieser Branche unvermindert weiter. Gleich mit drei Neuformationen sieht sich die weltweit agierende Staplerbranche seit wenigen Monaten konfrontiert. Nicht nur der einundfünfzigprozentige Einstieg der Linde-Gruppe bei der Fiat/Iveco-Tochter Fiat OM Carelle sorgte für Sorgenfalten auf so mancher Strategen-Stirn. Auch die

Übernahme des amerikanischen Staplerbauers Clark durch den US-Baumaschinen-Multi Terex und das mit 36 Mio. DM Kapital ausgestattete Produktions-/Vertriebs-Joint-Venture zwischen Mitsubishi und Caterpillar ließ aufhorchen.

Darüber hinaus wird in der Branche davon gemunkelt, daß der skandinavische Konzern BT von Toyota heiß umworben ist.

„Optimierung der Fertigungsstrategien“ lautet zunächst die Antwort der Kapitalisten. Seit 1985 hat die Jungheinrich AG, mit 1,6 Mrd. DM Konzernumsatz in 1992 weltweit nach Linde und Toyota auf Platz drei der Hersteller von Flurförderzeugen, modulare Fertigungsmethoden verwirklicht und durch konsequentes Umsetzen des Fließfertigungsprinzips wie auch des Einsatzes einer Pulverlackieranlage deutliche Rationalisierungseffekte erzielt.

Die Billiglohnländer vor der Haustür im Osten eröffnen nun eine neue Chance: Teile und Komponenten für die Fertigung können jetzt in Osteuropa weit unter den westlichen Preisen bzw. den hauseigenen Herstellungskosten eingekauft werden. Damit sind die Themen auf die Tagesordnung gesetzt, denen sich die Belegschaften stellen müssen: „Wenn immer wieder betont wird, die Kosten müßten im Durchschnitt um etwa ein Viertel gesenkt werden, so kann dem jetzigen Zustand durchaus der Ruch der Krisensituation anhaften... „Schlanker“ werden in Management und Produktion mag inzwischen zum Modebegriff geworden sein. Dennoch muß der Maschinenbau danach verfahren, um der Kosten Herr zu werden. Und er tut es bereits. Damit einher geht naturgemäß ein forciertes Personalabbau.“ (*Handelsblatt*, 25.2. 93)

Bei der Jungheinrich AG ist dies durch — von Vertrauenskörper und Betriebsräten akzeptierte — „passive Personalpolitik“ seit Juni 1992 eingeleitet worden. Über 5 % der Belegschaft sind bis Januar 1993 abgebaut worden. Die (noch) verbleibende Belegschaft bekommt erstmal durch Kurzarbeit die Krise aufgeladen. Im März wird in den Fertigungslinien an vier, im April teilweise am acht Tagen kurzearbeitet. Und sicher ist dies erst der Anfang.

Der Kampf um das Überleben der Konzerne ist eingeläutet. Gerne möchten die Kapitalisten, daß die Belegschaften ihre Existenz an diesen Überlebenskampf der Konzerne binden und darüber ihre eigenen Forderungen vergessen. Den Lohn und die betrieblichen demokratischen Rechte. — (hel)



Köln. Die Kölner CDU macht gegen Bettler mobil. Über kommunale Verordnungen will man das Betteln unterdrücken. Dies trifft besonders stark die Sinti und Roma. Solche Kampagnen soll es auch in Hannover, Duisburg, Stuttgart und Frankfurt geben. Ein Bettelverbot wurde 1974 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. — (jöd)

Landeserziehungsgeld soll gestrichen werden

Stuttgart. Der baden-württembergische CDU-Finanzminister Mayer-Vorfelder will, gegen das ausdrückliche Votum der CDU-Frauen, das Landeserziehungsgeld streichen. Sowohl die SPD als auch die Grünen sind dem Vorhaben nicht abgeneigt, allerdings wollen sie die dadurch freiwerdenden etwa 150 Millionen Mark jährlich für Kleinkindereinrichtungen verwenden. Das nur in Baden-Württemberg gewährte Erziehungsgeld, das nach dem Bundeserziehungsgeld für ein weiteres Jahr bis zum dritten Lebensjahr des Kindes an wenig Verdienende gezahlt wird, beträgt bis zu 400 DM. 1990 haben 37 Prozent der Eltern, die nur um die 2000 DM netto verdienen dürfen, das Erziehungsgeld in Anspruch genommen. Diese doch hohe Zahl an Schlechtverdienden gibt zu denken. Aber über einen Zuschuß im dritten Lebensjahr von der bisher gewährten Höhe lässt sich das Problem nicht lösen. Eine gute Unterbringung der Kinder, auch schon vor dem vierten Lebensjahr, ist sicher sinnvoll und würde einige Familien zur Sicherung ihrer Existenz verhelfen. aus: *Kommunale Berichte Stuttgart* — (unb)

Aktionstag gegen den „Solidarpakt“

Essen. „Solidarisch gegen Kohls Solidarpakt“, unter dieser Losung fand am 6.3.1993 in der Essener Innenstadt ein Aktionstag statt. Aufgerufen hatten u.a. Arbeitslosen- und Sozialhilfeinitiativen, Projekte des „zweiten Arbeitsmarktes“, das Paritätische Jugendwerk und der DGB. Mehrere hundert Teilnehmer protestierten vor allem gegen die Angriffe

der Bundesregierung auf die Armen. Flugblätter, Informationsstände, ein „Warenkorb“ für Sozialhilfeempfänger und eine Spendenaktion für Politikerdiäten trugen zur Kritik bei. Bei der Kundgebung kündigte ein Vertreter der ÖTV Aktionen gegen die Kürzungen bei AB-Maßnahmen und gegen die Überprüfung von Arbeitslosen an. — (wof)

Statt sozialem Wohnungsbau mehr Eigentümer

Karlsruhe. Bei der Volkswirtschaft sind 5200 wohnungssuchende Haushalte gemeldet, beim Amt für Wohnungswesen sind 1337 dringende Notfälle registriert. Unbekannt ist die Anzahl, die auf dem freien Wohnungsmarkt auf Suche ist. Bis Ende nächsten Jahres müssten 4568 neue Wohnungen bezugsfertig sein, was aber kaum möglich ist. Weiter rechnet die Stadt durch den Wegfall der Preis-, Belegungs- und Nutzungsbindung mit einem Rückgang von 1800 Sozialwohnungen bis zum Jahr 2000. Gleichzeitig sei bis dahin ein Bedarf von 22000 Neubauwohnungen vorhanden. CDU, SPD und FDP begrüßten die Förderung des privaten Wohnungsbaus: pro neue Mietwohnung erhalten die Bauträger 34000 DM Zuschuß für zehnjährige Preis- und Belegungsbindung oder alternativ für 20 Jahre ein zinsloses Darlehen von 41000 DM. Die CDU will Anträge zur Förderung der Eigentumsbildung von jungen Familien beim Eigenheimbau und Erwerb von Eigentumswohnungen stellen. FDP und ÖDP brachten wieder die Belegung der Kasernen in Umlauf. Unter dem Strich alles Programme zur Förderung von Wohnungsbaugesellschaften und Mittelstand — aber keine Versuche, die aktive Wohnungsnot zu bekämpfen. — (rub)

Krupp-Hoesch: Stillegungen dienen massiver Rationalisierung

Essen. Die Stahlarbeiter von Krupp und Hoesch haben erneut große Aktionen gegen die Stillegungspläne des Konzerns durchgeführt. Der Konzern-Vorstand verschärft dagegen den Versuch, die Belegschaften gegeneinander auszuspielen und zu spalten. Die Bekanntgabe einer Entscheidung über die Stillelung der Flüssigphase von Hoesch-Dortmund oder Krupp-Rheinhausen verschob er auf den 11. März. Statt einer vollständigen Stillelung des Standortes Siegen hält er als Alternative inzwischen zwar ein Mindestwerk ohne Profilstraße mit 1500 der jetzt 4000 Beschäftigten für möglich. Vom Betriebsrat verlangt er jedoch, dafür Massenentlassungen zu akzeptieren.

Dieser Erpressungsversuch macht besonders deutlich, mit welcher Brutalität die Stahlkapitalisten vorgehen. Seit Einführung der Montanmitbestimmung Anfang der 50er Jahre hat es in der westdeutschen Stahlindustrie keine betriebsbedingten Kündigungen gegeben. Der Belegschaftsabbau wurde über Vorrhestands- und Abfindungsregelungen per Sozialplan erreicht. Bereits in der letzten Stahlkrise Mitte der 80er wollten die Konzerne weg von dieser Sozialplanpolitik. Diesmal hat Krupp-Hoesch-Chef Cromme ohne Umschweife erklärt, für Sozialpläne habe der Konzern kein Geld. Ähnliches ließ auch Branchenführer Thyssen verlauten.

Hinzu kommt: Die Stahlkapitalisten verhandeln zwar mit dem Bundesgesetzminister über eine Vorrhestandsregelung für Beschäftigte ab 52 Jahren; der Umfang des angekündigten Personalabbaus ist jedoch so groß, daß dies nicht ausreicht. Auch der Betriebsrat von Thyssen fordert deswegen eine zeitliche Verlängerung der bestehenden Sozialpläne. Thyssen will allein in den Duisburger Werken bis Ende 1994 4500 Stahlarbeiter wegrationalisieren.

Bereits in der letzten Stahlkrise sind nach Angaben der Wirtschaftsvereinigung Stahl in Westdeutschland Rohstahlkapazitäten von rund 20 Mio. Jahrestonnen stillgelegt worden. Die Belegschaften wurde von 214000 Beschäftigten 1985 auf 156000 Ende letzten Jahres abgebaut. Bei einer nur geringfügig gesunkenen Produktion sind jedoch neue Überkapazitäten geschaffen worden, vor allem im Profilstahlsektor. Der Hintergrund sind umfangreiche Investitionen in immer größere Anlagen, die vor allem auf eine enorme Steigerung der Produktivität zielen. Im Jahr 1985 lag die Pro-Kopf-Produktion bei 189 t Rohstahl, 1992 waren es im Durchschnitt fast 236 t. Daneben wurde die Ferti-

gungstiefe verringert: Wartungs- und Reparaturarbeiten liegen heute fast nur noch in der Hand von Fremdfirmen; soziale Einrichtungen wie die Werkssantane gibt es in Eigenregie nur noch bei Mannesmann-Hückingen.

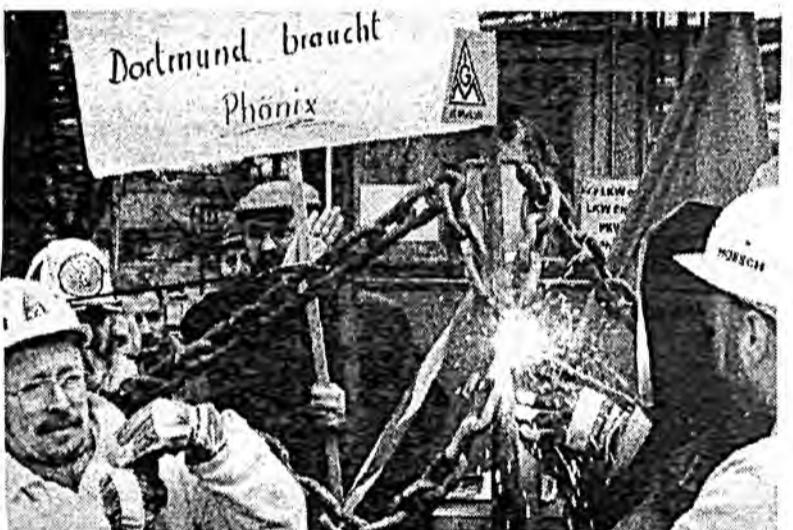
Die Antwort der Konzerne auf den Kriseneinbruch im letzten Jahr — er liegt übrigens in etwa im Rahmen des in der Stahlindustrie „normalen“ Zyklus kapitalistischer Krisen von vier bis fünf Jahren — ist wieder massive Produktivitätssteigerung. Darum geht es auch bei den Stillegungen. Cromme in einem Interview mit der Zeitschrift *Der Spiegel*: „Das Ziel ist die konsequente Konzentration auf wenige Produktionsanlagen und deren Auslastung bis zur Halskrause.“ Die am meisten durchrationalisierten Werke sind der Maßstab. Anlagen, die nicht in den Rahmen passen, sollen rigoros plattgemacht werden. Nach Schätzung des Wirtschaftsinstitutes RWI soll 1993 trotz Produktionsrückgangs eine Pro-Kopf-Leistung von 241 Tonnen Stahl erreicht werden.

Die in der Tarifauseinandersetzung bereits durchgesetzte Lohnsenkung und massive Versuche, die Produktionskosten zu senken, ergänzen den geplanten Rationalisierungsfeldzug. Bei der Entscheidung zwischen Dortmund und Rheinhausen hat Cromme der Verbilligung des Kokspreises eine Schlüsselrolle zugewiesen. Den Schwarzen Peter hat so die Ruhrkohle AG, und auch Kommunalpolitiker spinnen ihre Fäden, um zur Kostensenkung beizutragen.

Die vom Krupp-Hoesch-Konzern geplante Stillelung ganzer Standorte wird — ebenso wie die mögliche Stillelung der Maxhütte oder der verbliebenen ostdeutschen Werke — zur Verödung der Regionen beitragen. Hagen, Siegen oder Duisburg-Rheinhausen haben nach wie vor eine auf Stahl ausgerichtete Industriestruktur. In Dortmund sind die Hoesch-Werke mit Abstand der größte Betrieb. Die strukturpolitischen Maßnahmen, die in den letzten Jahren von der nordrhein-westfälischen Landesregierung eingeleitet wurden, haben bestens andere Abhängigkeiten geschaffen. Sie zielen stets auf bessere Verwertungsbedingungen des Kapitals.

In der IG Metall gibt es dagegen immer wieder Kritik daran, daß die Konzerne ihre Entscheidungen ausschließlich betriebswirtschaftlich treffen. Die Belegschaften wehren sich gegen Standortstillegungen, solange keine Alternativen vorhanden sind. Warum sollten solche Alternativen nicht möglich sein durch Schaffung dezentraler, kommunaler Wirtschaftskreisläufe, die sich am gesellschaftlichen Bedarf orientieren? Ein Feld könnte z.B. der Wohnungsbau sein, wofür übrigens auch Stahl gebraucht wird. Dem steht es allerdings entgegen, daß den Kommunen kaum rechtliche und immer weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, eine Politik in dieser Richtung zu entwickeln.

Quellenhinweise: *Der Spiegel* 8/93; *Die Quelle* 3/93; *WAZ* 4.-5.3.; *NRZ* 5.3.93 — (wof)



„Ketten des Aufruhrs“: Die Tore von Hoesch wurden am 4.3. symbolisch verschlossen. Über 20000 Stahlarbeiter von Krupp-Hoesch legten für 24 Stunden die Arbeit nieder. Vor der Hauptverwaltung in Essen fand eine Kundgebung statt.

Faschistische Hetzjagd auf Roma-Frau

Köln. Seit Wochen macht der Fall Nidar Pampurova Schlagzeilen. Am 6. Februar schob die Stadt Köln die Romafrau nach Mazedonien ab; Mann, Sohn und Tochter wurden von Freunden versteckt. Aufgrund breiter Solidarität mit der Familie konnte Nidar Ende Februar zurückgeholt werden. Die Familie lebt jetzt illegal versteckt in Köln. Trotz vieler Proteste hält die Stadtverwaltung fest, ihr seien die Hände gebunden, der Asylantrag sei abgelehnt, die Abschiebung rechtmäßig. Daß Vorfahren der Familie unter der deutsch-bulgarischen Besetzung Mazedoniens während des Hitlerfaschismus verschleppt und ermordet wurden, daß Mazedonien kurz vor dem Bürgerkrieg steht, zogen weder das Bundesamt noch das Verwaltungsgericht Köln in Betracht.

Jetzt eröffnete die Ratsfraktion der „Deutschen Liga“ eine Treibjagd auf die Familie und bietet Kopfgeld. In einer Presseerklärung verkündet sie: „Die Fraktion der deutschen Liga hat für Hinweise, die zur Ergreifung der Landfahrerin Nidar Pampurova führen, eine Belohnung in Höhe von 1000,- DM ausgesetzt.“ Am Tag darauf beginnt sie mit der Verbreitung von 50000 Steckbriefen und 3000 Plakaten: „Die Ratsfraktion der Deutschen Liga startet eine für Köln einmalige Suchaktion ... Wir sind sicher, daß durch unsere Aktion Frau Pampurova aufgespürt wird. Ihre Tage in Köln sind nunmehr gezählt.“

Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Bernd Schöppen von der „Deutschen Liga“, der für die Aktion verantwortlich zeichnet, wegen Amtsmaßnahme. Der Vorsitzende des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, hat wegen Volksverhetzung Strafantrag gestellt. Die Stadtverwaltung klemmt Fax- und Telefonanschluß im Fraktionsbüro der Liga ab, die als Kontakt angegeben waren, und will prüfen, ob Fraktionszuschüsse illegal verwendet wurden. Ihre Entscheidung zur Abschiebung allerdingst hält sie aufrecht!

Mit Protesterklärungen wandten sich u.a. die JournalistInnen in der IG Medien, der Verein Öffentlichkeit gegen Gewalt, der Runde Tisch für Ausländerfreundlichkeit, der Flüchtlingsrat, der Kölner Appell an die Stadt. Alle fordern ein Bleiberecht für die Familie. Am 4.3. demonstrierten etwa 200 Leute spontan vor dem Rathaus.

Der Rom e.V. erklärte: „Die Rechtsradikalen wollen sich dem Staat und in Köln der SPD geführten Stadtverwaltung als Hilfspolizei andienen. Sie wagen sich in Sicherheit, daß nach der Kampagne der großen Parteien gegen ‚Scheinasyanten‘ sie deren Beschlüsse nur etwas schneller ausführen ... Die Stadt ist aufgefordert, dieses unmenschliche Spiel zu beenden und durch die Gewährung des Bleiberechtes für die Familie den Angriffen der Rechtsradikalen den Boden zu entziehen.“ — (uld/u.b.)

ÖTV Seehäfen fordert 6,5%, mindestens 250 DM

Hamburg. Am 10. Februar 1993 hat die Bundestarifkommission der ÖTV Abteilung Seehäfen mehrheitlich folgenden Beschuß gefasst: „1. Die Löhne sollen mit Wirkung vom 1. April 1993 um 6,5 % erhöht werden, mindestens aber monatlich um DM 250,-. 2. Entsprechend sind die Schichtzuschläge zu erhöhen. 3. Die Laufzeit des Lohntarifvertrages soll 12 Monate betragen.“

In der knappen Begründung heißt es, daß diese Forderung auch die Diskussion aus den Betrieben berücksichtigt, die eine stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen gefordert hat.

In der Tat gab es in den vorbereiteten Diskussionen in vielen Hafenbetrieben Forderungen, die bei den Prozenten wie auch beim Mindestbetrag deutlich über dem Beschuß der Bundestarifkommission lagen. In Hamburg fand die Abteilungsdelegiertenkonferenz zur Lohnforderung am 4.2.1993 statt. Aus 17 Betrieben lagen Lohnforderungen vor.

Die niedrigste Forderung, „zwischen 5 % und 5,5 %“, kam vom Hanseatischen Hafenbetrieb, die höchste vom Gesamthafenbetrieb (GHB). Der GHB forderte 8,7 %, mindestens 330 DM, und zusätzlich Erhöhung des Urlaubsgeldes um 300 DM. Zwölf Betriebe forderten 6,5 % und niedriger. Das waren vor allem Klein- und Mittelbetriebe. Aber auch der größte Hamburger Hafenbetrieb, die Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA), forderte 6,5 %,

jedoch mit einem Mindestbetrag von 250 DM. Die großen Hafenbetriebe Tielemann (7 %, mindestens 267,39 DM), Eurokai (7 % und soziale Komponente), Südwest-Terminal (7 %) und LSG (6,9 %, mindestens 270 DM) lagen alle in etwa in der gleichen Höhe.

In der langen und sehr engagierten Auseinandersetzung wurden von den Verfechtern einer niedrigeren Lohnforderung immer die „nicht kampfbereiten Kollegen“ ins Feld geführt, die „angesehnts der flauen Beschäftigungslage auf ihren Unternehmer hören, der bei maßvollen Lohnabschlüssen Arbeitsplatzsicherheit verspreche“. Die Kritiker einer höheren Lohnforderung stimmten zwar damit überein, daß die Arbeitgeber auch bei niedrigen Lohnabschlüssen keinen Arbeitsplatz garantieren, aber die Stimmung unter den Kollegen müßte man halt berücksichtigen.

Als Kompromißlinie wurde dann schließlich 6,9 %, mindestens 265 DM abgestimmt. Mit 23 Für- und 5 Gegenstimmen (6,5 %, mindestens 250 DM) wurde dann von Hamburg aus ein ziemlich einheitlicher Auftrag an die Mitglieder der Bundestarifkommission erteilt.

Auch aus den Häfen Bremerhaven und Lübeck gab es Beschlüsse mit Mindestforderungen oder Festbeträgen. Trotzdem war es keinesfalls ein Selbstgänger, daß von der Bundestarifkommission dieses Jahr erneut ein Mindestbetrag gefordert wird, nachdem wir letztes Jahr be-

reits einen Mindestbetrag als Abschluß durchsetzen konnten. In der für die Beschlussschlussfassung vorbereitenden gemeinsamen zweitägigen Tagung vom Bundesabteilungsvorstand und Bundestarifkommission wurde zum einen massiv auf die bereits vorhandenen Abschlüsse im Bereich Metall und im Öffentlichen Dienst verwiesen. Zum anderen wirkt sich die schlechte Beschäftigungssituation um so stärker auf die Stimmung der Kollegen aus, je mehr man auch vom Vertrauensleutekörper und vom Betriebsrat den Kopf hängen läßt. So ist es zu erklären, daß schließlich auch von Mitgliedern der Bundestarifkommission aus Hamburg für eine Forderung von 6,5 %, mindestens 250 DM gestimmt wurde, obwohl die Abteilungsdelegiertenkonferenz ein höheres Votum abgegeben hatte.

Nachdem im Gesamthafenbetrieb über die Beschlussschlussfassung der Lohnforderung gesprochen wurde, gab es zuerst eine resitative Haltung, weil zwischen der GHB-Forderung und der beschlossenen Lohnforderung mehr als 2 % liegen. Für alle Anwesenden war es jedoch sehr wichtig, daß eine Mindestforderung von 250 DM beschlossen wurde. Außerdem wurde dann besprochen, daß man die Verhandlungen unterstützen kann, damit auf alle Fälle eine vier vor dem Komma erreicht werden kann. Die erste Verhandlung ist am 5.3.93, es liegen jedoch noch keine Informationen vor. — (obj)

Kurz berichtet

Professor Manfred Kossok ist tot

Professor Dr. Manfred Kossok, ein Linker ohne Wende, starb am 26. Februar 1993 in Leipzig nach Herz-Kreislauf-Versagen. Sein Lehrer Walter Markov, nun 83jährig, hat ihn überlebt. Als Spezialist für die Französische Revolution galt sein besonderes Interesse der Revolutionsforschung und der revolutionären Entwicklung in Lateinamerika. Mit dem Tod Manfred Kossoks ist die „Abwicklung“ der vergleichenden Revolutionsforschung der DDR wohl nun endgültig abgeschlossen. Trotz der Verbannung seiner Vorlesungsreihe aus dem Vorlesungsverzeichnis der Leipziger Universität mußte es die Universitätsleitung — auch auf Grund vieler internationaler Proteste — dulden, daß Kossok vor vollen Sälen, in die die Studenten wie nie zuvor strömten, weiterlas.

Die deutsche Linke verliert in Kossok einen Wissenschaftler, der die Idee des Sozialismus nicht aufgegeben hatte. „Vertrauen wir auf die List der Geschichte. Sie hat noch immer nachgeholfen, wenn die Uhren scheinbar unwiderruflich stehenblieben oder zurückgestellt wurden“ — wie er noch kurz vor seinem Tode im November 1992 schrieb. — (abe)

Acht Kommunen Thüringens gegen „Stromkompromiß“

164 ostdeutsche Kommunen hatten wegen Verletzung ihrer Selbstverwaltungsrechte durch die Kapitalmehrheit westdeutscher Energiekonzern geplänet. Der auf Vorschlag des Bundesverfassungsgerichts zustandegekommen „Kompromiß“ würde bedeuten, daß die etwa 120 bis 130 Kommunen, die eigene Stadtwerke gründen wollen, die dafür nötigen Anlagen und Betriebssteile von den Regional-EVU unentgeltlich erhalten, aber auch Altschulden und Umweltlasten übernehmen und ihren Aktienanteil von 49 Prozent an den Regional-EVU abgeben müssen. Ferner sollten sich die Kommunen verpflichten, für 20 Jahre mindestens 70 Prozent des gesamten Strombedarfs von den Regionalversorgern zu decken. Die eigene Energieerzeugung sollte auf erneuerbare Energien von Müllkraftwerken und Kraft-Wärme-Kopplung beschränkt werden.

Während die Mehrzahl der klagenden 164 Kommunen diesem „Kompromiß“ zugestimmt hat und einige ihn gar als „Sieg“ feierten, befürchtet man beim Städte- und Gemeindebund Thüringen, daß die Kommunen durch den Verlust von Anteilen an den Regionalversorgern ihren Einfluß auf dieser Ebene weitgehend verlieren und in Abhängigkeit von der Preispolitik der Regionalversorger geraten. Zudem würden die Kommunen unter Zeitdruck gesetzt, weil sie bis September entscheiden müssen, ob sie eigene Stadtwerke gründen oder nicht.

Bei Nichtzustimmung aller 164 Kommunen wird das Bundesverfassungsgericht urteilen. — (mio)

DGB fordert Verzicht auf Truppenübungsplatz

Auch der DGB Berlin-Brandenburg fordert den Verzicht auf die weitere Nutzung des Truppenübungsplatzes Wittstock/Ruppiner Heide. „Die sich heftig gegen eine erneute Nutzung als Truppenübungsfläche wehrende Bevölkerung hat es verdient, nach über 40 Jahren Terror durch Bombenabwürfe, Schieß- und Panzerübungen, Tiefflüge und Naturzerstörungen endlich in Ruhe leben zu können ... Damit würden nicht nur erhebliche Kosten gespart werden, sondern auch deutliche Zeichen gesetzt, daß man es mit der militärischen Abrüstung und mit der Unterstützung der neuen Bundesländer auch in umweltpolitischer Hinsicht wirklich ernst meint.“ (DGB-Pressemitteilung 16/93) — (har)

Chemie Ost: Lohnsenkung statt Angleichung der Tarife

Der Bundesarbeitgeberverband der chemischen Industrie (BAVC) hat der IG Chemie in der Schlachtung am 22.2. einen Lohnsenkungsabschluß diktiert und eine Marke für die anderen Branchen gesetzt: nach einer „Lohnpause“ im Januar 1993 ab Februar 9 Prozent für 13 Monate. Die tarifliche Jahresleistung beträgt 1993 50 % und 1994 65 %.

Während die IG Chemie meint, die „tarifpolitische Wende abgewehrt“, und ein „letztes Endes erträgliches Komromiß-Paket“ vereinbart zu haben, womit insbesondere die Verhinderung einer Lohnpause von 5 Monaten gemeint ist, sind der BAVC und das bürgerliche Lager mit diesem Abschluß sehr zufrieden. Der Abschluß sei ein „tarifpolitisches Signal in der Solidarpakt-Diskussion“. Für potentielle Investoren existieren jetzt klare Verhältnisse, da es auch weiterhin keine Stufenplanregelungen mit einer automatischen Anhebung der Osttarife auf das Westniveau gäbe. Handelsblatt-Kommentator Mundorf rechnet den Abschluß herunter: 8,4 Prozent auf 14 Monate gleich 7,2 Prozent aufs Jahr, „eine Lohnerhöhung ungefähr im Ausmaß der ostdeutschen Inflationsrate, das ist es also, was die ostdeutsche Chemie nach Meinung der beiden Tarifvertragsparteien aus eigener Kraft leisten kann“. Da die Inflationsrate Ost bei 11 bis 12 Prozent liegt, kann nicht von „Anhebung“ die Rede sein, wo Lohnsenkung eintritt. Die Brutto-Entgelte liegen jetzt zwischen 1848 DM in Entgeltgruppe 1 und 4250 DM in Entgeltgruppe 13. Im Vergleich zum Chemietarif Niedersachsen sind das ca. 66 Prozent. Tarifliche Sonderzahlungen eingerechnet rutscht das Tarifniveau Chemie Ost auf unter 60 Prozent ab. Eher muß bei einem Effektivlohnvergleich von einem Niveau von ca. 50 Prozent der Chemiegentle West ausgegangen werden.

Nach Angaben des BAVC soll die ostdeutsche Chemieindustrie bei 6,7 Mio. DM Umsatz etwa 2 Mrd. DM Verluste machen. Mit der Peitsche dieser Verluste und der vorausgeschickten Verhöhnung einer etwaigen Arbeitskampfdrohung hat der BAVC die IG Chemie über den Tisch gezogen. — (mio)



Mit Protestdemonstrationen und Aktionen in Ludwigsfelde, Eberswalde und Eisenhüttenstadt haben die Belegschaften im Tarifbezirk Berlin-Brandenburg auf die außerordentliche Kündigung des Stufentarifvertrages für die Metall- und Elektroindustrie reagiert. An den Kundgebungen beteiligten sich jeweils zwischen 3000 und 7000 Beschäftigte. Bis zum 15. März haben die einzelnen Arbeitgeber noch Zeit zu erklären, ob sie den vereinbarten Tarif ab 1. April zahlen oder nicht. Bislang ist seitens des Arbeitgeberverbandes keine Reaktion zu verzeichnen. Offenbar kalkuliert der Verband mit einer langwierigen, auch juristisch geführten Auseinandersetzung. Für die zweite Märzhälfte ist seitens der IG Metall mit Warnstreikaktionen zu rechnen. Ab April wird in ausgewählten Betrieben gestreikt werden. — (br)

Schneewittchen und die sieben Zwerge (kein Märchen für heute)

Der Stoff stammt aus der Fraktion der PDS/LL im Berliner Abgeordnetenhaus. Er ist so wahr wie kein Märchen, aber gefragt werden kann: „Spieglein, Spieglein an der Wand, was soll's wir tun in diesem Land?“

Als am 16.2.93 Dr. Gesine Lötzsch als Vorsitzende der PDS/LL-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus zurücktrat, wurde nur eine Situation schlagartig deutlich, die vorher schon latent vorhanden gewesen war: Tiefer innerlicher Dissens in der Fraktion der PDS/LL, der sich in heftigen persönlichen Kontroversen äußerte und die Fraktion in der praktischen Tätigkeit umfassend hemmte. Der Rücktritt war nicht Anlaß, sondern Folge der Gesamt-situation in der Fraktion. Ausgelöst wurde der Schritt von Gesine Lötzsch durch ein am 11.2.93 von sieben Abgeordneten herausgegebenes Papier, in denen sie sich grundlegend zu dem bisher Erreichten äußerten (s. Anhang: kurze Zusammenfassung). Auf dieses Papier reagierte Gesine Lötzsch mit ihrer Gegenposition „Mein Ansatz fürs Künftige“ (s. Anhang: kurze Zusammenfassung). Zwei Parteien stellten die märchenhafte Spiegelfrage aus verschiedenen Sichten und Positionen. Das ist legitim, da die Probleme unterschiedliche Schlüssefolgerungen und Herangehensweisen geradezu provozierten.

Mit Aufnahme der Tätigkeit der PDS/LL-Fraktion betrat Abgeordnete und PDS Neuland. Durchdacht und grundsätzlich beantwortet werden mußte die Frage, wie die PDS/LL ihre Rolle als Opposition gegen die Schwarz-Rosa-Koalition wahrnehmen und im Wählerauftrag auch erfüllen kann. Denn sicher ist, daß ein großer Teil der Wähler aus Gründen der Ablehnung der Politik der bisherigen Koalition und der Entwicklung im Osten der Stadt PDS/LL bevorzugt hatten. Von Anfang an war klar, daß es für die Fraktion und den einzelnen Abgeordneten kein Zuckerlecken werden würde. Die strikte und oft primitive Ablehnung im Abgeordnetenhaus, auf die die Fraktion trifft, erzeugte ein

Gefühl der Hilf- und Erfolglosigkeit, führte möglicherweise zur Frustration.

Illusionsfrei mußte ebenfalls von unterschiedlicher Politik- und Lebenserfahrung einzelner Abgeordneter ausgegangen werden. Die Fraktion ist ein Zusammenschluß PDS und Linke Liste, ein Ost-West-Aufeinandertreffen linker Art, wie wir es (außer in der Bundestagsfraktion der PDS, und da gibt es bekanntlich auch ernste Probleme) bisher noch nicht kannten. Der ehemalige DDR-Bürger empfindet doch Opposition ganz anders als der Linke aus dem Westen, der Zeit seines Lebens Opposition wollte und politischen Widerstand leistete. Beide haben aber — egal wie auch immer betrachtet — eben erst eine „sozialistische Illusion“ zusammenbrechen sehen. Das kann, wie für die Linke insgesamt, auch nicht ohne Auswirkungen auf das parlamentarische Verhalten linker Kräfte bleiben. Meinungsverschiedenheiten — wie sie sich schließlich in den beiden Papieren deutlich ausdrücken — sind dadurch vorprogrammiert. Dann ist doch aber die Frage, welchen Umgang man untereinander und miteinander pflegt. Eifersucht und Eigensinn im Beharren auf das persönliche Ansehen und auf die eigene Meinung sind nur der Königin im Grimmschen Märchen gestattet. Keiner kann, um im Bilde zu bleiben, Spieglein spielen und allein die Zukunft voraussehen. So neu wie für eine linke Opposition diese Herausforderung ist, ist auch der gemeinsame Anspruch, diese zu bewältigen.

Vielelleicht ist es verfehlt daran zu erinnern, aber Linke in den westeuropäischen Ländern haben, wenn sie gewählt wurden, ausreichend Erfahrungen im Umgang mit eigener Kommunalpolitik und der Macht, mit der sie im einzelnen bei der Ausführung der Politik ihrer Parteien konfrontiert waren. Könnte man sich nicht auch daher Anregungen für das Vorgehen holen? Genügend Erfahrungen sind zweifellos vorhanden. Aber auch hier ist es eine Folge der nur eigenen Befragung, wenn immer wieder ver-

sucht wird, das Fahrrad neu zu erfinden. Auf parlamentarische Arbeit kann die Linke nicht verzichten. Andere Auflösungen sind wirklichkeitsfremd. Bezug auf die vorliegenden Papiere kann man denen nur zustimmen, die meinen, daß es möglich ist, aus beiden ein Ganzes zu machen. Vielleicht gelingt das mit der Wahl Peter Zots zum Vorsitzenden der Fraktion, der ohnehin als zwischen den Parteien stehend beurteilt wird. Allerdings sollte sein Versuch, aus beiden Papieren ein Konsenspapier zu machen, auch von anderen anerkannt werden. Die PDS und andere Linke haben die Chance, das bisherige Defizit der konzeptionellen Arbeit aufzuholen und überzeugende Alternativen zur Politik Agonie Bonns und Berlins zu bieten. Es kann Marzahner Genossen zugestimmt werden, die in einem Papier des Bezirksvorstandes der PDS schreiben: „Der rasante Sozialabbau, die Zerstörung der wirtschaftlichen und kulturellen Infrastruktur Berlins haben sicherlich mittel- und unmittelbar mit Olympia 2000 und dem Hauptstadtvertrag zu tun, sind aber doch wohl nicht ursächlich von diesen hervorgerufen.“

Wenn die Basis — wie auf dem Treffen am 23.2. in Berlin-Adlershof geschehen — die Fraktion auffordert, das Arbeiten nicht zu vergessen, ist dem nur zuzustimmen. Zustimmung fand auch Jens-Uwe Heuer, der zusammenfaßte, was zusammenzufassen war:

— Es muß in der Fraktion eine inhaltliche Debatte stattfinden, die es bisher überhaupt nicht gab.

— Die politischen Unterschiede müssen deutlich gemacht und ausdiskutiert werden.

— Persönliche Befindlichkeiten können die Zusammenarbeit in der Fraktion nicht blockieren. Die gegenwärtige Situation bietet eine Chance, sie nicht länger als Konfrontation sondern als einen Neuanfang für eine weitgehende Kooperation innerhalb der Fraktion im Interesse der Wähler und im Hinblick auf die kommenden Wahlen zu sehen.

— (abe)

Zusammenfassung der Positionspapiere

Diskussionspapier der Sieben: „Bilanz und Perspektiven“

Es mangelt der Fraktion der PDS immer noch an „einer gemeinsamen strategischen Orientierung“. Die „Differenz“ besteht zwischen einem „globalen Gestaltungsgestus“ und einer Politik „exemplarischer Alternativen“. Die PDS teilte die politischen Grundannahmen des Senats Olympia und Regierungssitz als „positive Katalysatorfunktion für die wirtschaftliche und Stadtentwicklung Berlins.“ Die PDS „betätigte sich als linker Rand und Korrektiv im Rahmen der herrschenden Politik“.

— Nachdem die „illusionären Hoffnungen“ zerstoben, „wurde eine politische Wende zur Ablehnung dieser Politik vollzogen.“ Damit fiel die PDS „über ein Jahr als oppositionelle Kraft gegen die Berliner Olympiawerbung aus.“ Ähnliches wird in Bezug auf den Regierungssitz und die Kundgebung vom 8.11.92 gesagt. Erst die Rede Karin Dörres vor dem Abgeordnetenhaus stellte einen „Bruch mit der bisherigen Politik der PDS dar“.

Daraus werden Vorschläge für Arbeitsschwerpunkte entwickelt:

1. Alles zu unternehmen, damit die Berliner Olympiawerbung ein Mißerfolg wird.
2. Die einstige „politische Fehlentscheidung“ der Zustimmung der PDS zur Verlegung des Regierungssitzes wird durch die Ablehnung „der vereinbarten Veränderung des Baugesetzbuches und des Ausführungsgesetzes zum BauGB“ korrigiert. Die Fraktion beteiligt sich „an der Initiative zum Aufbau einer Gesamtberliner Betroffenenvertretung“ und unterstützt sie. Ziel ist, den Umzugsbeschluß „neu zur Debatte“ zu stellen.
3. Eingreifen der Fraktion in die verkehrspolitische Diskussion (z.B. Großflughafenprojekt): Verlagerung des Flugverkehrs auf die Schiene.
4. Aufklärung der Öffentlichkeit über den Flächennutzungsplan und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit.

Position von Gesine Lötzsch

— Über die Notwendigkeit der konstruktiven Arbeit zu Sachfragen geht es um die Erarbeitung von Alternativen zur existierenden Gesellschaft. Das bedeutet subjektiv, „Meinungsführerschaft aus der Opposition heraus zu gewinnen“, „auch über die eigenen Anhänger und Wähler Akzeptanz und Zustimmung zu gewinnen und zu organisieren.“ Auch andere politische Ansätze und Orientierungen müssen zu Wort und „zu ihrem Recht kommen“.

— Defizite gab es vor allem in der „Bearbeitung“ von Politikfeldern (zweier unterschiedlicher Politikansätze „Gestaltung“ und „Verweigerung“) in der Fraktion, da zwischen ihnen „eine Abstimmung und gemeinsame Prioritätensetzung“ zu wenig erfolgte. Daraus werden Vorschläge entwickelt:

1. Kampf gegen die Benachteiligung und Ausgrenzung Ost-Berliner Bürgerinnen und Bürger (Diskriminierung nach der Einheit, Massenarbeitslosigkeit, Degradierung der Intelligenz),
2. Kampf gegen die Aushöhlung des Lebensstandards in West-Berlin
3. Für eine ökologisch und sozialverträgliche Stadtentwicklung.
4. Kampf gegen die Aushöhlung des Asylrechts und für weiteren Ausbau demokratischer Rechte.
- Auf der beschlossenen Berlin-Konferenz der PDS sollen die unterschiedlichen Ansätze der Öffentlichkeit vorge-

stellt und debattiert werden. Die Abgeordneten nehmen stärker an der öffentlichen Diskussion teil und stellen ihre Beiträge vor.

— In ihrer Tätigkeit als Fraktionsvorsitzende geht G.L. davon aus, daß es ein Problem der PDS insgesamt ist, sich der Frage nach einer wirkungsvollen Oppositiopolitik zu stellen. Prinzip in der Fraktion ist Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Abgeordneten.

Vorschlag der Arbeitsschwerpunkte von Peter Zolt

1. Zu erwartende Probleme 1993:
 - Eskalation der sozialen Probleme (drastisches Anwachsen der Arbeitslosigkeit, Angriff des Staates auf das bisherige Sozialniveau, weitere Mietexplosion, „Abladen“ der Berliner Gesamtprobleme auf Ostberlin, Zusitzung der Haushaltstage);
 - Vorgesehene Stadtplanung und -entwicklung führt zu gravierenden sozialen und ökologischen Folgen;
 - Benachteiligung Ostberlins und de-facto-Spaltung der Stadt;
 - Weichenstellung in Richtung Zentralisierung und Entdemokratisierung (Aushöhlung des Grundgesetzes, Kompetenzkonzentration in Bonn, Einschränkung des Mitspracherechtes der Bürger, Diskriminierung einzelner Gruppen)
2. Konzentration der Aufmerksamkeit auf:
 - den Kampf gegen die Eskalation der sozialen Probleme,
 - den Widerstand gegen die Folgen der Stadtplanung und -entwicklung,
 - das konsequente Eintreten für die Einheit der Stadt und gegen die Benachteiligung des Ostens,
 - eine tatsächliche Demokratisierung und gegen die Zentralisierung politischer Entscheidungsfindungen.
3. Wege zum Erreichen der Ziele:
 - Arbeitsplanung für Verantwortung und Initiative jedes Abgeordneten, feste Verbindungen zu Berliner Bezirken und zu anderen linken Organisationen, Gewerkschaften und Verbänden.

Bauernland in Junkerhand — Devise in Bonn und Sachsen?

Bauernland in Junkerhand — könnte der neue Slogan der Regierung in Bonn und Sachsen heißen. Vielfach deutet darauf hin, daß versucht wird, den 2 + 4-Vertrag auszuhebeln. Dieser schützt bekanntlich die Ergebnisse der Bodenreform. Deshalb beantragte die LL-PDS Sachsen eine Debatte zum Thema „Privatisierung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen im Freistaat Sachsen durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft im Auftrag der Treuhand“. Detlef Wehnert (MdL in Sachsen) argumentiert dazu.

Die auf Restaurierung alter Eigentumsverhältnisse gerichtete Bonner Politik der systematischen Aushöhlung der Bodenreform sowie das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ verhinderten bisher die Verwirklichung des „Gesetzes über die Übertragung des Eigentums und Verpachtung volkseigener landwirtschaftlich genutzter Grundstücke an Genossenschaften, Genossenschaftsmitglieder u. a. Bürger“ vom 22.07.90, laut Einigungsvertrag fortgelendes DDR-Recht.

Damit können die Agrarbetriebe auch im dritten Wirtschaftsjahr nach der Währungsunion nicht langfristig über einen bedeutenden Teil ihres bewirtschafteten Bodens verfügen. Bei Agrarbetrieben-Ost beträgt der Anteil an Eigentumsflächen durchschnittlich nur 11,9 % gegenüber 56,9 % im Westen. 23,7 % wirtschaften ausschließlich mit Pachtflächen, namentlich juristische Personen haben kein oder kaum Eigentumsland. Gerade deshalb wollte die

letzte Volkskammer mit der beschlossenen Übertragung volkseigener Flächen an ostdeutsche Agrarbetriebe aller Formen den Start in die Marktwirtschaft erleichtern.

Wie sieht sie heute aus, die Chancengleichheit für Landwirtschaft-Ost sowie die LPG-Rechtsnachfolger?

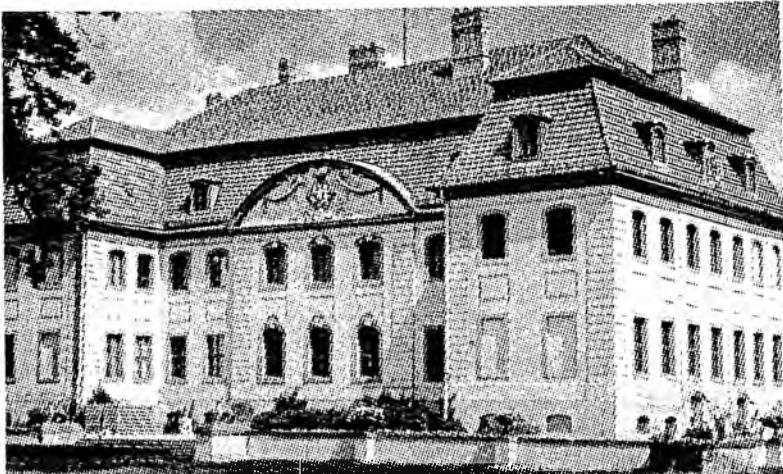
Stand 31.12.92 in Sachsen: Für die ehemals volkseigene landwirtschaftliche Fläche wurden 5056 Anträge gestellt, nur 1546 Bewirtschaftsbewilligungen bisher verteilt (34,3 %), lediglich 136 Pachtverträge abgeschlossen (2,6 % der Anträge), nur ganze 19 Pachtverträge langfristig (0,3 % der Anträge). Folge: Sicherheitsrisiko, darum gar nicht oder nur erschwert „würdig“ für Kredite oder Fördermittel. Zudem drückt die Milliarden-Altschuldenlast der Währungsumstellung auf die LPG-Rechtsnachfolger. Eine marktwirtschaftlich reale Neubewertung der Altlandschaft lehnt Regierung in Bonn und Bundestag ab. Die Kreditbelastung wächst je Hektar und Arbeitskraft weiter, da inzwischen 84 % der noch 1989 in der sächsischen Landwirtschaft Beschäftigten aus dem Agrarbereich ausgeschieden sind und die Betriebe zugleich einen Flächenentzug besonders durch die Wieder- und Neueinrichtung von Familienbetrieben aufzuweisen haben. Zugerechnet die Auszahlung der Abfindungsansprüche wird Eigenkapitalbildung empfindlich geschmälert bzw. unmöglich.

Angesichts dessen ist die gemäß Art. 25 Einigungsvertrag von der Bundesregierung bereits vor über zwei Jahren beschlossene Teilentschuldung aus

DM — lediglich 18,4 % der Altschulden — unzureichend. Skandalös: Bis Ende 1992 waren z. B. in Sachsen von 522 bearbeiteten Anträgen 305 entschuldungsfähig (Summe 333,4 Mio.. DM). Aber nur für 52 schloß die Treuhand Schuldübernahmeverträge (Summe 15 Mio. DM), gerade mal 10 %! Aufgrund dieser Verschleppung haben viele Betriebe keinerlei Chance, Neukredite zu erhalten. Besonders gravierend ist die Ungleichbehandlung bei der Förderung. So erhielten juristische Personen von den Fördermitteln in Form von Zuschüssen, Darlehen und Zinsverbilligung 1991 nur 7,5 %, 1992 gerade einmal 1,5 %. 1993 sollen es 8,3 % sein, in Sachsen allerdings nur 4,6 %. Förderung von Familienbetrieben bleibt weiter das Hauptziel in Sachsen ... Eine Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete Ostdeutschlands sieht eine Obergrenze von 60 Kühen je Betrieb vor. Die juristischen Personen haben jedoch im Durchschnitt 455 Milchkühe je Betrieb, ostdeutsche Einzelbetriebe lediglich 34 ...

Im Westen unterliegen knapp 20 % der Betriebe mit Anteil von unter 50 % am Ackerland der Stilleggungspflicht, im Osten 38 % der Betriebe, die rund 97 % (!) der Ackerfläche bewirtschaften. Die Folge: ostdeutsche Bauern verlieren aufgrund der Großbetriebsstruktur weitere Produktionsanteile.

Mit der 1991 erfolgten Novellierung des laut Einigungsvertrages fortgelassenen Landwirtschaftsanpassungsgesetzes wurden für die Aufteilung des genossenschaftlichen Eigenkapitals Regelungen und Konfliktpotential geschaffen, das neben dem äußeren ökonomischen An-



Graf Hermann von Pückler fordert Rückgabe des während der sowjetischen Besetzung enteigneten Schlosses und Grundbesitzes (jetziger Verkehrswert 50 Mio. DM).

passungsdruck die Genossenschaften auch von innen zerstört, die Zukunft der LPG-Nachfolger gefährdet. Völlig ignoriert wird die Tatsache, daß die LPG in der DDR Boden zu Recht besessen haben (LPG-Gesetz). Wenn der Staat jetzt die Rechtsnachfolger der LPG in ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten beeinträchtigt, indem er z. B. keinen Ausgleich bei Flächenentzug, u. a. zur Bedienung der Altkredite und Abfindungsansprüche gewährt, behindert er nicht nur die neuen Unternehmen, sondern schmälert damit zugleich die Rechte hunderttausender abfindungsberechtigter ehemaliger LPG-Mitglieder, er nimmt die faktische Enteignung dieser Menschen, die vielfach arbeitslos sind, in Kauf.

Die auf den Familienbetrieb zugeschnittenen Rahmenbedingungen sind letztlich Ausdruck des gleichen agrarpolitischen Unvermögens, das schon die westdeutsche und westeuropäische Landwirtschaft in die Sackgasse führte.

Einig ist man sich in der Diskriminierung der Genossenschaften. Diese Gebilde, die auf Selbstverwaltung beruhen, und wo die Mitglieder Eigentümer und Produzenten zugleich sind, werden als Gefahr empfunden. Sind sie deshalb gänzlich ohne Chance? Im Gegenteil, sie können ... Größereffekte erschließen, wozu der Familienbetrieb westdeutscher Prägung niemals in der Lage ist. Gerade im geringeren Maschinenkapital und der höheren Auslastung liegt der Haupteffekt. Lebendige Arbeit wird effektiver. 1992 lag der Arbeitsaufwand in Agrarbetrieben-Ost mit 3,4 AK-Einheiten je 100ha landwirtschaftlicher Fläche bereits deutlich unter dem im Westen (5,7). Günstiger ... ist die Altersstruktur der Erwerbstätigen. 1991 waren von den Beschäftigten in den neuen Ländern 8,3 % über 55 Jahre und in den alten Ländern 30,1 %, unter 35 Jahre 40,4 % bzw. 27,9 % ...
aus: Parlament von links 4/93, aus Platzgründen leicht gekürzt

Urteil im Prozeß gegen Croissant: 21 Monate Haft auf Bewährung

Am 5. März hat das Kammergericht Berlin Klaus Croissant zu 21 Monaten Haft auf Bewährung wegen „geheimdienstlicher Tätigkeit“ verurteilt. Gegen dieses Urteil wird Croissant alle Rechtsmittel ausschöpfen und ggf. das Bundesverfassungsgericht anrufen. Wir dokumentieren — leicht gekürzt — sein Schlusswort. — (har)

„Ich möchte das letzte Wort nicht der Vergangenheit, sondern der Zukunft widmen. Über Vergangenes einschließlich dessen, was in diesem Verfahren als Tatzeit bezeichnet wird, habe ich in meiner Prozeßerklärung zu Beginn der Hauptverhandlung genug geredet.

1. Nach meiner Freilassung werde ich als erstes meine Anwaltsfähigkeit in meiner Kanzlei wieder aufnehmen, in der mich die Bundesanwaltschaft am 14.

September 1992 mit Hilfe eines willfährigen Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofes verhaftet ließ.

Das wird nicht ganz leicht sein. Ich schulde dem Justizfiskus des Landes Baden-Württemberg noch Gerichtskosten in Höhe von 253 460,25 DM, die in meinem nunmehr 15 Jahre zurückliegenden und 73 Tage währenden Stammheimer Prozeß aufgelaufen sind ...

2. Neben meiner beruflichen Tätigkeit werde ich es mir nicht nehmen lassen, auch weiterhin politisch tätig zu sein.

Nach der mir vorgeworfenen Tat möchte ich allerdings über die Art meiner politischen Tätigkeit keinerlei Zweifel aufkommen lassen. Ich habe den Akten entnommen, daß einer meiner Gesprächspartner in der DDR befragt wurde, ob ich vom MfS dem KGB übergeben worden sei. Diese Frage ist dem

Protokoll des Bundeskriminalamtes unter Band III, Bl. 134, zu entnehmen. Mein Gesprächspartner hat diese Frage zutreffend verneint. Ich darf gleichwohl vorsorglich versichern, daß ich weder die Absicht habe noch die Neigung verfüre, in Zukunft in Kontakt zum Geheimdienst eines Staates der ehemaligen Sowjetunion oder irgendeines anderen Staates zu treten. Mein Bedarf nach Geheimdiensten ist für den Rest meines Lebens gedeckt.

Abgesehen davon ist der großangelegte Versuch der führenden westlichen Industriestaaten, einschließlich ihrer Geheimdienste und Denkfabriken, die Idee von einer sozial gerechten Welt aus den Herzen und Hirnen der Menschen zu verbannen, angesichts der rapide anwachsenden Probleme des kapitalistischen Weltsystems zum Scheitern verur-

teilt. Aus dem Zusammenbruch des realsozialistischen Staatsystems folgt, daß es die Aufgabe der gesamten Linken sein muß, Sozialismus als menschenwürdiges Gesellschaftssystem von Grund auf neu zu denken und zu entwickeln. Dazu gehört die kritische Auseinandersetzung mit allen Ursachen, die zum Scheitern des Realsozialismus geführt haben.

Ich bekenne mich nach wie vor zu dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

Schon vor meiner Inhaftierung ... habe ich mich mit dem Gedanken beschäftigt, wie der völligen Niederholung von allem, was mit der DDR und ihrer Geschichte verbunden war, entgegengewirkt werden kann. Ich meine, daß es an der Zeit ist, der seit dem Untergang der DDR auf Hochtouren laufenden Kampagne entgegenzutreten ...

Die Zeit scheint reif, durch ein Schwarzbuch zu dokumentieren, daß und weshalb die Politik der gezielten Vernichtung aller Spuren der Geschichte der DDR vor keinem gesellschaftlichen Be-

reich halt macht. Tausende und Zehntausende von BürgerInnen des in der BRD aufgegangenen Staates DDR sollen im Rahmen dieser Spurenvernichtung durch Strafverfahren, Kündigungen von Arbeits- und Mietverhältnissen, neue Berufsverbote und selbst durch Kürzung von Sozialrenten gesellschaftlich ausgrenzt werden. Ziel des Schwarzbuchs muß es deshalb sein, Tatsachen und Gründe und Ziele des Scherbengerichtes offen zu legen, das die BRD über die DDR, das siegreiche über das besiegte Gesellschaftssystem veranstaltet. Das Schwarzbuch soll die überfällige breit angelegte Diskussion über die beschleunigte Beendigung dieser Art von Vergangenheitsbewältigung anfangen. Diese Diskussion soll in die nach Sachlage gebotenen Gesetzesinitiativen einmünden ...

3. Schließlich möchte ich eine Tätigkeit forsetzen, die ich in den letzten Monaten vor meiner Inhaftierung ausgeübt habe, ich meine damit den öffentlichen Einsatz für die Freilassung derjenigen, die ich als Gefangene aus der RAF einst verteidigt habe ...“

Ein gefeueter Pionierleiter gibt nicht auf

Das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes in Kassel vom 25. Februar 1993 zur „Anerkennung von Lehrbefähigungen im Beitragsgebiet“ hatte für den ehemaligen Pionierleiter Jürgen Groß in Berlin-Marzahn besondere persönliche Bedeutung. Es lautete: „Nach Artikel 37 Absatz 1 Satz 1 Einigungsvertrag ist bei einem Arbeitnehmer, der eine ordnungsgemäße Ausbildung absolviert hat, die ihm erteilte Lehrbefähigung für die Fächer Deutsch und ein Wahlfach der unteren Klassen der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule für eine Beschäftigung im Beitragsgebiet anzuerkennen.“ (8 AZR 246/92)

Jürgen Groß arbeitete seit 1985 als Lehrer für untere Klassen und unterrichtete die Fächer Deutsch, Musikerziehung und auch Mathematik. 1991 wurde ihm durch den Marzahner Bezirksrat für Bildung und Kultur, Herrn Dr. Unger, gekündigt. Wegen mangelnder fachlicher Qualifikation und wegen mangelnder persönlicher Eignung.

Jürgen Groß hatte noch zu DDR-Zeiten an einer ordentlichen Hochschule die Lehrbefähigung für die unteren Klassen in den Fächern Deutsch und Musikerzie-

hung zusammen mit seiner Befähigung als Pionierleiter erworben.

Anfang der 50er Jahre wurde die Pionierleiterausbildung parallel zur Lehrerbildung in der DDR eingeführt. Später kam dann noch die Hochschulausbildung für Lehrer theoretisch und studienorganisatorisch hinzu. Sie vermittelte eine solide pädagogische und vor allem didaktisch-methodische Qualifikation. Einschätzungen der Tätigkeit von Pionierleitern als Lehrer belegen, daß der Wert dieser Ausbildung — unabhängig von der politischen Überfrachtung der Arbeit als Pionierleiter — außer Zweifel steht. In einer gesamtdeutschen Studie der Deutschen Shell/AG haben 60 % der 1330 befragten ostdeutschen Jugendlichen positive Erinnerungen an die DDR: „Besonders gern erinnerten sich die Befragten an die Zeit der DDR-Kinderorganisation „Junge Pioniere“ — wie in der LVZ (Lehrerverband) vom 8. II. 1991 nachzulesen ist. Viele Pionierleiter relativierten die politisch aufgeblähten Forderungen der SED- und FDJ-Führung, sie forderten jedoch die Entwicklung des Kindes durch eine vielseitig und interessant angelegte pädago-

gische Tätigkeit. Pionierleiter waren bei Kindern und Eltern durchaus beliebt. Die Tätigkeit als Lehrer war gerade eben die Perspektive jedes Pionierleiters.

Im Schuljahr 1988/89 waren 4398 Pionierleiter an den Schulen der ehemaligen DDR tätig. Davon hatten 942 einen Hochschul- und 1823 einen Fachschulabschluß. Der Beruf des Pionierleiters war dem des Lehrers politisch, juristisch und sozial gleichgestellt. Es lagen die gleichen Studienpläne und Lehrprogramme zugrunde wie für die Diplomlehrer und Lehrerausbildung. Sie erfolgte auch an den gleichen renommierten Lehranstalten wie für andere Lehrer.

Jürgen Groß hatte diese Ausbildung und trotzdem wurde ihm und weiteren 200 Pionierleitern in Berlin gekündigt. War es mangelnde fachliche Eignung oder politisches Klischee und Willkür, die zu dieser Entlassung führten?

Jürgen Groß, der gleichzeitig auch Kreisvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist, verstand diese Kündigung als Herausforderung. Mit Unterstützung der GEW klagte er gegen diese Kündigung. Das zuständige Arbeitsgericht gab ihm

Recht. Auch das Landesarbeitsgericht entschied, daß die Kündigung ungerechtfertigt sei und er über die erforderliche fachliche Qualifizierung verfüge. Das Land Berlin jedoch ging beim Bundesarbeitsgericht in Revision und — verlor! Nicht ein einziges Wort hörte man vom Rechtsanwalt des Landes Berlin, Zieger, über die von Groß seit 1985 nachgewiesene Eignung für die Tätigkeit im Schuldienst, die ihm die Anerkennung seiner Schüler und Kollegen und schließlich auch die Anerkennung der Eltern seiner Schüler eingebracht hatte. Rechtsanwalt Zieger äußerte sich auch nicht zum Thema fachlicher Weiterbildung für den Betroffenen oder andere „aus mangelnder fachlicher Befähigung“ gekündigter Pionierleiter. Und das, obwohl an den Schulen Berlins offensichtlicher Lehrermangel herrscht. Er sprach lediglich über die Tätigkeit von Jürgen Groß als Pionierleiter. Das Thema Weiterbildung für ostdeutsche Pädagogen scheint für den Senat ausgemattiert zu sein. Es ist einfacher, wegen „fachlicher und persönlicher Nichteignung“, sprich Staatsnähe, zu entlassen. Die Ausgrenzung vieler ostdeutscher Pädagogen ging und geht auf dieselbe Weise vor sich.

Nun steht dieses Urteil des Bundesarbeitsgerichtes im Raum. Unter den Betroffenen keimt Hoffnung. Das Urteil wird Beispielwirkung erzielen. Viele Anrufer, Freunde von Jürgen Groß, ha-

ben ihm und seinen Helfern aus der GEW und der ostdeutschen „Initiative für die volle Gewährung der verfassungsmäßigen Grundrechte und gegen Berufsverbote“ und seinem Rechtsanwalt zu diesem Erfolg gratuliert.

Jürgen Groß, der sicher eine unruhige Zeit hinter sich hat, will wieder arbeiten. Das Arbeitsgericht verpflichtete die Schulverwaltung jedoch nicht, den Betroffenen wieder einzustellen. Allerdings kann Jürgen Groß auf die Unterstützung der GEW hoffen, denn in Berlin gibt es eine Vereinbarung zwischen Schulverwaltung und GEW, wonach Lehrern wegen mangelnden Bedarfs in dieser Legislaturperiode nicht gekündigt wird. Die Gewerkschaft forderte den Schulsenator Jürgen Klemann auf, Jürgen Groß wieder als Lehrer einzusetzen und für Möglichkeiten der pädagogischen Weiterbildung zu sorgen. Seit 1. März arbeitet Jürgen Groß wieder!

Andere Verfahren ähnlicher Art, die an anderen Orten laufen, wurden vorerst ausgesetzt, um das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes im „Leitprozeß“ abzuwarten. Nun liegt es auf dem Tisch. Wird es anderer ebenfalls gleiche Behandlung bringen?

Quellen: Pressemitteilung des BAG Nr. 6/93; „Pionierleiter nicht qualifiziert? — Der Fall Jürgen Groß, Berlin“. Dokumentation der Initiative für die volle Gewährung der verfassungsmäßigen Grundrechte und gegen Berufsverbote; Neues Deutschland v. 2. 3. 93 — (abc)

Bundesbank und Maastrichter EG-Verträge: Das Projekt „optimaler Währungsraum“

Anmerkungen zu dem Versuch, die Politische Union Europas unter deutscher Führung „unumkehrbar“ (H. Kohl) zu machen

Die soziale Ordnung, die sowohl die deutsche Bundesregierung wie auch die deutschen Konzerne (und wahrscheinlich auch zahlreiche große Konzerne und Regierungen in anderen EG-Staaten, aber von diesen wird hier nicht gehandelt) mit dem Programm „Gemeinsamer Binnenmarkt der EG“ (in Kraft seit 1.1.93) und dem Projekt „Währungsunion“ (in Kraft zu setzen ab 1.1.99) anstreben, kann und muß man am Beispiel der USA studieren.

Der extreme Pauperismus in ganzen Regionen der USA, in den mexikanischen und indianischen Gebieten, in vielen schwarzen Südstaaten, die Slums in den Großstädten, die hoffnungslose Lage von Millionen, die extreme Wirkungslosigkeit gewerkschaftlicher Gegenwehr und gewerkschaftlicher Politik gegenüber Konzernentscheidungen, wie man sie dort schon seit längerem studieren kann, sind das Ziel, das sowohl die Regierung Kohl wie die großen Konzerne in der EG als Vorbild für ihre totalitäre „Ordnung“ Europas ansteuern.

Dabei ist auffällig, daß die Bundesregierung eine bestimmte zeitliche Abfolge wünscht. Zuerst soll die Währungsunion im EG-Europa geschaffen werden, dann die Politische Union, oder, um mit Helmut Kohl zu sprechen: Durch die Währungsunion soll die Politische Union „unumkehrbar“ werden. Was ist damit gemeint?

Um diese Absicht näher zu untersuchen, muß man beachten, daß es für die EG-Währungsunion geschichtliche Vorbilder gibt. Das jüngste ist die Annexion der DDR. Auch hier ging die „Währungsunion“ der politischen Annexion der DDR durch die BRD voraus. Die sozialen Folgen dieser Annexion liegen inzwischen offen zutage.

Welche Vorteile versprechen sich die Monopole von einer EG-Währungsunion, mit welchen Folgen rechnen sie und wie sollen diese — im Fall der DDR bekannt zerstörerischen — Folgen für die Errichtung der „Politischen Union“ Europas genutzt werden?

Um dies näher zu beleuchten, müssen wir auf die bürgerliche Theorie des „optimalen Währungsraums“ eingehen, auf die die Bundesbank in der Diskussion der letzten Monaten mehrfach hingewiesen hat. Diese Theorie besagt ungefähr folgendes:

a) Durch die gesetzmäßig ungleichmäßige Entwicklung auf dem Weltmarkt werden immer wieder ganze Regionen Opfer sogenannter „Strukturkrisen“. Ihre Produkte, eben noch auf dem Weltmarkt gefragt, werden auf einmal nicht mehr benötigt, sind nicht mehr zu verkaufen. Aktuelle Beispiele: Wer will schon noch Kohle oder Stahl, Schiffe o.ä. aus Deutschland oder einem anderen „Hochlohnland“, wenn es billige Kohle aus Südafrika oder Australien, Polen und der Ukraine, billigen Stahl aus der tschechischen Republik, Polen, billige Schiffe aus Süd-Korea gibt?

b) Die bürgerliche Theorie deutet solche großen Krisen, die aus der ungleichmäßigen Entwicklung der Produktivkräfte her resultieren und in ihren Folgen oft über Jahrzehnte ganze Regionen verwüstet und ihre lohnabhängige Bevölkerung ins Elend treiben können, als „Verfall“ der Produktivkraft“. Der Gebrauchswert der Produkte solcher Regionen auf dem Weltmarkt sinkt nämlich, tendenziell gegen Null. Sie werden unverkäuflich. Wo kein Gebrauchswert, da kein Tauschwert.

c) Was tut üblicherweise die herrschende Klasse eines solchen Landes in diesem Fall? Die „Theorie des optimalen Währungsraums“ besagt: Sie wertet ihre Währung ab. Sie muß das, um der Tatsache Rechnung zu tragen, daß die „national“, d.h. auf dem von ihr staatlich kontrollierten Wirtschaftsgebiet fabrizierte Produktenmasse, sich gegen weniger „fremde“ Produkte auf dem Weltmarkt tauscht. Durch eine solche Abwertung werden zugleich andere, bisher auf dem Weltmarkt evtl. noch nicht angebotene „nationale“ Produkte konkurrenzfähiger. Gleichzeitig sinkt durch die Abwertung das Realeinkommen der arbeitenden Klassen, da sie selbst bei nominell gleichbleibendem Einkommen weniger Weltmarktprodukte kaufen können. Trotzdem wirkt — immer noch die Theorie des optimalen Währungsraums — die Abwertung „abfedernd“, da sie die Austauschrelationen, d.h. Preise im Innern des abwertenden Landes nicht direkt ändert. Um einmal Griechenland als Beispiel zu nehmen: Wird die griechische Drachme abgewertet, weil sich griechische Schafwolle auf dem Weltmarkt nicht mehr verkaufen läßt, so bleibt dadurch zuerst einmal das innergriechische Preisverhältnis zwis-

schen Schafwolle und Schafskäse unverändert (Daß über kurz oder lang viele Schafe geschlachtet werden, Schafzüchter ruiniert werden und dadurch womöglich auch der Preis für Schafskäse steigt, bleibt hier als „mittelfristige Wirkung“ erst einmal außer Betracht.) Fazit: Eine Abwertung „dämpft“ die sozialen Folgen einer solchen, vom Weltmarkt erzwungenen „Strukturkrise“.

Die Konsequenz für die Errichtung einer Währungsunion liegt auf der Hand: Durch die Herstellung einer einheitlichen Währung werden die sozialen Folgen solcher — unvermeidlicher — „Strukturkrisen“ in einer Großraum-Marktwirtschaft vom Typ der EG erheblich schroffer.

Grundsätzlich bleiben dann, so weiter diese Theorie (und hier wird's praktisch), nur drei Wege, auf eine solche „Strukturkrise“, hervorgerufen z.B.



Die Traditionslinien und Kontinuitäten zwischen der faschistischen Großraum-Wirtschaft der 30er und 40er Jahre und der Politik der Deutschen Bundesbank heute werden zu wenig beachtet. Ein Beispiel ist Karl Blessing, Schützling des faschistischen Reichsbank-Chefs Hjalmar Schacht. 1935 verkündete er als Direktor der Reichsbank: „Die nationalsozialistische Wirtschafts- und Finanzpolitik ebenso wie die nationalsozialistische Befreiungs- und Gleichberechtigungspolitik hat das Gesetz des Handelns selbst in die Hand genommen. Wir werden uns das Gesetz des Handelns auch künftig nicht aus der Hand nehmen lassen.“ (zit. nach Marsh, a.a.O., S. 121). 1938 fachsimpelte Blessing in der Zeitschrift „Braune Wirtschaftspost“ über „die währungs- und wirtschaftspolitische Eingliederung Österreichs“ und kündigte dabei u.a. an: „Weitere Änderungen in den Besitzverhältnissen sind bei den Privatbankiers zu erwarten, die zu mehr als 90 Prozent nicht arisch sind.“ (a.a.O., S. 128f.) Von 1958 bis 1969 war dieser Karl Blessing dann Präsident der Bundesbank, in seiner Ära waren 40 Prozent der Mitglieder des Zentralbankrates der Bundesbank und 53 Prozent der Mitglieder von Zentralbankrat und Landeszentralbanken ehemalige NSDAP-Mitglieder. Bild links: Sitzung des Zentralbankrats 1966 mit dem Wirtschaftsminister der großen Koalition, Karl Schiller (links neben Blessing). Rechts noch eine Kontinuität: Der Erweiterungsbau der früheren Reichsbank in Berlin, während des NS-Regimes angeblich „das modernste Bankgebäude der Welt“. Nach 1961 war dieses Gebäude Sitz der SED, seit 1990 ist es wieder das „Verwaltungsgebäude der Bundesbank für Ostdeutschland“ (Marsh).

durch eine Umdisponierung großer Konzerne, die sich für neue Anlagegebiete entschieden haben, zu reagieren: a) Brutale Lohnsenkung und / oder b) massenhafte Auswanderung der Lohnabhängigen aus dem Krisengebiet und / oder c) enorme „Transferzahlungen“ des Staates in das Krisengebiet hinein.

Hören wir, was unter diesen Gesichtspunkten Sprecher der Bundesbank zu der mit dem Maastrichter Verträgen beschlossenen EG-Wirtschafts- und -Währungsunion angekündigt haben:

„Bei freiem Wirtschaftsverkehr folgen Handelsströme dem Produktivitätsgefälle. Arme Gebiete können noch ärmer und reiche Gebiete noch reicher werden. Als flankierende Maßnahme ist daher eine Art Finanzausgleich erforderlich.“ (Vortrag von Prof. Claus Köhler, Zentralbankrat der Bundesbank, am 30.11.92 vor der Volksbank Hannover, nach: Bundesbank-Presseberichte Nr. 88/92, S. 8)

„Es liegt auf der Hand, daß diese Kriterien (die oben beschriebenen gesetzmäßigen Folgen eines einheitlichen Währungsraumes, d. Red.) eines optimalen Währungsraums keinesfalls für die Errichtung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sprechen. Weder gibt es im EG-Europa eine ausreichende Mobilität der Arbeitskräfte, noch wird diese aus anderen Gründen wirklich gewünscht. Und einen

starken Zentralhaushalt der EG mit umfassenden Transfermechanismen kann sich auch niemand vorstellen — ganz abgesehen davon, daß dies die finanzielle Solidarität der Gemeinschaft auf eine kaum zu bestehende Probe stellen würde.“

(Vortrag Prof. Dr. Ottmar Issing, Direktorium der Bundesbank, am 28.11.92 vor dem Bayerischen Rundfunk, zit. nach Presseartikel Nr. 87/92, S. 3f.)

„Welche Anforderungen gerade an die Tarifpolitik gestellt werden, zeigt der Blick auf die ökonomischen Mechanismen eines einheitlichen Währungsraumes, in dem ja der Wechselkurs als Anpassungsscharnier zwischen den Volkswirtschaften ... nicht mehr verfügbar ist ... Dann gilt, daß Produktivi-

halb verantwortungsvoll umgegangen werden, damit erst gar keinen falschen, weder politisch noch finanziell einlösbarer Erwartungen Vorschub geleistet wird.“

(Prof. Dr. Reimut Jochimsen, Präsident der Landeszentralbank NRW und Mitglied des Zentralbankrats der Bundesbank, am 8.12.92 vor der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Vereinigung e. V. in Düsseldorf, zit. nach Bundesbank-Presseartikel Nr. 93/92, S. 5f.)

Man sieht: Die Zerstörung der DDR-Wirtschaft im Gefolge der „Währungsunion“ BRD-DDR und der folgenden Annexion der DDR waren eine Vorübung für die EG-Währungsunion. („Der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft kam nicht überraschend. Wenn man eine Wirtschaft hätte ruinieren wol-

und dann gefragt: „Wird nun eine Währungsunion zwischen der Peripherie und Kern-Europa angesichts der herrschenden Pro-Kopf-Einkommensdifferenzen eine enorme Wanderung der Arbeiter in Gang setzen, so daß sich der Süden mehr und mehr entleert?“ Antwort: Nein, dazu sind die Wanderungskosten und die Hemmnisse, z.B. durch unterschiedliche Sprachen, (sowie durch die bestehenden Ausländergesetze, die aber nicht direkt erwähnt werden) viel zu groß. Die Wanderungsbewegungen in der EG seien bisher, etwa im Zeitraum 1970 bis 1979, immer nur halb so stark gewesen wie etwa in den USA, von 1980 bis 1985 sogar nur ein Drittel so stark. Dafür werde die Entmachtung der Gewerkschaften extrem sein: „Keine der großen regionalen Gewerkschaften kann im großen europäischen Raum noch damit rechnen, in den möglichst dezentralen Tarifverhandlungen ein genügendes Gewicht zu haben, die Europäische Zentralbank ins akkordierende Schlepptau zu nehmen. Damit kann also keine der regionalen Gewerkschaften mehr darauf hoffen, ihre lohnpolitischen Fehler („zu hohe Löhne“) sind gemeint, d. Red.) anderen anlasten zu können ... Unter diesen Umständen verändert sich im großen europäischen Raum der ordnungspolitische Rang der Lohnpolitik. Dies wird von Sievert (gemeint ist Prof. Olaf Sievert, Sachverständigenrat der Bundesregierung, d. Red.) als so entscheidend angesehen, daß er den optimalen Währungsraum neu definiert:

„Optimal ist ein Währungsraum, der nennenswert größer, möglichst mehrfach größer ist als der Raum, für den sich ein wirksames Lohnkartell etablieren läßt.“ (Presseberichte der Bundesbank Nr. 2/93, S. 15f., Hervorhebung von d. Red.)

Besser läßt sich der Sinn und Zweck der EG-Währungsunion für die Konzerne nicht definieren: Ziel ist, die Gegenwehr der Gewerkschaften vollständig zu brechen! Übrigens: Prof. Olaf Sievert wurde am 26. Januar 1993 in Leipzig als Präsident der neuerrichteten Landeszentralbank für Sachsen und Thüringen in sein Amt eingeführt, gehört also seitdem ebenfalls dem Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank an.

Zum Schluß: Wieso soll nun, so die Ankündigungen beispielsweise Helmut Kohls, eine solche Währungsunion eine Politische Union „unumkehrbar“ machen, also erzwingen? Weshalb die zeitliche Abfolge: Erst Währungsunion, dann Politische Union? Weil die Reaktionäre damit rechnen, daß die sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen, Zerstörungen solche Ausmaße annehmen werden, daß der Ruf nach einem angeblich „ausgleichenden“, in Wirklichkeit aber vor allem unterdrückenden „EG-Staat“ unausweichlich sein wird. Die Bundesbank spricht deshalb ihre Konsequenz offen aus: Keine EG-Währung ohne EG-Staat! Anders ausgedrückt: Die sozialen Gegensätze in den einzelnen EG-Staaten und zwischen ihnen werden im Gefolge der EG-Währungsunion solche Ausmaße annehmen, daß die unteren staatlichen Organe dem Druck der auf sie einbrechenden Probleme gar nicht allein standhalten können, die Klassenwidderstände und regionalen Gegensätze allein gar nicht mehr bändigen können. Gegensätze, wie man sie schon jetzt etwa im Nord-Süd-Konflikt in Italien, im Ost-West-Gegensatz in der BRD, in den regionalen Spannungen in Belgien, Frankreich, Großbritannien beobachten kann, werden dann noch erheblich schroffer auftreten und u.a. auch faschistischer Agitation und Hetze zusätzliche Ansatzpunkte bieten. Als scheinbarer „Retter in der Not“ soll dann der „EG-Staat“ eingreifen — während in Wirklichkeit ein neues, totalitäres kontinentales Regime der großen EG-Konzerne über die Lohnabhängigen errichtet wird, ein Regime, das mit schweren Angriffen auf die (halbkolonialen) Randgebiete der EG, vor allem im Osten Europas, von Anfang an eingesetzt wird.

Quellen: Deutsche Bundesbank. Aussagen Presseartikeln, div. Ausgaben; David Marsh. Die Bundesbank. Geschäfte mit der Macht. Bertelsmann 1992 — (rül)



Ergebnisse der landesweiten Konferenz zur Bildung einer linken Liste in Niedersachsen

Knapp 60 Genossinnen und Genossen aus 12 Orten Niedersachsens folgten der Einladung des Koordinationskreises und beteiligten sich am 20.2.93 an der ersten landesweiten Konferenz zur Bildung einer linken Liste in Niedersachsen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer — Mitglieder von Linken und Alternativen Listen aus Oldenburg, Nordenham, Göttingen, Braunschweig und Hannover, von BWK, DKP, PDS, VVN/BdA,

Volksfront sowie Einzelpersonen — erörterten die Möglichkeiten und den Nutzen einer linken Kandidatur zu den niedersächsischen Landtagswahlen 1994.

In der Aussprache legte ein Mitglied des Landesvorstandes der PDS/Linke Liste Niedersachsen/Bremen seine Bedenken gegen eine landesweite Kandidatur dar, die nach seiner Auffassung der Linken mehr schadet als nutzt, machte wahlrechtliche Bedenken gegen eine

Namensnennung „Linke Liste Niedersachsen“ geltend, stellte klar, daß die PDS/Linke Liste Nds./HB zu einem späteren Zeitpunkt eine Beschlüffassung zum Themenkomplex Landtagswahlen 1994 vornehmen wird und teilte mit, daß eine PDS-Kandidatur zu den Europawahl und Bundestagswahlen „so gut wie beschlossen sei“. Diese Positionen stießen auf Kritik, auch von anwesenden PDS-Mitgliedern. Nach Beratung beschlos-

sen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer — bei zwei Gegenstimmen — nachfolgend dokumentierten Aufruf, bildeten Arbeitsgruppen für die Erarbeitung programmativer Positionen, beschlossen die weitere Zeitplanung für die Bildung einer linken Liste in Niedersachsen und beauftragten einen fünfköpfigen Koordinationskreis (Mitglieder von BWK, DKP und PDS) mit den organisatorischen Aufgaben. — (gec)

Aufruf zur Bildung einer linken Liste in Niedersachsen

Als 1990 die CDU/FDP-Koalition unter Albrecht — nach 14 Jahren Regierungszeit — durch einen knappen Wahlsieg von einer SPD/Grünen-Koalition abgelöst wurde, war das nicht das Resultat einer gestärkten Opposition gegen die offen-reaktionäre Politik der Albrecht-Regierung. Stattdessen hatten die faschistischen Organisationen damals im Landesdurchschnitt 2,3 % Stimmenanteil erhalten, davon allein die Republikaner 1,5 % und über 300000 DM Wahlkampfkostenentlastung. Eine linke Kandidatur gab es nicht.

Die „ökologische und soziale Wende“ in Niedersachsen, die von Grünen und SPD angekündigt wurde, ist vielfach der Beteiligung an der Annexionspolitik der DDR und für die „neue Rolle Deutschlands“ geopfert worden. Die Hoffnung, daß manches Gesetz der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung durch die fehlende Bundesratsmehrheit be- oder verhindert werde, ist oft wegen der Unterordnung unter eine Politik der „nationalen Verantwortung“ nicht erfüllt worden. Die anhaltende Plünderei der öffentlichen Kassen für die politische und ökonomische Ost- und Groß-Europa-Expansion der Konzerne führt zu weiteren Einschränkungen staatlicher Leistungen und zu Kürzungen sozialer Mittel. Auch nützliche Initiativen der Landesregierung sind davon betroffen. So konnte die Lehrmittel-freiheit nur stufenweise eingeführt werden, wurde beim Kindergarten gesetz der Rechtsanspruch auf einen Platz erst ab 1996 festgeschrieben und der Personal-kostenzuschuß des Landes auf 20 % begrenzt; ist der Unterrichtsausfall an den Schulen weiter hoch und wird das angekündigte Bauprogramm von 60000 Sozialwohnungen wohl an fehlenden Mitteln scheitern. Die Durchgriffsmöglichkeiten, die die Bundesregierung mittlerweile auf die finanziellen und politischen Entscheidungen der Länder hat, tragen dazu bei.

Der vorhandene finanzielle Spielraum, den die SPD/Grüne-Landesregierung hat, wird dazu genutzt, die ansässigen Konzerne politisch und finanziell zu pärpeln. So streitet die Landesregierung für das Milliarden-Prestige-Projekt „Expo 2000“, der Mercedes-Konzern bekommt seine Teststrecke und die Energie-Konzerne ihre Gas-Pipeline durchs Wattmeere. Im Aufsichtsrat des VW-Konzerns billigt Ministerpräsident Schröder einen vorgezogenen Abbau von 12500 Arbeitsplätzen. Mit seinem Einsatz für den Taiwan-Kriegsschiffbau macht er sich für das norddeutsche Werftkapital stark. Im „nationalen Interesse“ preist die Mehrheit der niedersächsischen SPD den unter Federführung von Schröder ausgehandelten „Asylkompromiß“ mit CDU/CSU und FDP, der doch nichts anderes ist als die Aushebung des Asylrechts. Das 1990 noch geforderte Wahlrecht für Ausländer läßt die Landesregierung fallen. Der CDU-Verteidigungsminister stellt fest: „Der Krieg ist als Mittel der Politik nach Europa zurückgekehrt“ und die SPD signalisiert Bereitschaft für eine Grundgesetzmänderung, die neuerlich den Einsatz deutscher Militärverbände im Ausland erlauben soll. Da paßt es dann auch, daß die Rüstungsfirma Eurometall bei Nienburg Artilleriegeschosse für den Krieg der Türkei gegen Kurdistan herstellt. Die Landesregierung unterbindet den Prozeß faschistischer Parteiformierung nicht mit allen möglichen rechtlichen Mitteln. So galten die Republikaner in Niedersachsen noch bis Mitte Dezember letzten Jahres nicht als „rechtsextremistisch“. Nach wie vor propagieren Mitglieder faschistischer und revanchistischer Organisationen, die als Richter, Professoren, Lehrer und Polizisten im Landesdienst stehen, Rassenhass und An-

griffskriege.

In dieser politischen Situation rufen wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ersten landesweiten Konferenz vom 20.2.93, dazu auf, anlässlich der niedersächsischen Landtagswahlen im Frühjahr 1994 ein linkes Wahlbündnis zu gründen, und sich als Wahlpartei mit einer Landesliste an den Landtagswahlen zu beteiligen.

Wir wollen mit einer linken Liste in Niedersachsen gegen faschistische Formierung, reaktionäre Mobilisierung, wirtschaftsliberalen Ellbogen-Kapitalismus und sozialdemokratische Unterordnung die öffentliche Auseinandersetzung suchen. Wir wollen verhindern, daß faschistische Organisationen 1994 in den Landtag einziehen und damit die politischen Kräfteverhältnisse nachhaltig beeinflussen. Wir wollen verhindern, daß offen reaktionäre Politik neu erlich die Landesregierung stellt. Wir wollen Beiträge zur Überwindung der Herrschaft des Kapitalismus und einer darüber hinausgehenden Entwicklung leisten. Wir wollen, daß der antikapitalistische und außerparlamentarisch wirkende Widerstand öffentlichen Einfluß findet — auch und gerade durch eine Wahlbeteiligung. Wir wissen, daß die undemokratische 5%-Klausel und der Ausschluß von über hunderttausend ausländischen Einwohnern von den Landtagswahlen kein allgemeines und gleiches Wahlrecht gewährleisten. Deshalb fordern wir das Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer.

Wir beanspruchen mit einer linken Liste in Niedersachsen nicht, an die Stelle vorhandener linker Organisationen, Initiativen, Bündnisse oder anderer Zusammenhänge — landesweit oder lokal — zu treten. Aber wir wollen dazu beitragen, daß linke Organisationen, Initiativen, Bündnisse, Zusammenhänge und Menschen in einem gemeinsamen aufeinander bezogenen Prozeß der theoretischen Erörterung und des praktischen Handelns kommen und sich darüber vernetzen. Daß dies zu schaffen ist, zeigen die Erfahrungen bei den Kommunalwahlen 1991. Trotz unterschiedlicher

Theorie- und Organisationsansätze konnten gemeinsame programmatische Positionen erarbeitet werden. Es war möglich, Wahlverbindungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu gründen, zusammen zu kandidieren und auch Mandate zu erhalten.

Wir wollen mit einer linken Liste in Niedersachsen sicherstellen, daß sich jeder Mensch — so er will — einbringen kann, der sich einsetzt:

- für Völkerverständigung und Nicht-einmischung — gegen imperialistische Aggression und Krieg,
- für menschenwürdiges Leben und ein Dasein ohne Not — gegen Ausbeutung und soziale Vereidlung,
- für die Gleichstellung aller und das Recht auf Teilnahme an Politik und Kultur gegen Entrichtung, Diskriminierung und Elitedenken,
- für die politische, soziale und sexuelle Selbstbestimmung der Frau — gegen eine patriarchale Gesellschaft, die Herrschaft von Männern über Frauen und die Benachteiligung der Frauen in der Arbeitswelt,
- für eine humane und solidarische Gesellschaft — gegen Faschismus, Rassismus und Barbarei,
- für Demokratie, Selbstverwaltung, sozial nützliche Produkte — gegen Konzernwirtschaft und Zentralismus,
- für selbstbestimmtes Leben und das Recht auf Widerstand — gegen Unterdrückung und Bevormundung,
- für Internationalismus und das Recht der Völker auf ihren eigenen Weg — gegen Kolonialismus und Ausplünderung des Trikont.

Entweder gelingt es den vielen Kräften des antikapitalistischen Widerstandes, sich mit einem Bündnis Raum zu verschaffen und zur Zügelung der imperialistischen Politik der BRD-Konzerne nach innen und nach außen beizutragen, oder aber linke Politik wird in ihrer Existenz und Handlungsfähigkeit noch weiter eingeschränkt. Wir hoffen, daß von allen Anstrengungen unternommen werden, eine gemeinsame linke Wahlpartei zu gründen. Wir hoffen, daß auch hinsichtlich der Europa- und Bundestags-

Termine

13. und 14. März 13. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des BWK in Köln.

20. und 21. März Treffen der Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Solidarität im Gesundheitswesen bei Stuttgart. Themen sind u.a.: Statistische Unterlagen zu den Ursachen der „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen. Anmeldung bei: GNN-Verlag, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz

20./21.3. Außerordentliche zentrale Delegiertenkonferenz der VSP zur Klärung des Verhältnisses von VSP und IV. Internationale. Beginn 12 Uhr, in Duisburg.

27. März Arbeitstreffen der Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie — Soziale Befreiung“ bei der PDS in Offenbach, PDS-Büro, Kaiserstr. 6, (Nähe Bahnhof), ab 11.00 Uhr. Die Tagesordnung des Arbeitstreffens ist:

- Bestimmung der weiteren Aufgaben der ArGe
- Festlegung des Konzeptes für den Rundbrief
- „Zufluchtsstätte für eine freie, parteiunabhängige Diskussion der Linken“, Konkretisierung der Vorhaben für den Sommer bzw. Treffen von Vorbereitungsgruppen zu Kursen.

Zum ersten Punkt wird ein Vortrag aus dem Koordinationsausschuß vorliegen, in dem besonders auf die inhaltlichen Aufgaben bei den anstehenden Wahlkämpfen eingegangen werden wird.

Der Rundbrief Nr. 1/93 der Arbeitsgemeinschaft wird zum kommenden Wochenende fertiggestellt und dann sofort ausgeliefert werden.

27. März 7. Seminar von Linken aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Schleswig-Holstein.

Themen des Seminars sind:

- a) Anlässlich des Solidarpakts:
1. Muß einer sein, und wenn ja, was für einer? (Vortrag aus Mecklenburg-Vorpommern), 2. Kritik des „Konzeptes der Wirtschaft für den Aufbau Ost“ der Spitzenvverbände der deutschen Wirtschaft (Vortrag aus Hamburg).
- b) Bericht vom PDS-Parteitag;
- c) Das Wahljahr 1994. Bericht über die Vorbereitung aus Ost und West.

Von 10 bis 16 Uhr in Gadebusch. Anmeldungen bei GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel. (040) 2204278.

28.3. Linke Opposition in Baden-Württemberg. Landesweites Treffen am 28. März. Geplant ist eine Fortsetzung der Diskussion der Arbeitsgruppen: Wirtschafts- und Sozialpolitik; Antifaschismus und Antirassismus; Wohnungspolitik; Großmachtpolitik der BRD. Stuttgart, Clara-Zetkin-Waldheim, Sillenbuch, Gorch-Fock-Straße, Beginn 10 Uhr.

Ende April Voraussichtlich 3. Lesung des neuen Asylrechtsartikels 16a im Grundgesetz im Bundestag.

Geplant ist von verschiedenen Trägerkreisen u.a. eine Demonstration in der Bannmeile vor dem Bundestag. Außerdem soll ein öffentliches Hearing stattfinden. An vielen Orten bereiten lokale Bündnisse die Aktionen vor.

8.5. Frühjahrstagung der GNN-Verlage, Jugendgästeaus, Köln.

9.5. Frühjahrskonferenz des Arbeitskreises Politische Berichte. Jugendgästeaus, Köln.

29.7. bis 4.8. „Linke Sommerschule“ 1993: 30. Juli (Anreise 29.7.) bis 3. August (Abreise 4. August); Kinderbetreuung wird diesmal angestrebt.

Die Themen der Kurse stehen noch nicht fest; die Beteiligung weiterer linker Kräfte ist erwünscht.

16./17.10. Herbstkonferenz der 13. Bundesdelegiertenkonferenz des BWK in Köln.

Betrifft: Artikel zur Bildungspolitik in Politische Berichte Nr. 5/93

Der für die *Politischen Berichte* Nr. 5/93, S. 1 von mir verfaßte Artikel ist mit einer redaktionell geänderten Überschrift erschienen; statt „Regierungsgrundsatze zur Bildungspolitik“ lautet sie in der Druckfassung: „Regierung zur Bildung: Elitebildung, aber kürzer“.

Die von mir vorgesehene Überschrift beinhaltet die *Bezeichnung* des Gegenstands, von dem der Artikel handelt; die veröffentlichte eine *Aussage* über eine Position der Regierung. Diese Aussage hat wiederum eine doppelte Lesart, entweder ist sie zu verstehen als die Wiedergabe einer erklärten Regierungsposition zur Bildung, oder aber als das Urteil des Verfassers über diese Position.

In der ersten Lesart hebt die Überschrift ab auf die subjektive Zurechnung der Sache zur Regierung, darauf, welche Absicht sie zu verfolgen kundtut, was ihre erklärten Zwecke sind, was sie erreichen will. In der zweiten Lesart bringt sie die Verfassermeinung zum Ausdruck, daß man die Position der Bundesregierung dahin zu beurteilen habe, daß wie bisher die Bildung einer Elite angestrebt werde, aber eben nur „kürzer“, also in kürzerer Zeit.

Einmal abgesehen von der inneren Zweideutigkeit der veröffentlichten

Überschrift ist klar, daß die vorgesehene und die erschienene gänzlich verschiedene Inhalt haben. In der einen wie der anderen Lesart widerspricht die erschienene Überschrift auch der Verfasserintention und steht im Gegensatz zu den Aussagen des Artikels.

Die Absichten, die die Regierung mit ihren Grundsätzen verfolgt (erste Lesart der Überschrift), sind gegenüber dem praktischen Gehalt zweitrangig. Es ist nämlich eine Lage eingetreten, bei der die konservative Bildungspolitik zu Maßnahmen greifen muß, die ihren ureigensten Absichten ins Gesicht schlägt (ohne Abitur an die Uni!); sie ist nicht (mehr) frei in der Gestaltung ihrer Politik; sie steht unter der Nötigung von gesellschaftlichen Bewegungen, die sie nicht beherrscht und wahrscheinlich auch nicht beherrschen kann.

Es ist das ausdrückliche Bemühen des Artikels, darauf hinzuweisen, daß eine solche Lage eingetreten ist und gerade deshalb man bei der Politik der Gegenwehr falsch beraten ist, wenn man lediglich auf die Absichten der Regierung sieht. Der stiere Blick auf die Absichten verzerrt das Bewußtsein davon, daß man es hier mit einem Geschehen zu tun hat, bei dem widerstreitende Interessen am

Wirken sind und dieser Widerstreit selbst auf die Formulierung politischer Zielsetzungen der konservativ-liberalen Regierung zurückwirkt. Nicht umsonst ist im Artikel Wert auf die Feststellung gelegt, daß in den „Grundsätzen“ Maßnahmen vorgeschlagen werden, die die Elitebildung konterkarieren.

Es ist bei alldem auch klar, daß die zweite Lesart (Verfasserurteil über die Regierungsposition) unzutreffend ist. Eine Beurteilung, die den inneren Widerspruch in der Sache nicht sieht, sondern in der Feststellung verdeckt, daß wie bisher Elitebildung nur eben schneller von der Bildungspolitik der Bundesregierung zu erwarten ist, soll gerade nicht befördert, sondern dagegen argumentiert werden.

Die Angelegenheit bekommt auch dadurch Gewicht, daß die Überschrift als Resümee des Artikels gelesen wird und ich mir als Verfasser eine Sichtweise zuordnen lassen muß, die ich nicht vertrete. — (chf)

Anmerkung d. Red.: Bei der Schlußredaktion wurde der dem Manuskript vorangestellte Text („Regierungsgrundsatze zur Bildungspolitik“) nicht als Überschriftenvorschlag aufgefaßt; er wäre auch nicht vollständig gewesen. Es war nicht beabsichtigt, eine Überschrift zu texten, die der Autoren-Intention zu widerläuft. — (Rüdiger Lötzer)

Ein Film, das ist zunächst nicht mehr als die Aneinanderreihung von Einzelbildern. „Movie“ heißt Kinofilm im Amerikanischen, von moving pictures: bewegte Bilder. Die Trägheit des menschlichen Auges wird dabei ausgenutzt, indem 24 dieser Einzelbilder pro Sekunde hintereinander den Eindruck einer ununterbrochenen Bewegung erzeugen. Schon damit betrügt der Film den Menschen und macht ihm etwas vor, was gar nicht da ist: er erzeugt eine künstliche Bewegung, die die Bewegung der Wirklichkeit immer nur vortäuscht. Daß der Film als ideologisches Instrument der Lüge oder Propaganda überhaupt eingesetzt werden kann, hat hier seinen Ursprung. Erst den falschen Bildern der Hollywood-Welt folgen ökonomische Interessen: Film funktioniert nur, weil die Sinne des Menschen nicht perfekt funktionieren. Der französische Filmmacher Jean-Luc Godard sagte einmal, daß eine Sekunde Film aus 24 Lügen besteht, 24 Mal in der Sekunde wird das Kameraauge also auf das Weltgeschehen gerichtet, 24 Mal schneidet das Kameraauge Bilder aus der Wirklichkeit aus, fängt die Geschichte so ein, daß diese als Information auf der Leinwand wiedergeholt wird.

Die Leinwand war einmal der Maluntergrund der bildenden Künstler; eine besondere Leinwand war einmal wichtig für ein besonderes Bild — in einem dreistündigen Spielfilm treffen 259'200 Bilder auf die Leinwand; ob die Kinoleinwand immer noch aus Leinen gefertigt wird, ist für den Spielfilm unwichtig. Wieso eigentlich Spielfilm? Ist etwa ein Film über die deutsche Geschichte, zum Beispiel „Die weiße Rose“, ein Spiel? Ein Dokumentarfilm ist es jedenfalls nicht, denn er basiert nicht auf dokumentierten Aufnahmen; er spielt Geschichte nach, macht sie zum Schauspiel, zum Theater. Im Spielfilm wird also zumindest dem Begriff nach nicht an der Geschichte gearbeitet, sondern mit der Geschichte gespielt. Schließlich: „Film“ heißt im Englischen „Häutchen“; der Film, so könnte da in der Metaphorik geschlußfolgert werden, überzieht die Wirklichkeit mit einem Häutchen oder Schleier.

Am 4. Mai 1992 saß in den

Filmstudios Hollywoods eine Produktionsgruppe, die gerade das Material für einen Film über ein Kapitel verdrängter Geschichte der USA zusammenschnitt, als nicht unweit entfernt sich genau diese Geschichte wie von selbst entzündete. „Draußen war alles ins Chaos geworfen, Aufruhr, Schießereien, Brandstiftungen, Plünderungen, Morde — ein Zusammenbruch auf allen Seiten des „Gesetzes“, und alles, weil ein Gericht aus Simi Valley, Kalifornien, eine von diesen rein weißen Steven Spielberg Gemeinden ..., entschieden hat, daß Los Angeles Gestapo, eine von Daryl „Siegl Heil“ Gates geführte und trainierte Polizei, keinen Menschen geschlagen hat, als sie hinterhältig und feige Rodney King verprügel-

Film als Kritik, Film als Waffe: Malcolm X und afro-amerikanisches Selbstbewußtsein

te.“ Das sagte Spike Lee, der spätestens durch seinen Film „Malcolm X“, an dem dort seinerzeit gearbeitet wurde, der berühmteste schwarze Filmemacher ist. „Es war ein schlechter Tag, um ein Amerikaner zu sein, aber vielleicht der beste Tag, um über den Mann nachzudenken, den sie ‚Bruder Minister‘ nennen.“

Wenn geschichtliche Ereignisse so nah zusammenfallen, wird offenbar, daß der Spielfilm über den afro-amerikanischen Bürgerrechtler Malcolm X nicht einfach ein biografischer Film ist, wie jene Monumentalschinken über Gandhi oder John-F. Kennedy; auch will er nicht amerikanische Geschichte ungeschehen machen, wie es mit zahlosen Indianer- und Vietnamkriegsfilm versucht wird. Einerseits ist „Malcolm X“ dennoch nur ein Spielfilm, dann ist er andererseits aber auch Aufklärungsfilm, ist authentisch in dem Sinne, daß er unter vollkommener Ausnutzung der Mittel der Kulturindustrie zur rechten Zeit ein Lehrstück für die sozial unterdrückte schwarze Bevölkerung Amerikas ist. Ausnutzung der Kulturindustrie heißt, daß Spike Lee es geschafft hat, „im Warner Brothers“ Arsch knietief“ einen dreistündigen Film über schwarze Geschichte mit 33 Millionen Dollars herzustellen.

Daß Film zunächst auch Filmgeschäft ist, bezeugt Lees Verkaufsaktion von Baseballkappen mit „X“-en. Er verkauft sie im eigenen Modegeschäft in New York. Mittlerweile können an jeder Straßenecke alle möglichen Kleidungsstücke mit „X“-en oder Fotografien und Sprüchen von Malcolm X gekauft werden. „Ein integraler Bestandteil meiner Filmarbeit.“ Das X steht für die abgebrochene Geschichte der einst als Sklaven nach Amerika verschleppten Afrikaner. Ihre Namen, die zumeist die Nachnamen ihres weißen Herren waren, ersetzten sie durch jenes X; es soll sowohl die Austauschbarkeit eines jeden bezeichnen, wie aber auch Zeichen einer neuen Identifikation sein.

Für die Black Muslims ist das X immer noch Zeichen des Widerstandes gegen die Unterdrückung der afro-amerikanischen Kultur und Geschichte in den USA; und daß es heute überhaupt den Begriff „afro-amerikanisch“ gibt, ist nicht zuletzt auch ein Resultat des Kampfes der Schwarzen in den 50er und 60er Jahren, als der Kleinkriminelle Malcolm Little während eines Gefängnisaufenthaltes seiner rassistischen Unterdrückung bewußt wird und beginnt, sich mit Hilfe eines Wörterbuches und eines muslimischen Freundes zu bilden. Der am 19. Mai 1925 in Omaha geborene Malcolm erfährt in seiner Kindheit schon den Rassismus, als der Ku Klux Klan seinen Vater ermordet. Doch der Jugendliche sucht

auch das war die Arbeit am Film: Nelson Mandela dazu zu überreden, am Ende jenes berühmte X-Zitat zu sagen: „By any means necessary“, „Alle Mittel sind gerechtfertigt“. Mandela befürchtete Repressionen des südafrikanischen Apartheidregimes. Daß er es nun doch



Malcolm X

sagt, zählt zu den kleinen, im Film fast unmerklichen Erfolgen. Ein verschwiegener Erfolg auch die Szene der Mekka-Reise von Malcolm X: Lee wollte diese Szene an Originalschauplätzen drehen und sich nicht mit der üblichen Arizona-Wüstenforschung zufrieden geben. „Wie viele Araber gibt es in Arizona? Wie viele Schwarze? Sie feiern in Arizona noch nicht einmal den Geburtstag von Martin Luther King.“ Das Filmteam war schließlich das erste amerikanische Team, dem erlaubt wurde, in Mekka während religiöser Feierlichkeiten zu drehen.

Film eröffnet die Möglichkeiten perfekt funktionierender Illusion und Manipulation. Er täuscht die Sinne ebenso wie das Denken. Der Film und seine artverwandten Techniken wie das Fernsehen funktionieren dabei offenbar so reibungslos, daß eine ganze Schule der Kulturkritik, nämlich die sogenannte Postmoderne, noch darauf hereinfällt und die ökonomische Allmacht der Filmindustrie überhaupt nicht als profitables Unternehmen mehr wahrnimmt. Wer hier Kapitalismuskritik betreiben würde, ignoriert „den tatsächlichen Stand der Technologie ...“, die sich von sozio-ökonomischen und kulturellen Bezügen gelöst hat und es nunmehr darauf anlegt, zur Metapher der Welt zu werden.“ Der Postmoderne geht es nicht mehr um die materiellen Bedingungen des Films, sondern um seine „Immaterialitäten“ (Jean-François Lyotard). Virilio prognostiziert: „Die Filmindustrie wird in eine Krise geraten,

sobald sie aufhört, einen falschen Tag zu erzeugen, und sich statt dessen darum bemüht, realitätsgerecht zu sein.“ Solange es sich bei der Filmindustrie aber um einen ökonomischen Apparat handelt, wird Virilio lange auf seine Krise warten müssen. Schon 1944 schreiben Adorno und Horkheimer: „Versetzung wird dabei, daß der Boden, auf dem die Technik Macht über die Gesellschaft gewinnt, die Macht der ökonomisch Stärksten über die Gesellschaft ist.“ Schließlich ist auch Lee mit seinem Film äußerst nah an der Realität dran und füllt die Kinos mit jenen, die jeden Tag von dieser Realität betroffen sind. Statt der Krise wird aber aus „Malcolm X“ wohl der profitabelste Film der schwarzen Filmgeschichte werden. Und dann schreibt Lee auch noch: „Gegenwärtig gibt es einen Krieg in Amerika. Vergesetzt Gewehre, Flugzeuge und Bomben. Von jetzt an werden die Waffen Zeitungen, Magazine, TV-Shows, Radio und Film sein ... Es ist ein Krieg auf dem Schlachtfeld der Kultur.“ Auch Spike Lee macht sich seine Illusionen, auch seine Filme erzeugen Illusionen; und dennoch hat er recht: zum Widerstand gehört auch, daß die Unterdrückten sich ihren Platz in allen Bereichen der Gesellschaft erkämpfen.

Ein Film wie „Malcolm X“ ist nicht das Ziel, sondern der Weg — es sind in diesem Kampf eben alle Mittel gerechtfertigt. Es wird nicht ausbleiben, daß auch dieser Film zum Cineasten-Muß stilisiert wird und seinen Markt-

wert für die hiesige Kulturschickeria erhält; es wird ein weiterer Film von dem extravaganten Künstler Spike Lee sein, der alleine schon extravagant ist, weil er ja schwarz ist. Hier in Europa wird der Film nicht das sein, wofür Malcolm X mittlerweile in Amerika steht: Amerikas schwarze Jugend interessiert sich wenig für den Namen Spike Lee; sie wollen den Mann sehen, der wie sie sein Selbstbewußtsein zwischen Knastmauern und Arbeitslosigkeit entdeckte. In diesem Film läuft eine versteckte Botschaft mit, die auch in der schwarzen Musik und der schwarzen Literatur hörbar wird: die Botschaft heißt, das Recht, Mensch zu sein, zu verteidigen. Eine Botschaft, die freilich nur für die verstebar ist, denen das Menschsein abgesprochen wird.

Und dennoch: „Die Revolution wird nicht gefilmt werden können“, sang Anfang der 70er Gill Scott Heron. Der Film mag das Auge täuschen, aber nicht den Hunger. Wenn es der Hunger nach Veränderung ist, dann macht ein Film nicht satt, aber er kann zeigen, wo es etwas zu essen gibt. — (rob)

Quellen:

Spike Lee, Ralph Wiley et. al., „By Any Means Necessary. The Trials and Tribulations of the Making of Malcolm X ...“, New York 1992, eigene Übersetzung;

Paul Virilio, „Der Film leitet ein neues Zeitalter der Menschheit ein“, in: Karlheinz Barck et. al. (Hg.), „Aristesis“, Leipzig 1990;

Theodor W. Adorno / Max Horkheimer, „Dialektik der Aufklärung“, Frankfurt/Main 1991

Politische Berichte**zum Abonnieren — zum Kennenlernen**

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

o 6 Ausgaben für 10 Mark (beliegen) zum Kennenlernen.

o Im Halbjahres-/Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)

o Im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).

o Halb-/Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank) Unterschrift:

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdische Kommission, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides

(über: GNN, Postfach 120722, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226, Zülpicher

Str. 7, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Schwantaler Str. 139, 8000 München 2), Christiane

Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1,

O-7144 Schkeuditz), Werner Thümmler (über: GNN, Czeminskstr. 5, W-1000 Berlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel.

0221/21 1658, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax:

0221/21 5373. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ

370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Ge-

meinwesen, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 114 43 93 600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein

Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet

32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonne-

ment Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,-

DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik

und Wirtschaft: Rüdiger Lötzter; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Kultur und Wissenschaft: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit:

Nachrichtenverbände niedersächsischer Betriebs-

und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landes-

berichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichten-

verbände bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverbände bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG

Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie:

AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgesell-

shaft: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und

Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kom-

munalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrich-

ten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czeminskstr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 8000 München 2

für Bezieher aus Ostdeutschland: GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz